

Nr. **2** Juni 2004
15. Jahrgang



**DREIGLIEDERUNG DES
SOZIALEN ORGANISMUS**

Zur Auseinandersetzung
um die EU-Verfassung
Betrachtungen und Berichte
Ankündigungen und Initiativen

HERAUSGEGEBEN VON DER INITIATIVE NETZWERK DREIGLIEDERUNG

Editorial

In die Endphase der Fertigstellung dieses Rundbrief-Hefts fielen die Europa-Wahlen, bei denen fast überall die Regierenden Verluste hinnehmen mussten - zum Teil herbe. In der Bundesrepublik war die SPD die Hauptleidtragende. Die Wahlbeteiligung war insgesamt niedrig, in Deutschland erreichte sie den historischen Tiefststand. In den meisten Beitrittsländern wurde eine Skepsis gegenüber der EU deutlich, die im auffälligen Kontrast zu den Bildern der Beitrittsfeiern am 1. Mai in den Hauptstädten stand. Immer noch viel zu wenig im Bewusstsein der Öffentlichkeit ist die geplante EU-Verfassung. Es wird höchste Zeit, sich mit ihrem Inhalt gründlicher auseinander zu setzen, nachdem bei der EU-Regierungskonferenz am 18. Juni in Brüssel eine Einigung über den Entwurf erreicht wurde und wir damit in die Phase der Auseinandersetzungen um seine Ratifizierung in den einzelnen Ländern eingetreten sind. Europa ist daher nicht nur der Hauptartikel gewidmet, es ist auch das Thema von Initiativen, die sich im Heft darstellen.

Was Deutschland angeht, so ist das Debakel der SPD sicherlich Ergebnis einer Politik, die keine wirklich innovativen Ideen zur sozialen Sicherung in Zeiten der Globalisierung hervorgebracht hat und so immer mehr ins neoliberale Fahrwasser geraten ist. Diese Entwicklung gefährdet zugleich solche Aspekte der Regierungspolitik wie die Förderung der regenerativen Energien. Mit einer Regierung der jetzigen Oppositionsparteien droht der Wiedereinstieg in die Forcierung der Kernenergie.

Besorgnis erregenden Entwicklungen stehen aber auch hoffnungsvolle gegenüber. Wilhelm Neurohrs ausführlicher Bericht über den Perspektivenkongress in Berlin ist in dieser Hinsicht ermutigend. Ermutigend war auch eine Konferenz für alternative Wirtschaft, an der ich selbst mitwirken durfte. Sie fand vom 9. bis 12. Juni in Stuttgart unter dem Titel „Wie wollen wir leben?“ statt, unter Beteiligung einer Vielzahl unterschiedlicher Persönlichkeiten, Gruppen und Initiativen, und mit einer großen Spannweite verschiedener und inhaltlich keineswegs immer leicht in Einklang zu bringender Ansätze. Beeindruckend waren die dort gepflegte Kultur des Dialogs und der echte Wille zum Zuhören und Aufeinandereingehen. Ich hoffe, dass wir auf diesem Weg weitergehen können.

Ihr



Impressum

Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung. Redaktion und Verwaltung: Dr. Christoph Strawe. Adresse: Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 / 23 68 950, Fax: 23 60 218, E-Mail: Netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 1619-1900. Umschlaggestaltung: Paul Pollock. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr Euro 20,-). Zahlungen bitte durch Geldschein, Scheck oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Landesbank Baden-Württemberg, BLZ 60050101 (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLA DE ST). Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in der BRD können uns auch eine Abbuchungsermächtigung schicken (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang August und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Inhalt

Notiert: Aus dem Zeitgeschehen S. 3

Zur Auseinandersetzung um die EU-Verfassung

(Christoph Strawe) S. 5

Betrachtungen und Berichte

Wofür arbeiten wir?

(Bettina Kalambokis) S. 14

Es geht auch anders.

Bericht vom Perspektiven-Kongress in Berlin (Wilhelm Neurohr) S. 14

Europäischer Aktionstag (W. Neurohr) //

Initiative am Bodensee // Mehr

Demokratie e.V. // Stuttgarter Wasser-

forum // Humonde // Monsanto //

Gesundheitsreform S. 21

Literaturhinweise

„Der gemischte König...“ Ein Hinweis auf lesenswerte Bücher (Alfred Groff) S. 25

Kritik US-amerikanischer Wirtschaftspolitik (Bernhard Steiner) S. 27

Peter Normann Waage: Mensch / Markt /

Macht. Rudolf Steiners Sozialimpuls im

Spannungsfeld der Globalisierung S. 28

Albert Schmelzer: Aktuelles Mittelalter S. 30

Ankündigungen / Initiativen

Aufruf: Für einen Volksentscheid

über die Verfassung der EU S. 31

Juristentagung zur EU-Verfassung S. 34

Aufruf zur Mitwirkung an einem

neuen Anlauf, die dreistufige

Volksgesetzgebung zu erreichen S. 34

Begegnung der Kulturen: Indien S. 36

Wege zur Qualität S. 37

Führung in der Selbstverwaltung S. 39

Freies Jugendseminar // Mitteleuropa-

Tagung // Tagung „Gefahrenzone

Deflation“ // Demokratie in den

Kommunen // Kein Patent auf Leben!

Aufruf zum Protest S. 41

Netzwerkolloquium S. 43

Fortbildungsseminare S. 44

Notiert: Aus dem Zeitgeschehen*

Bei Bombenexplosionen im Madrider Berufsverkehr drei Tage vor den spanischen Parlamentswahlen werden 200 Menschen getötet und 1500 verletzt. Während die Regierung die baskische ETA der Tat bezichtigt, verdichten sich die Anzeichen, dass das Terrornetzwerk El Kaida die Anschläge verübt hat. Die Wahl bringt einen Sieg der Sozialisten, deren Chef Jose Luis Rodriguez Zapatero den Abzug der spanischen Truppen aus dem Irak ankündigt. Außerdem werde Spanien nicht länger die EU-Verfassung blockieren. Dem bisherigen spanischen Ministerpräsidenten Aznar war vorgeworfen worden, die Öffentlichkeit über die Urheber der Terroranschläge in Madrid bewusst getäuscht zu haben. +++ Kompromiss von CDU und CSU über ein Steuerkonzept. Der Spitzensteuersatz soll auf 36 und der Eingangssatz auf 12 Prozent gesenkt werden, ein reiner Stufentarif soll später folgen. +++ Der deutsche Bundestag verabschiedet mit der Mehrheit der Stimmen der rot-grünen Koalition die umstrittene Rentenreform, die eine Senkung des Rentenniveaus auf 46 Prozent vorsieht. Der Beitragssatz soll bis 2030 bei höchstens 22 Prozent liegen. +++ In Griechenland gewinnt die Partei Neue Demokratie nach 11 Oppositionsjahren die Parlamentswahl und verdrängt damit die sozialistische PASOK von der Macht +++ Anschlagserie zum ersten Jahrestag des Irakkrieges +++ Israelische Kampfhubschrauber töten mit Raketen den 67-jährigen Hamas-Führer Jassin, als er nach dem Morgengebet im Rollstuhl eine Moschee in Gaza-Stadt verlässt. Die Tötung löst weltweite Empörung aus. +++ Nach den bereits 1999 in die NATO aufgenommenen ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten Polen, Tschechien und Ungarn treten nun auch Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien bei. Die NATO-Osterweiterung ist damit vollendet. Russland kooperiert mittlerweile mit dem Militärbündnis im so genannten NATO-Russland-Rat. +++ Ein Sonderparteitag der SPD wählt Fraktionschef Franz Müntefering zum neuen Parteivorsitzenden. +++ Die EU-Kommission verhängt gegen den Microsoft-Konzern die höchste Geldstrafe in der Geschichte der europäischen Wettbewerbspolitik +++ Bei einem Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel wird eine engere Kooperation im Kampf gegen den internationalen Terrorismus vereinbart, Spanien und Portugal geben ihren Widerstand gegen die doppelte Mehrheit auf. Einer Unterzeichnung der EU-Verfassung scheint danach nichts mehr im Wege zu stehen. +++ Die Afghanistan-Konferenz in Berlin will dem Land mit insgesamt 8,2 Mrd. Dollar Aufbauhilfe in den nächsten 3 Jahren unter die Arme greifen. +++ Sieg der Sozialisten bei den französischen Regionalwahlen. +++ Scheitern der Verhandlungen über die Wiedervereinigung Zyperns auf der Basis des Vereinigungsplans der UN +++ Die USA vollziehen einen Kurswechsel in der Nahostpolitik, indem sie die Siedlungspolitik des israelischen Ministerpräsidenten Scharon weitestge-

hend akzeptieren +++ Rücktritt des Bundesbankpräsidenten Welteke, dem Vorteilsnahme vorgeworfen wurde. Neuer Bundesbankpräsident wird der Hochschullehrer Axel Weber. Er ist Mitglied des Sachverständigenrats, der jährlich sein Wirtschaftsgutachten abgibt. +++ Der Sieg der Linken bei der Parlamentswahl in Korea wird zugleich als Sieg des Präsidenten Roh Moo Hyun gewertet, der von einem durch die Konservativen in Gang gebrachten Amtsenthebungsverfahren bedroht ist. +++ Der Afrikanische Nationalkongress ANC gewinnt die Wahlen in Südafrika mit einer großen Mehrheit von rund 70 Prozent der Stimmen. +++ Der britische Premierminister Tony Blair kündigt ein Referendum über die EU-Verfassung an. Beobachter meinen, der Ausgang eines solchen Referendums könne zu einem Aus für das Projekt führen. +++ Tötung von Hamas-Führer Abdel Asis Rantisi durch die israelische Armee +++ Immer neue und schrecklichere Anschläge im Irak +++ Über zehntausend Menschen demonstrieren in Stuttgart gegen Gentechnik in landwirtschaftlichen Erzeugnissen +++ Das Bundesverfassungsgericht weist eine Verfassungsklage gegen die Öko-Steuer zurück. +++ Die EU-Kommission will Deutschland zur Änderung der Dosenpfand-Regelung zwingen. Diese behindere Anbieter aus anderen Mitgliedstaaten „unverhältnismäßig stark“. +++ Zugunglück in Nordkorea +++ Bei einer Volksabstimmung in Zypern stimmen mehr als 79 Prozent der griechischen Zyprer gegen die Wiedervereinigung, während eine Mehrheit der Türken dafür votiert. Infolge der Abstimmung tritt nur der griechische Teil der Insel der EU bei. +++ Mit dem 1. Mai hat die Europäische Union 25 Mitglieder: Estland, Lettland, Litauen, Polen, CR, Ungarn, Slowenien, Slowakei, Malta und Zypern. Im Wartestand befinden sich noch Rumänien, Bulgarien und die Türkei. Feiern in Warschau, Prag, Budapest, La Valetta und den anderen Hauptstädten der neuen Mitgliedsländer. +++ Heinz Fischer (SPÖ) wird neuer österreichischer Bundespräsident +++ Schwere Kämpfe zwischen den Milizen des in der Stadt Nadschaf verschanzten radikalen Schiitenführers Muktada al-Sadr und den US-geführten Truppen. Amerikanische Kampfflugzeuge bombardieren Falludscha, das Zentrum des sunnitischen Widerstands. +++ Anschlag in Syriens Hauptstadt Damaskus +++ Der deutsch-französische Pharmakonzern Aventis akzeptiert ein Übernahmeangebot des französischen Konkurrenten Sanofi-Synthelabo in Höhe von 55,3 Milliarden EUR. +++ China verzichtet auf den Kauf der Hanauer Atomanlage, gegen den es in Deutschland eine Protestwelle gegeben hatte +++ Die

IN EIGENER SACHE

Stand des Kostenausgleichs

Bis 9. Juni waren an Kostenausgleichsbeiträgen (Rundbrief und allgemeiner Kostenausgleich) knapp 30.000 von geplanten 35.500 EUR eingegangen. 5.500 EUR bleiben also noch zu finanzieren. Für alle bisherigen Beiträge herzlichen Dank.

* Bis 19. Juni 2004

Grünen erklären die Verhandlungen mit der Opposition über ein Zuwanderungsgesetz für gescheitert, Innenminister Schily spricht von einer Koalitionskrise +++ Bilder über Folterungen und Demütigungen irakischer Gefangener in dem schon unter Saddam berüchtigten Gefängnis Abu Ghraib durch amerikanische Armee-Angehörige sorgen für Empörung in aller Welt. Präsident Bush versucht Schadensbegrenzung durch eine offizielle Entschuldigung. Der stellvertretende Verteidigungsminister Wolfowitz muss zugeben, dass die im Irak angewandte Verhörmethoden gegen die Genfer Konvention verstoßen. Zuvor hatte Verteidigungsminister Rumsfeld diese Praktiken noch verteidigt. Es tauchen immer mehr Bilder auf, die die Vorwürfe belegen +++ Auch britische Soldaten haben gefoltert. Offizielle Entschuldigung auch von Toni Blair +++ Bund, Länder und Kommunen müssen zwischen 2004 und 2007 mit über 60 Milliarden Euro Steuereinnahmen weniger als erwartet auskommen +++ Der russlandtreue tschetschenische Präsident Achmad Kadyrow stirbt bei einem Bombenattentat in der Hauptstadt Grosny +++ Überraschender Sieg des von der Kongresspartei von Sonia Gandhi geführten Bündnisses bei den Parlamentswahlen in Indien. Nachdem Frau Gandhi überraschend ihre Bereitschaft zur Übernahme der Funktion der Ministerpräsidentin zurückgezogen hat, wird Manmohan Singh, Angehöriger der Minderheit der Sikhs, neuer indischer Premier. Er löst den Hindu-Nationalisten Atal Behari Vajpayee ab +++ Der UN-Sicherheitsrat verurteilt die israelische Militäroffensive im Gaza-Streifen, bei der 40 Zivilisten getötet worden waren. Die USA enthalten sich der Stimme +++ Der Chef des irakischen Regierungsrats Isseddin Salim wird ermordet +++ Bei US-Luftangriffen auf ein Dorf im Westirak werden 40 Menschen getötet, nach irakischen Angaben Teilnehmer einer Hochzeitsgesellschaft +++ Erstmals nach mehr als fünf Jahren lässt die EU am 19. Mai wieder ein gentechnisch verändertes Lebensmittel zu, die genmanipulierte Süßmais-sorten Bt 11 des Schweizer Konzerns Syngenta +++ Bereits im ersten Wahlgang erhält der Kandidat von Union und FDP Horst Köhler die erforderliche absolute Mehrheit der Stimmen und ist dadurch Bundespräsident +++ Der Zuwanderungsstreit wird durch eine Vermittlungsgespräch beim Bundeskanzler im Prinzip beendet. Das Gesetz soll jetzt noch im Sommer verabschiedet werden +++ In Nadschaf wird Waffenruhe zwischen dem Schiitenführer al-Sadr und der US-Armee vereinbart +++ Das OVG Münster entscheidet, dass der als „Kalif von Köln“ bekannte Islamistenführer Kaplan aus Deutschland abgeschoben werden darf +++ Michael Moore erhält für seinen Bush-kritischen Dokumentarfilm „Fahrenheit 9/11“ die Goldene Palme des Filmfestivals von Cannes +++ Tod des Malers Werner Tübke +++ EU-Lateinamerika-Gipfel im mexikanischen Guadalajara +++ In einem neuen Buch empfiehlt der designierte Bundespräsident Horst Köhler einer künftigen Kanzlerin Merkel die Politik von Maggie Thatcher als Vorbild +++ Der stellvertretende Generalsekretär der UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD), Carlos Fortin, erklärt, die Globalisierung habe bisher kaum Vorteile für arme Länder gebracht, sie könne die Handelsbilanz einzelner Dritte-Welt-

Ländern sogar noch verschlechtern +++ Der Sudan will internationale Militärbeobachter in die Bürgerkriegsregion Darfur im Westen des Landes lassen. Sie sollen den abgeschlossenen Waffenstillstand überwachen und Menschenrechtsverletzungen untersuchen. Vertreter der sudanesischen Regierung und zweier Rebellengruppen aus Darfur unterzeichneten ein entsprechendes Abkommen. Im Sudan sind etwa 1 Million Menschen auf der Flucht. Es erscheint immer schwerer, eine humanitäre Katastrophe noch größeren Ausmaßes abzuwenden +++ Bei einer Internationalen Konferenz für erneuerbare Energien in Bonn beraten sich rund zweitausend Delegierte aus 154 Ländern. Zu der Konferenz hatte Kanzler Schröder 2002 beim UN-Gipfel über nachhaltige Entwicklung in Johannesburg eingeladen. Beabsichtigt ist unter anderem, dass durch den Ausbau der Nutzung der regenerativen Energien Wind, Sonne, Wasser, Erdwärme und Biomasse rund eine Milliarde Menschen in den Entwicklungsländern erstmals Zugang zu Elektrizität erhalten. In der „Deklaration von Bonn“ bekennen sich die teilnehmenden Staaten zu einem Ausbau des Anteils erneuerbarer Energie an der Gesamtenergiegewinnung. Es wird ein Aktionsprogramm verabschiedet, in dem 165 einzelne Energie-Projekte benannt werden. +++ Der Ölpreis erreicht mit über 42 Dollar pro Barrel (139 Liter) den bisher höchsten Stand in der Geschichte. +++ Der Streit über den Gaza-Rückzugsplan des israelischen Ministerpräsidenten Scharon führt zur Entlassung zweier opponierender Minister aus der Regierung. Aus der Arbeiterpartei kommen Signale der Bereitschaft zu einer großen Koalition +++ Tarifabschluss für die Beschäftigten der Post. Dem Abschluss waren Warnstreiks vorausgegangen. +++ Rücktritt von CIA-Boss George Tenet +++ Gedenkfeiern zum 60. Jahrestag der alliierten Invasion in der Normandie +++ Tod des amerikanischen Ex-Präsidenten Ronald Reagan +++ Neue Irak-Resolution im UNO-Sicherheitsrat. Sie sieht die Übergabe der Macht an eine souveräne Übergangsregierung im Irak am 30. Juni vor. Der Regierung wird das Recht eingeräumt, die internationalen Truppen jederzeit zum Abzug aufzufordern, - womit jedoch nicht gerechnet wird. Das Mandat für den US-geführten Militäreinsatz soll Januar 2006 zu Ende gehen. - Die Übergangsregierung soll Parlamentswahlen vorbereiten +++ Gipfel der Gruppe der 8 stärksten Industrienationen (G 8) +++ Die Wissenschaftsminister von Bund und Ländern einigen sich auf ein Förderprogramm für Elite-Unis, dafür sollen bis 2010 1,9 Mrd. EUR aufgebracht werden +++ Venusdurchgang durch die Sonne. Der Planet ist dabei als schwarzer Punkt vor der Sonnenscheibe erkennbar +++ Schwere Verluste für die SPD bei den Wahlen zum Europäischen Parlament und den Landtagswahlen in Thüringen +++ Ausbildungspakt zwischen Spitzenvertretern von Politik und Wirtschaft, Ziel sind 30.000 neue Ausbildungsplätze pro Jahr +++ In Portugal beginnt die Fußball-Europa-Meisterschaft +++ Die Staats- und Regierungschefs der EU einigen sich über den Entwurf einer Verfassung. Zugleich gibt es Streit um die Nachfolge des ausscheidenden Kommissionspräsidenten Romano Prodi +++

Zur Auseinandersetzung um die EU-Verfassung

Ein Diskussionsbeitrag

Christoph Strawe

Der vorliegende Entwurf einer Verfassung der Europäischen Union sollte eigentlich am 9. Mai unterzeichnet werden, noch vor den Wahlen zum Europa-Parlament am 13. Juni. Aber es hatte bei einer Regierungskonferenz im Dezember zunächst unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Mehrheitsbildung innerhalb der EU gegeben.² Inzwischen wurden die Streitpunkte bei einer weiteren Konferenz der Staats- und Regierungschefs am 17. und 18. Juni in Brüssel ausgeräumt, so dass der Unterzeichnung nichts mehr im Wege steht.

Seit dem 1. Mai ist die sogenannte Osterweiterung der EU vollendet. Die Union hat jetzt 25 Mitglieder. Zu den „Altmitgliedern“ Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg, die sich 1957 zur EWG zusammengeschlossen hatten, waren 1973 Großbritannien, Irland und Dänemark dazugestoßen, 1976 Griechenland, Spanien und Portugal. Nachdem durch den Vertrag von Maastricht 1992/93 eine politische Union entstanden war, hatten sich dieser 1995 noch Österreich, Schweden und Finnland angeschlossen. Dass Rumänien und Bulgarien bald ebenfalls aufgenommen werden, gilt als sicher. Ob die ebenfalls im Wartestand befindliche Türkei die Vollmitgliedschaft erhält, wird noch kontrovers diskutiert. Am 17./18. Juni erhielt schließlich auch Kroatien den Status eines Beitrittskandidaten.

Die Größe der Union darf aber nicht davon ablenken, dass sie nicht ganz Europa umfasst. Der Ausdruck „Europäische Verfassung“, der vielfach verwendet wird, ist daher eigentlich eine Anmaßung. Denn die Schweiz, Norwegen und die nicht der EU angehörenden osteuropäischen Länder sind doch ohne Zweifel auch integraler Bestandteil Europas.

Gemischte Gefühle ...

Die Bilder von den Feiern in den Hauptstädten der Beitrittsländer lassen keinen Zweifel daran, dass der Beitritt mindestens von Teilen der Bevölkerung mit echter Freude, ja mit Jubel begleitet wurde. Gefühle, die ihre reale Grundlage darin haben, dass sich in Europa die Nationen nicht mehr gegenseitig zerfleischen werden und dass auch die Spaltung des Kontinents in feindliche Systeme überwunden ist. So drückte Beethovens Vertonung von Schillers Ode an die Freude, die als Europa-Hymne bei den Feiern erklang, die Stimmung vieler Menschen aus.

Dennoch zögert man, in den Jubel einzustimmen. Nicht nur, dass die Europa-Wahlen dann gezeigt haben, wie viele Menschen in den Beitrittsländern der EU skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen. Nicht nur, dass es die Angst so vieler Menschen gibt, dass die

Osterweiterung zu einer Abwärtsspirale führen werde, was Arbeitsplatzsicherheit und Lohnniveau angeht. Vor allem sind es Fragen nach der Politik der EU und die Sorge über vieles, was in dem Verfassungsentwurf steht - oder nicht steht -, die den Jubel dämpfen oder gar nicht erst nicht aufkommen lassen.

Der Verfassungsentwurf ist in der Bevölkerung kaum diskutiert worden, ja weitgehend nicht einmal in Grundzügen bekannt.³ Ist es da nicht höchste Zeit, dass die Bürgerinnen und Bürger ihn zur Kenntnis nehmen und beginnen, sich in ihre eigenen Angelegenheiten einzumischen? Es kann doch nicht sein, dass die Grundlage für das Zusammenleben in Europa von den Bürgerinnen und Bürgern nicht wirklich getragen wird!

Schon heute werden mehr als 50% aller neuen Regelungen, die für die BürgerInnen in den EU-Staaten verbindlich sind, von Brüssel vorgegeben. Geregelt wird vieles, bis zum Krümmungsgrad von Euro-Gurken (Verordnung 1677/88 der Brüsseler Kommission vom 15. Juni 1988). Neben den Verordnungen sind es die Richtlinien, die von Brüssel erlassen werden und von den Mitgliedsstaaten in nationales Recht umgesetzt werden müssen, die diesen zunehmenden Einfluss begründen. In Brüssel wiederum ist eine höchst effektive Konzernlobby am Werk, deren Einfluss auf die europäische Politik kaum zu überschätzen ist.⁴

Gleichzeitig entwickelt sich die Europäische Union ohne echte Bürgerbeteiligung weiter. Ein solches Europa „von oben“ aber erzeugt keine Europa-Begeisterung, sondern nur Europa-Verdross - das ist in der geringen Beteiligung bei den Parlamentswahlen sichtbar geworden.

Es ist zwar spät, aber noch nicht zu spät...

Internationale Verträge bedürfen der Ratifizierung. Bis Ende 2006 haben die Mitgliedstaaten der EU für die Ratifizierung der Verfassung Zeit. Die Ratifizierung erfolgt entweder durch die Parlamente oder durch die Bürgerinnen und Bürger direkt. Das heißt, dass in einer ganzen Reihe von europäischen Ländern Volksabstimmungen stattfinden werden. Solche Referenden würden die Chance bieten, das Verfassungsprojekt doch noch in einer breiteren Öffentlichkeit zu diskutieren.⁵

Es ist schlimm genug, dass der Entwurf nicht aus einem Verfassungsprozess von unten hervorgegangen ist, wie er u.a. auch von der Initiative Netzwerk Dreigliederung gemeinsam mit der IG-Eurovision und den Intercitizens Conferences (ICC) in einem Aufruf zum Projekt „EU 21“ im Oktober 2000 gefordert worden war.⁶ Um so schlimmer wäre es, dem Souverän nicht wenigstens das letzte

Wort darüber zu lassen, ob er die Verfassung in dieser Form überhaupt will oder nicht. Im Falle der Ablehnung stünde dann natürlich auch die Form, in der ein neuer Entwurf entstehen könnte und die Beteiligung der Zivilgesellschaft am Entstehungsprozess neu zur Disposition.

Zu den Schlusslichtern in Sachen direkte Demokratie in Europa gehört die Bundesrepublik Deutschland. Dies, obwohl das deutsche Grundgesetz davon spricht, dass die vom Volk ausgehende Staatsgewalt in „Wahlen und Abstimmungen“ ausgeübt wird (Art. 20, 2). Nur wurde dieses Abstimmungsrecht bisher nicht umgesetzt. Ein Vorstoß der Regierungskoalition in der vorigen Legislaturperiode, dies über eine Verfassungsänderung zu erreichen, scheiterte wegen der hierfür erforderlichen Zweidrittelmehrheit an der Verweigerung von CDU und CSU. Absurderweise und im Widerspruch zu ihrer eigenen Initiative verweigert die SPD ein Referendum über die EU-Verfassung. Edmund Stoiber dagegen hat es gefordert und auch die FDP vertritt es lautstark. Die Grünen haben auf ihrem Dresdner Parteitag einen entsprechenden Beschluss gefasst, - was aber Außenminister Fischer nicht angefochten hat, bei seinem Nein zu bleiben, für das er die demokratietheoretisch atemberaubende Begründung fand, wegen der besonderen historischen Bedeutung der in Frage stehenden Entscheidung sei das Volk damit nicht direkt zu befassen. Eine Forsa-Umfrage beweist, dass eine große Mehrheit der Deutschen - 74 % - für ein solches Referendum ist; noch mehr, nämlich 87 %, sprechen sich generell für Bürgerentscheide aus. Mit dem Thema lassen sich also Stimmen gewinnen, was zu einem Teil die eigenartige Konstellation von Befürwortern und Gegnern erklären mag.

Wie immer man im einzelnen die Entwicklung einschätzen mag, sicher ist, dass ein Referendum auch in Deutschland bessere Chancen bieten würde, über die Inhalte der Verfassung endlich öffentlich zu debattieren. Diese Inhalte spielen bisher selbst da kaum eine Rolle, wo die Medien wenigstens punktuell von dem Verfassungsprojekt Notiz nehmen.

Die europäische Verfassung im Lichte der Aufgaben Europas in der heutigen Welt

Für eine öffentliche Diskussion braucht man nicht nur Detailargumente, sondern vor allem grundlegende Gesichtspunkte zur Beurteilung eines europäischen Verfassungsprojekts. Die europäische Vergangenheit im Guten wie im Bösen und die Geschichte der europäischen Einigung, sie geben wichtige Gesichtspunkte - aber nur in dem Maße, indem wir aus ihnen und aus dem Blick auf die Aufgaben der Zeit die Zukunftsaufgaben Europas in der Welt abzulesen vermögen.

In Teilen der Zivilgesellschaft tut man sich mit dieser Frage manchmal unnötig schwer, weil man besorgt ist, durch eine Reflexion auf die Aufgaben Europas in einen Eurozentrismus zurückzufallen. Man sollte sich indes klar machen, dass es gegenüber den uniformierenden Tendenzen einer McWorld und eines von den USA bestimmten Empire von großer Bedeutung wäre, die Rolle einzelner Regionen im Menschheitsorganismus konstruktiv zu

beschreiben, - schon um einer Geopolitik, die sich unter umgekehrtem Vorzeichen an geopolitisch-machtstrategische Überlegungen orientiert, Paroli bieten zu können. Ebenso muss darauf abgehoben werden, dass bestimmte Werte zwar historisch in Europa zum ersten Mal artikuliert wurden, aber eben gerade keine eurozentristische, sondern global-menschheitliche Bedeutung haben. Das geht so weit, dass die Kritik an dem, was Europa dem Süden der Welt angetan hat und noch antut, eben diese Werte von Freiheit, Gleichheit, sozialer Gerechtigkeit und Solidarität gegen Europa wendet. Wir haben gegen unsere eigenen Ideale verstoßen. Das sollte uns als Europäer darauf aufmerksam machen, dass wir gerade bei der weltweiten Verwirklichung dieser Ideale, die in Europa ihren historischen Quellpunkt haben, eine Aufgabe haben, der Welt zu dienen und nicht bloß Europa als territorialem Gebilde.

So gesehen geht es auch nicht an, was „europäisch“ ist zu messen an der Faktizität der Brüsseler Bürokratie - die in einzelnen Aspekten durchaus eher alt-ägyptische Züge trägt als europäische. Vielmehr wären die europäischen Institutionen an den genannten europäischen Werten zu messen und da umzuformen, wo sie diesen nicht entsprechen.

Individualisierung und Globalisierung

In Europa hat das seinen Ausgang genommen, was wir Individualisierung nennen, das moderne Selbstbewusstsein, der Mündigkeitsimpuls, der individuelle Wille, Gesetzgeber des eigenen Lebens zu sein und die Gemeinschaft nicht länger als Vormund über sich zu dulden. Mündigkeit, in sozialer Verantwortung gelebt, kann zum Ausgangspunkt neuer menschlicher Gemeinschaftsformen werden, die auf dem Respekt vor der Diversität der sie konstituierenden Freiheit jedes Einzelnen aufgebaut sein. Wird diese Verantwortung verfehlt, verformt sich der Individualismus - statt zum solidarischen Individualismus zu werden - in Egozentrismus.

Dieses Prinzip der Egoität, der Jagd nach dem eigenen Vorteil, notfalls auf Kosten anderer, wird in die Welt getragen durch die ebenfalls von Europa ausgehende Bewegung der Globalisierung. Diese begann, indem europäischer Entdecker und Kolonisatoren den Globus im wahrsten Sinne des Wortes *er-fuhren*. Das wirtschaftliche Geflecht, das sich in dieser Epoche bildet, ist zwar untergründig ein Netzwerk von Zusammenarbeitsbeziehungen in einer Fremdversorgungswirtschaft, die letztlich die Geschwisterlichkeit zur ökonomischen - nicht bloß allgemein moralischen - Notwendigkeit macht. Aber dieser Unterstrom der Globalisierung ist zunächst überdeckt von der krassen Unbrüderlichkeit einer Ökonomie, in der die Jagd nach Surplus zum Selbstzweck wird.

Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Subsidiarität im Mittelpunkt

Ein Verfassung, wie immer man sie sonst sehen mag, vermittelt ein Stück Identitätsbewusstsein. Wahre Identität zu erlangen aber ist unmöglich ohne die Auseinandersetzung nicht nur mit den eigenen Möglichkeiten und Fähigkeiten, sondern auch den eigenen Schattenseiten.

Selbstbesinnung ist eine notwendige Voraussetzung, um eine tragfähige Verfassungsgrundlage zu erarbeiten.

Europa als Ausgangspunkt von Individualisierung - das wäre doch wohl Grund genug, die individuellen Menschenrechte, ergänzt um die bürgerlichen Beteiligungsrechte und die sozialen Menschenrechte, ohne jeden Abstrich in den Mittelpunkt der eigenen Verfassungsentwicklung zu stellen! Es müsste Herausforderung sein, eine freie, auf Selbstorganisation beruhende Kultursphäre und zugleich eine wirklich partizipative, von der Basis ausgehende Demokratie zu schaffen.

Europa ist der Ausgangspunkt zweier verheerender Weltkriege gewesen - europäische Politik hätte also allen Grund, sich von militärischen Superpower-Ambitionen zu verabschieden und sich auf eine aktive Friedensförderung und Konfliktvermeidung, etwa auch durch die Stärkung der UN, zu konzentrieren.

Freiheit, Gleichheit, Solidarität: Europa müsste ernst machen mit seinen eigenen, *Grundwerten von Freiheit, Gleichheit und Solidarität, die ja letztlich allen Eurozentrismus sprengen müssen*. Auf dieser Basis soll Europa selbstlos und ohne eigene Machtansprüche zu einer weltweiten Friedensordnung und zum gerechtem Ausgleich zwischen Nord und Süd beitragen - auch dadurch, dass es sowohl auf dem eigenen Territorium wie weltweit eine Wirtschaftsform fördert, in der Organe des Interessenausgleichs für faire Preisverhältnisse sorgen.

Eine einheitsstaatlich-machtstaatliche Struktur der Europäischen Union ist dagegen mit all dem unvereinbar. Notwendig dagegen wäre gerade die Auflösung von Machtstrukturen durch gesellschaftliche Gliederung. Darin kann man dem auf S. 31ff. abgedruckten Aufruf der IG Eurovision nur aus vollem Herzen zustimmen.

Dass sich die Europäische Union nicht als Großmacht versteht, das wäre gerade auch im Verhältnis zu Amerika wichtig. Kritisieren wir das, was im Irak geschieht, etwa nur deshalb, weil wir gleiche Macht wollen wie Amerika? Oder deshalb, weil wir eine solche Form der Machtpolitik für unzeitgemäß halten? Habermas' und Derridas' Idee der Wiedergeburt Europas aus dem Geist der Friedensdemonstrationen gegen den Irak-Krieg jedenfalls geht von dem zweiten Motiv aus.

Statt Großmacht sein zu wollen, müsste die EU als Vorreiterin einer neuen Politik wirken, die machtfreie Räume schafft, fördert und sichert. Es geht um eine neue Form von Staatlichkeit, die nicht obrigkeitlich wirkt, sondern nur da „subsidiär“ (hilfsweise) eingreift, wo Selbstverwaltung und Selbstorganisation noch nicht gelingen.

In diesen Wertorientierungen läge auch die reale und nicht bloß deklamatorische Anknüpfung an die christlichen Wurzeln Europas. Auch der Gedanke der Subsidiarität z.B. taucht ja zuerst in christlichen Soziallehren auf. Dagegen würde es der menschenrechtlich gebotenen weltanschaulichen Neutralität des modernen Staates widersprechen, Gott und damit ein bestimmtes Glaubensbekenntnis in die Präambel der Verfassung aufzunehmen, wie von konservativ-religiösen Kreisen gefordert.

Der europäische Verfassungsprozess in historischer Perspektive

Die europäische Integrationsbewegung hat in bezug auf die europäischen Wertorientierungen von vornherein etwas Zwiespältiges. Ein Internationalismus, der Krieg und Hader zwischen den Europäischen Völkern überwinden will, mischt sich mit politischen, ökonomischen und kulturellen Hegemonialinteressen. Besonders deutlich wird das an dem Vordenker der Integration, dem Grafen Richard Nicolas von Coudenhove-Kalergi. 1923 erscheint seine Schrift „Paneuropa“, in der er Programm und Ziele der im gleichen Jahr von ihm begründeten Paneuropa-Bewegung festlegt. Damals musste das Projekt eines europäischen Staatenbundes vielen völlig utopistisch erscheinen. Um so erstaunlicher ist es, wie sich nach dem II. Weltkrieg die Einigung exakt nach Coudenhoves Fahrplan vollzieht, über die ökonomische Union zur politischen. Coudenhove, der 1938 vor den Nazis emigrieren musste, gewinnt das Gehör von Politikern und Wirtschaftsverantwortlichen; den fruchtbarsten Boden findet er nach eigener Aussage in katholischen Kreisen.

Er setzt sich in seinen Schriften zwar gegen den totalen Staat ein, doch ist Demokratie für ihn eine Legitimationsform von Herrschaft und keine Erneuerung der Gesellschaft von unten her. D.h. er verfiert den Gedanken einer - in der europäischen Kulturtradition wurzelnden, demokratisch legitimierten - „geistigen Aristokratie“. Letztlich ist sein Konzept, das im Grundsatz, nicht in den Einzelheiten, von vielen Europapolitikern nach wie vor geteilt wird, das von Europa als einer Supermacht: „Wir wollen Europa, verbunden durch Bande der Freundschaft mit seinen mächtigen Nachbarn Amerika und Russland, zu einer Weltmacht wiedervereinen, gleichberechtigt ihren beiden Nachbarn und dem neuen China.“⁷ So formuliert er es in den 60er Jahren.

Ein solches Integrationskonzept ist für viele verlockend; gerade durch seine inhaltliche Unbestimmtheit eignet es sich zur Klammer für durchaus unterschiedliche Interessen und Bestrebungen, von dem Versuch, das Heilige Römische Reich wieder aufleben zu lassen, bis zum Realisierung eines Europas der Konzerne. Die Aufgaben Europas in der heutigen Zeit verfehlt es jedoch an entscheidender Stelle. - Churchills berühmter Züricher Rede vom September 1946 über die „Vereinigten Staaten von Europa“ ging übrigens ein Treffen mit Coudenhove am Genfer See voraus.

Nachkriegsentwicklung

Marshallplan und Kalter Krieg führen zu einer Spaltung Europas, so dass die Integration zunächst nur als westeuropäische stattfindet (wenn man von dem ost-west-übergreifenden Europa-Rat absieht). Die Westeuropäische Integration vollzieht sich - impulsiert von Politikern wie Jean Monnet und Robert Schumann - über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion 1951) und die Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG durch die Römischen Verträge von 1957.

Schritt für Schritt folgt dann der Aufbau und die Entwicklung all jener Institutionen, mit denen heute Europa

identifiziert wird: Europäisches Parlament (1958; zum ersten Mal direkt gewählt 1979), Europäische Kommission in Brüssel und der Ministerrat, bestehend aus den Fachministern der Mitgliedsstaaten (1967), Europäischer Rat (Gipfel der Staats- und Regierungschefs) mit von Land zu Land „wandernder“ Präsidentschaft. Mit dem Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte wird ein wesentlicher Schritt auf die Union zu getan und der Einstieg in den Binnenmarkt geleistet.

Das Jahr 1989: eine vergebene Chance

Dann kommt das Jahr 1989 und mit ihm eine komplette Wandlung der europäischen Situation. Der autoritäre Staatssozialismus wird von einer friedlichen Revolution zum Zusammenbruch gebracht. Die Umbruchbewegung strebt zunächst nach einer sozialen Erneuerung, die zwischen Staatssozialismus und westlich-kapitalistischem System einen dritten Weg sucht. Mit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa KSZE (später OSZE) hat sich 1973-1975 bereits ein institutioneller Ansatz einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit gebildet.

1989 schien die Möglichkeit zu eröffnen, in der „einen Welt“ eine Globalisierung mit menschlichem Antlitz zu verwirklichen. Groß waren die Hoffnungen auf die Möglichkeiten, die durch Abrüstung gewonnenen gewaltigen Finanzmittel in die Entwicklungszusammenarbeit zu lenken. Und genauso groß waren die Erwartungen, sich jetzt endlich den ökologischen Problemen stellen und nachhaltige Entwicklung fördern zu können, - Erwartungen, die den Erdgipfel der UN in Rio 1992 prägten.

Europa hätte die Chance gehabt, in diesen Prozessen eine aktiv vorwärtstreibende Rolle zu spielen und gleichzeitig seine eigene Einheit zu vollenden. - Und zwar als gleichberechtigte Synthese von Ost und West, im Sinne von Gorbatschows Wort vom „europäischen Haus“, einem Wort, das damals in aller Munde war. Diese Synthese hätte auch in einen dritten Weg zu den zuvor in Ost und West verwirklichten Gesellschaftsordnungen münden können.

Aber leider verlief die Entwicklung ganz anders. Neue Kriege und Konflikte brachen aus; Sarajewo, von dem der erste Weltkrieg ausgegangen war, wurde wieder Ort eines grausamen Gemetzels. 1993 gab der amerikanische Politologe Huntington die Parole vom „Kampf der Kulturen“ aus. Damit verabschiedete man sich von jedem Versuch, die strukturellen Ursachen kultureller Konflikte zu beseitigen und machte die Unmöglichkeit der Koexistenz der Kulturen faktisch zur Staatsdoktrin. Die Globalisierung, wie sie durch die 1986 gestartete 8. Handelsrunde des GATT und die aus ihr 1994/95 hervorgegangene Welthandelsorganisation WTO vorangetrieben wurde, war keine mit menschlichem Antlitz, sondern sie trug das Gepräge eines Turbokapitalismus, der nun das gesamte gesellschaftliche Leben dem Kommerz auszuliefern droht. Das Anwachsen der Geldspekulation und ihre Auswirkungen, z.B. in der Asienkrise, anhaltende Massenarbeitslosigkeit, die einsetzende gnadenlose Konkurrenz der Standorte - die zu einem immer größeren Druck auf die Sozialsysteme und den öffentlichen Sektor führt: all das sind Stichworte für die genannte Entwicklung.

Die Erweiterung Westeuropas gen Osten

Und so treibt man denn auch zunächst einmal schlicht das Projekt einer westeuropäischen Union weiter voran: Der Maastricht-Vertrag schafft die EU, die Europäische Kommission wird zur EU-Kommission, der Ministerrat zum Rat der EU usw. Mit enormem Termindruck wird der Europäische Binnenmarkt realisiert: Freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital lauten die Stichworte. Der Vertrag von Amsterdam, auch „Maastricht 2“ genannt, ändert, modifiziert und ergänzt bestehende Verträge und Rechtsakte der Union und vertieft den Integrationsprozess. 1999 schließlich führen elf Länder den Euro ein: Deutschland, Frankreich, Italien, die Benelux-Staaten, Spanien, Portugal, Österreich, Finnland und Irland.

Die auf diese Schritte folgende Osterweiterung ist unter solchen Bedingungen eben keine Ost-West-Integration, sondern die Erweiterung der (west)europäischen Union auf den Osten, der mit neuen Märkten und billigen Arbeitskräften lockt. Es wiederholt sich im Grund der gleiche Vorgang, den wir bei der deutschen Einheit erlebt haben: statt eines Zusammenschlusses auf wirklich gleicher Augenhöhe, gibt es eine Art Anschluss der neuen Länder. Nur dass die EU weniger als die Altbundesländer in der Pflicht steht, die Arbeits- und Lebensverhältnisse im Osten dem Westen nach und nach anzugleichen. Im Gegenteil, durch die Osterweiterung drohen eher Angleichungsprozesse in anderer Richtung.

Wechselwirkung zwischen WTO und EU

Über die WTO ist in dieser Zeitschrift schon viel geschrieben worden, auch über die Rolle der EU innerhalb der Welthandelsorganisation und dort speziell gegenüber den Ländern des Südens. An dieser Stelle ist die Wechselwirkung zwischen WTO und EU hervorzuheben: Die WTO bezieht durch ihre Abkommen immer weitere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ganz oder teilweise in die Handelspolitik ein, z.B. die öffentlichen Beziehungsdienstleistungen. Für die Handelspolitik ist aber jeweils die EU zuständig, der durch die Ausweitung dieses Politikbereichs automatisch eine größere Macht zuwächst.

Die gemeinsame Handelspolitik geht auf die römischen Verträge zurück. In Bezug auf den Warenverkehr machte sie in einem gemeinsamen Markt auch einen gewissen Sinn. Aber was ist, wenn durch die WTO-Abkommen viele Fragen zum Gegenstand der EU-Handelspolitik gemacht werden, die bisher von den Mitgliedsstaaten zu regeln waren, nun aber in die Zuständigkeit der EU fallen? Das kann nur zu einer Aushöhlung des Subsidiaritätsprinzips unter dem Deckmantel der notwendigen WTO-Kompatibilität der EU-Politik führen.

Die Frage der WTO-Kompatibilität spielt auch auf dem Feld der Agrarpolitik eine gewaltige Rolle. Bisher praktizierte die EU in der Landwirtschaft eine Form der Subventionierung, die durch die WTO-Abkommen, insbesondere das AoA (Agreement on Agriculture) in Zukunft verboten ist. Rund 50 Mrd. Euro, rund die Hälfte ihres Etats, lässt sich die EU ihre gemeinsame Agrarpolitik kosten. Um der WTO gerecht zu werden, müssen diese Beträge

gekürzt bzw. in erlaubte Stützungsmaßnahmen, z.B. direkte produktionsentkoppelte Einkommenshilfen, umgewandelt werden. Dies geschieht im Rahmen der vom Rat 1999 beschlossenen „Agenda 2000“.

Effizienz- und Legitimationsdefizit soll abgebaut werden

An dieser Stelle wird vielleicht klarer, warum man überhaupt und gerade jetzt eine EU-Verfassung benötigte, wo man doch seit 1951 bzw. 1957 ganz gut ohne eine solche zurecht gekommen war. Hätte man nicht einfach die Verträge fortschreiben bzw. ergänzen können, um die Integration voranzutreiben? Das war jetzt nicht mehr ausreichend, jedenfalls solange man die EU als Machtblock und nicht als Gemeinschaft horizontal vernetzter staatlicher Territorien, wirtschaftlicher Räume und eigenständiger Kulturinstitutionen ansah. Ein Machtblock benötigt eine ausreichend große Zentralisierung der Zuständigkeit für das Ganze. Eine Staatengemeinschaft mit 25 Mitgliedstaaten, lässt sich nicht effizient als Weltmacht „steuern“ ohne institutionelle Veränderungen, insbesondere ein erweitertes Mehrheitsprinzip. Einer muss sagen, wo es langgeht, so immer noch das gängige Denkmuster, und im Zweifel ist das die Mehrheit.

Aber gerade wenn man diese Steigerung der Effizienz der EU wollte, musste man auch das Legitimationsproblem bearbeiten, das die EU offensichtlich hat. Das Verfassungsprojekt sollte also nicht nur die EU effizienter machen, sondern ihr auch eine größere Akzeptanz bei den BürgerInnen verschaffen. Ob dabei mehr als der Schein demokratischer Legitimation entstanden ist, wird sich zeigen müssen.

Wohl auch, um dem Eindruck entgegenzuwirken, die EU sei eine bloße polit-ökonomische Zweckallianz, und um zu signalisieren, man wolle eine Wertegemeinschaft sein, begann man zunächst mit der Ausarbeitung einer Charta der Grundrechte. Hierzu setzte man 1999 einen Konvent ein, dessen Leiter der deutsche Ex-Bundespräsident Roman Herzog wurde. Man ließ zunächst offen, ob diese Charta den europäischen Verträgen nur vorangestellt würde, wie es z.B. noch im deutschen Koalitionsvertrag der ersten Legislaturperiode von Rot-Grün formuliert und gefordert wurde.

Charta der Grundrechte: Vorschläge aus der Zivilgesellschaft

Nach Seattle war es Mode geworden, die Zivilgesellschaft in politische Projekte einzubeziehen, wenn auch häufig nur pro forma. So wurden auch Vorschläge aus der Zivilgesellschaft zur Charta erbeten. Das eintägige Hearing des Konvents dazu erwies sich dann allerdings eher als Farce: 5 Minuten Redezeit pro Organisation, das war's. Die Einladung führte jedoch zu einer Reihe höchst interessanter Stellungnahmen aus der Zivilgesellschaft. So kam es auch zu den Vorschlägen, die Gerald Häfner, Robert Zuegg und ich für die Initiative Netzwerk Dreigliederung eingebracht haben. Unsere Skizze einer „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“ wurde seinerzeit im Rundbrief dokumentiert und ist noch im Internet abzurufen.⁸ Unser Grundgedanke, der damals auch in der

Zeitschrift für Rechtspolitik vertreten wurde, war eine konsequente Ausrichtung der Charta an den Menschenrechten und am Grundsatz der Subsidiarität, ganz im Sinne dessen, was auch hier über Kriterien einer europäischen Verfassung ausgeführt ist. Durch die Art der Formulierung der Charta hätte, so unser Ansatz, verhindert werden müssen, dass die weitere Integration dazu führt, dass das Schlechtere zum Standard wird - etwa in der Rechtsstellung öffentlicher Schulen in freier Trägerschaft oder bei der sozialen Sicherheit. Wir formulierten Prinzipien und Aufgaben der EU, die sich aus den Grundrechten ergeben und machten dabei den Versuch, den Subsidiaritätsgedanken - horizontale Vernetzung und Entscheidungen „vor Ort“ bzw. durch die Betroffenen, statt undurchsichtiger hierarchischer Strukturen - konsequent und prägnant auszugestalten.

Von Nizza über Laeken nach Thessaloniki

Diese und andere Vorschläge aus der Zivilgesellschaft wurden vom Konvent aber nicht aufgegriffen, und zum Schluss kam ein Dokument heraus, das nicht voll befriedigen kann, weder bei den Freiheits-, noch bei den Beteiligungsrechten und bei den Sozialrechten. Unbefriedigend blieb vor allem auch, dass die Charta auf dem Ratsgipfel in Nizza im Dezember 2000 nur „proklamiert“ wurde, d.h. die in ihr enthaltenen Rechte waren nicht einklagbar. Mit dem Vertrag von Nizza wurde gleichzeitig die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit in der EU bis zu einem gewissen Grad ausgedehnt.

Nach Nizza kam dann der Prozess in Gang, der ebenfalls in dieser Zeitschrift bereits wiederholt geschildert wurde: Ende 2001 beauftragten die Staats- und Regierungschefs der EU einen „Konvent zur Zukunft Europas“, Vorschläge für eine grundlegende Erneuerung der Verträge auszuarbeiten und Reformen vorzubereiten, an deren Ende ein europäischer Verfassungsvertrag stehen soll. Präsident des Gremiums wurde Valéry Giscard d'Estaing. Im einzelnen wurden folgende Aufgabenfelder für die Erneuerung der Verträge genannt: Bessere Verteilung und Abgrenzung der Zuständigkeiten in der EU, Vereinfachung der Instrumente der EU, mehr Demokratie, Transparenz und Effizienz. Zu den 105 Mitgliedern des Konvents gehörten auch Vertreter der Beitrittsländer, einschließlich der Beitrittskandidaten im Wartestand - also auch der Türkei.

Wieder war die Zivilgesellschaft gebeten, Vorschläge einzubringen, was auch die Initiative Netzwerk Dreigliederung erneut tat - in einer Phase, wo von Seiten des Konventspräsidenten nur ein Gliederungsvorschlag vorlag, auf den wir Bezug nahmen.⁹ Übrigens zeigte sich auch hier wieder, wie schon bei der Charta, dass es nicht genügt, eine äußerliche Transparenz herzustellen, indem man zum Beispiel alle Dokumente ins Internet stellt, um eine wirkliche Beteiligung und gesteigertes Interesse der Menschen zu wecken.¹⁰

Entgegen allen Unkenrufen, der Konvent werde ohne Ergebnis bleiben, gelang dem Gremium ein Verfassungsentwurf. Er wurde dem Ratsgipfel von Thessaloniki, der am 20. und 21. Juni 2003 zusammentrat, vorgelegt und von diesem gebilligt. Zuvor bereits, am 16. April, war in

Athen der Vertrag über den Beitritt der neuen Länder unterzeichnet worden. Der Entwurf wurde an die eingangs erwähnte Regierungskonferenz überwiesen - an der wieder die Beitrittsländer teilnahmen. Dort stockte der Prozess zunächst bei der Dezembertagung letzten Jahres und musste jetzt wieder in Gang gebracht werden.

Zum Inhalt der EU-Verfassung - Versuch einer Bewertung

Der Umfang des Entwurfs hat etwas Monströses. Es handelt sich um den Versuch, zum einen die Ziele der Union, die Unionsbürgerschaft, die Zuständigkeiten und Institutionen der Union und die Mitgliedschaft in ihr zu beschreiben, was im 1. Teil geschieht. Als zweiten Teil hat man die Charta der Grundrechte eingefügt, und Teil 3 behandelt die Politiken und die Funktionsweise der Union und ist eine Art Synopse der bestehenden europäischen Verträge. Im Grunde ist das - ganz abgesehen von inhaltlichen Bedenken, auf die ich noch eingehen werde - viel zu voluminös und ins Detail gehend für eine Verfassung, die doch die Grundlagen des Zusammenlebens beschreiben soll, ohne dieses im Detail zu regeln. Teil IV enthält die Schlussbestimmungen, denen sich noch verschiedene Protokolle anschließen. Dieser Versuch, Disparates in einen Text zusammenzubringen, führt schon formal zu Brüchen und Redundanzen.

Von offizieller Seite wird gerne auf die folgenden Punkte hingewiesen, um den durch die Verfassung erzielten Fortschritt darzutun:

Aus den bisherigen „Europäischen Gemeinschaften“ - zu denen als eine auch die EU selbst gehörte - wird eine einheitliche Rechtspersönlichkeit „Europäische Union“. Der EURATOM-Vertrag ist zwar inhaltlich noch nicht wie die anderen Verträge in Teil 3 der Verfassung integriert. Allerdings wird er ausdrücklich genannt und seine Nachführung wird verbindlich gemacht. Insofern ist das Argument deutscher Grüner, sie hätten EURATOM aus der Verfassung herausverhandelt, nicht zutreffend. - Die Schaffung des Amtes eines Europäischen Außenministers soll zur Stärkung der Zuständigkeit der EU beitragen. - Ein 2 ½ Jahre amtierender Ratspräsident ersetzt die jetzige alle 6 Monate rotierende Ratspräsidentschaft. - Die Mitwirkung des Europäischen Parlaments wird in einigen Punkten verbessert. So darf es jetzt den Kommissionspräsidenten bestätigen. - Auch wird es - was eine echte Überraschung darstellt - ein sogenanntes europäisches Bürgerbegehren geben. Dieses führt allerdings nur bis zur Befassung der EU-Kommission mit den entsprechenden Anliegen, nicht jedoch zu einer Volksabstimmung.

Diese Punkte sind aber durchaus nicht ausreichend, um die Bedenken auszuräumen, die sich aufgrund einer ganzen Reihe anderer Bestimmungen ergeben. Ein Informationsmaterial der Attac-EU AG Stuttgart und Region fasst diese Kritikpunkte plakativ, aber zugleich sachlich prägnant zusammen (siehe Kasten).¹¹

Auch das immer wieder angeführte Argument, ein entscheidender Fortschritt sei durch die Integration der Charta der Grundrechte erreicht, sticht nicht. Diese bildet den Teil II des Entwurfs. Zwar wird sie dadurch verbindlicher: die einzelnen Rechte werden einklagbar. Aber die Freude darüber währt höchstens so lange, bis man

eines Satzes ansichtig wird, der der Grundrechte-Charta nachgestellt worden ist und der da lautet: „Die Ausübung der durch diese Charta anerkannten Rechte, die in anderen Teilen der Verfassung geregelt sind, erfolgt im Rahmen der in diesen einschlägigen Teilen festgelegten Bedingungen und Grenzen.“ [Artikel II-52 (2)]. Das ist eine glatte Umkehrung des rechtsstaatlichen Basissatzes, dass die Gesetze und die Rechtsprechung an die Grundrechte gebunden sind, die den Kern der Verfassungen bilden, und nicht umgekehrt die Grundrechte durch Einzelbestimmungen begrenzt werden.

Das zweite Dementi der Grundrechte-Charta erfolgt gleich zu Beginn des Entwurfs, indem dessen Präambel ein Zitat von Thukydides vorangestellt wird, das das Mehrheitsprinzip zum Kern der Demokratie erklärt: „Die Verfassung, die wir haben ... heißt Demokratie, weil der Staat nicht auf wenige Bürger, sondern auf die Mehrheit ausgerichtet ist“. (Thukydides, II, 37) - Menschenrechte sind jedoch gerade Minderheitenrechte, Rechte des einzelnen auch gegenüber den Mehrheiten, die ihm diese Rechte nicht schmälern dürfen, weil sie im Wesengehalt unumkehrbar und kein Gewährungsakt der Gemeinschaft sind.

Das Argument, der Entwurf senke das Grundrechte-Niveau ab (vgl. Kasten), ist daher durchaus berechtigt. Auch wenn formal die nationalen Verfassungen nicht abgelöst werden, sondern voll bestehen bleiben, wird die europäische Verfassung im Rechtsleben der Union der erste Bezugspunkt sein, wodurch diese nationalen Verfassungen faktisch auf das Niveau von Länderverfassungen in einem Bundesstaat heruntergebracht werden können.

Des Pudels Kern: Die mächtige EU bekommt noch mehr Macht

„Der Rat, in dem Vertreter der nationalen Regierungen sitzen, ist vereinfacht gesagt das gesetzgebende Organ der Union. In einigen Bereichen - zu denen die wichtigsten gar nicht gehören - teilt der Rat seine Entscheidungsmacht mit dem Europaparlament (nicht sehr demokratisch!) Das war vertretbar, solange es meist Konsensentscheidungen gab. Dieses so genannte Mitentscheidungsverfahren gilt laut Nizza-Vertrag für 37 Politikfelder und soll nach dem jetzigen Verfassungsentwurf auf insgesamt 80 Bereiche ausgeweitet werden. - In 57 Bereichen (darunter so wichtigen wie Steuer- und Sprachenpolitik, soziale Sicherung und Verteidigung) kann der Rat laut Verfassungsentwurf nur einstimmig beschließen. In den übrigen, rund 100 Bereichen genügt die qualifizierte Mehrheit. Und hier wird die Sache kompliziert.“ Das schreibt Le Monde diplomatique Nr. 7259 vom 16.1.2004 und benennt damit des Pudels Kern. Es geht um Macht und stärkere Zentralisierung.

An dieser Stelle entstand die Meinungsverschiedenheit über das komplizierte Problem der qualifizierten Mehrheit, die zum Scheitern des Dezembertreffens geführt hat. Spanien und Polen hatten sich gegen das Prinzip der „doppelten Mehrheit“ gesträubt. Es sah vor, dass ein Beschluss dann als akzeptiert gilt, wenn mindestens 50 Prozent der EU-Länder zustimmen und die zustimmenden Länder 60 Prozent der EU-Bevölkerung repräsen-

Die EU-Verfassung fällt bei der demokratischen Eignungsprüfung durch!

Dem EU-Parlament, werden grundlegende Rechte vorenthalten. Es hat z. B. kein Recht, die EU-Gesetzgebung einzuleiten. In keiner Verfassung der Mitgliedstaaten der EU ist eine solche Entmachtung des Parlaments in der Außenpolitik festgeschrieben.

So heißt es in Art. I-39: „Das Europäische Parlament wird zu den wichtigsten Aspekten und den grundlegenden Weichenstellungen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik regelmäßig gehört und [...] auf dem Laufenden gehalten“. Allein der „Europäische Rat und der Ministerrat erlassen die erforderlichen Europäischen Beschlüsse.“ Die einzige Institution, die direkt vom Volk gewählt wird, soll z. B. bei Auslandseinsätzen der Streitkräfte nichts zu bestimmen haben!

Sozialbindung des Eigentums wird vernachlässigt

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland legt keinerlei Bekenntnis zum marktwirtschaftlichen Kapitalismus ab. Es erklärt ausdrücklich, dass der Gebrauch des Eigentums „dem Wohle der Allgemeinheit dienen“ soll (vgl. GG Art. 14 + 15). Ganz anders der Entwurf der europäischen Verfassung. Er sieht keine solche grundlegende Sozialbindung des Eigentums vor (Art. II-17).

Wettbewerb und Wachstum haben Vorrang vor Beschäftigungssicherung und Lebensqualität

Der Verfassungsentwurf verpflichtet die Wirtschaftspolitik auf den „Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ (Art. III-69) und Wirtschaftswachstum (Art. I-3).

Beschäftigungspolitik soll sich darauf beschränken, die „Verwendbarkeit“ und die „Anpassungsfähigkeit“ der Arbeitnehmer an die industriellen Wandlungsprozesse und Veränderungen der Produktionssysteme zu verbessern (Art. III-113, III-97).

Als Hauptziel der Agrarpolitik wird vorgegeben, die Produktivität der Landwirtschaft durch technischen Fortschritt und Rationalisierung zu steigern (Art. III-123). Wollen wir solche Ziele in der EU-Verfassung verankert haben?

Der Entwurf enthält an zahlreichen Stellen weitere Festlegungen auf eine neoliberale Wirtschaftspolitik: Die schädlichen Folgen einer solchen Politik werden zunehmend deutlich.

Die EU-Kommission sorgt schon heute in Europa und bei der Welthandelsorganisation (WTO) dafür, dass Handelsinteressen Vorrang vor sozialen oder ökologischen Anliegen erhalten. Nach den WTO-Regeln gelten z. B. Importverbote gegen hormonbehandeltes Fleisch oder GEN-Food als Handelshemmnis und sind verboten. Art III-217 des Verfassungsentwurfs legt die EU noch stärker auf diese Politik der WTO fest. Heute bereits ist die Handelspolitik den Nationalstaaten weitgehend entzogen. Der EU-Handels-Kommissar schaltet dabei quasi im Alleingang.

Freie Fahrt für Sozialabbau und Kommerzialisierung öffentlicher Güter

Gegenwärtig erleben wir, dass den Schwachen immer größere Lasten aufgebürdet werden. Der grundrechtlich garantierte Zugang zu Bildung, Gesundheit und Wasserversorgung ist gefährdet, weil der bislang öffentliche Sektor immer stärker für den Kommerz geöffnet wird. Die konkreten Planungen sind auf EU-Ebene schonweit fortgeschritten. In Art. III-29 des Entwurfs heißt es: „Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs innerhalb der Union [...] sind [...] verboten“.

Verpflichtung zur Aufrüstung

Der Verfassungsentwurf bringt dramatische Veränderungen im Bereich militärischer Sicherheitspolitik. „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“ (Art. I-40). Aufrüstung wird Pflicht, obwohl jetzt schon die Rüstung das Geld verschlingt, das dringend für soziale Aufgaben benötigt wird. Es wird ein „Amt für Rüstung“ (nicht Verteidigung!) eingerichtet. Außerdem sollen die EU-Streitkräfte Kampfeinsätze durchführen können, unter anderem auch im Hoheitsgebiet von Drittstaaten zur Unterstützung der „Terrorismusbekämpfung“ (Artikel III-210). Das kann als Vorwand für militärische Interventionen in Konflikte überall auf der Welt dienen.

Grundrechtsniveau wird abgesenkt

Der EU-Verfassungsentwurf bedeutet eine Absenkung des Grundrechtsniveaus gegenüber dem deutschen Grundgesetz. Das geht so weit, dass man die Charta der Grundrechte, die in die Verfassung aufgenommen wurde, durch einen Nachsatz, der die Grundrechte unter Vorbehalt stellt, faktisch weitgehend entwertet hat: „Die Ausübung der durch diese Charta anerkannten Rechte, die in anderen Teilen der Verfassung geregelt sind, erfolgt im Rahmen der in diesen einschlägigen Teilen festgelegten Bedingungen und Grenzen.“ [Artikel II-52 (2)]. Deshalb bestehen gegen die Unterzeichnung des EU-Verfassungsentwurfs auch schwere verfassungsrechtliche Bedenken.

Attac EU-AG Stuttgart und Region. Kontakt: eu-ag@sozialimpulse.de. Das gesamte Informationsmaterial kann im Internet heruntergeladen unter <http://www.sozialimpulse.de/EU-Verfassung-Flyer.htm>

tieren. Inzwischen haben die Opponenten eingelenkt und am 18. Juni 2004 der neuen Formel „55 Prozent der Staaten, 65 Prozent der Bevölkerung“ zugestimmt.¹²

Zur Beurteilung der Machtstrukturen der EU ist noch die Arbeitsweise der Ministerräte zu berücksichtigen, die ja im Grunde das zentrale Gesetzgebungsorgan sind. Diese sind „zusammengesetzt aus Ministerialbeamten der Mitgliedsländer und formal angeführt von zumeist ahnungslosen Ministern. Über 90 Prozent aller Entscheidungen fallen bereits im 'Coreper', dem bei den Wählern gänzlich unbekanntem 'Rat der ständigen Vertreter'. Ergebnis dieser Hinterzimmergesetzgebung sind dann jene Richtlinien, die als geltendes europäisches Recht von nationalen Parlamenten nur noch 'umgesetzt' werden. De facto schreibt sich so die Exekutive ihre Gesetze selbst. Jeder Staat, der so verfasst wäre wie die Union, könnte niemals deren Mitglied werden.“¹³

Es gibt gute Gründe, zum Entwurf Nein zu sagen

Das über zentralistische Tendenzen Gesagte wird bestätigt durch meine eigene Wahrnehmung bei einer Podiumsdiskussion mit Vertretern der großen Parteien im Stuttgarter Eberhard-Ludwigs-Gymnasium, bei der klar wurde, dass im Grunde ein europäischer Einheitsstaat das Ziel und Ideal der politischen Klasse ist, auch wenn sie das bis vor einiger Zeit noch vehement abgestritten hätte. Dieser Ansatz ist eine logische Konsequenz aus der traditionellen Art, den Staat zu denken. Wirkliche Lehren aus der Geschichte werden mit dieser Verfassung nicht gezogen, bürokratische Hürden gegen die freie Kultur nicht beseitigt, dagegen Freifahrtscheine für die Kommerzialisierung des öffentlichen Sektors erteilt. Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit werden zwar beschworen, jedoch drohen sie jeweils an den falschen Ort zu geraten: nämlich dorthin, wo Freiheit zu Willkür, Gleichheit zur Gleichmacherei und Geschwisterlichkeit zur Vetterleswirtschaft wird.

Solange aber eine EU-Verfassung nicht konsequent an Menschenrechten und Subsidiarität orientiert ist, kann man gerade aus dem Ja zu Europa ein Nein zu ihr begründen. Die Gleichsetzung „Gegner des vorliegenden Entwurfs = Verfassungsgegner = Gegner Europas“ ist demagogisch und unerträglich.

Wie geht es weiter?

Ich komme auf den Anfang zurück. Nach der bevorstehenden Unterzeichnung treten wir in die Phase der Auseinandersetzung um die Ratifizierung der Verfassung ein. Dann werden in mindestens neun Ländern die Bürgerinnen und Bürger selbst gefragt sein. Und seit überraschender Weise Tony Blair für Großbritannien ein Referendum angekündigt hat, ist bei den Befürwortern des Verfassungsprojekts große Sorge aufgekommen, es werde sich in England eine Mehrheit gegen den Text finden. Auch in anderen Ländern ist das Ergebnis der Abstimmungen nicht genau vorhersehbar - und außerdem abhängig davon, wie sich die öffentliche Debatte vorher noch entwickelt.

Die Projektbefürworter bekommen ein ernstes Problem bereits dann, wenn ein Land nicht mitmacht, denn

das Projekt ist auf Konsens angelegt. Ein Sprecher der EU-Kommission hat jüngst bekräftigt, bei einem Nein in einem Land könne die Verfassung nicht in Kraft treten. In einer Anlage zum Entwurf heißt es zu diesem Thema lediglich: „Haben nach Ablauf von zwei Jahren nach der Unterzeichnung des Vertrags über die Verfassung vier Fünftel der Mitgliedstaaten den genannten Vertrag ratifiziert und sind in einem Mitgliedstaat oder mehreren Mitgliedstaaten Schwierigkeiten bei der Ratifikation aufgetreten, so befasst sich der Europäische Rat mit der Frage.“¹⁴

Es wird also noch spannend werden. Denn wenn es wirklich zu einem Nein kommt, ist vieles wieder offen. Dann gibt es verschiedene Optionen, bis hin zu einem Europa der zwei Geschwindigkeiten auch auf der Verfassungsebene.

Referendum in allen Ländern gleichzeitig?

In den letzten Monaten wurde auch der Gedanke eines gesamteuropäischen Referendums ins Gespräch gebracht. Man muss dies als Irreführung der Öffentlichkeit bezeichnen. Mangels gesetzlicher Grundlage wäre das Ergebnis nicht verbindlich und hätte allenfalls konsultativen Charakter. Ein Nein einzelner Länder würde in einem Ja einer europäischen Mehrheit untergehen. Das würde die ganze Verfassungskonstruktion auf den Kopf stellen, die ja auf der Zustimmung der einzelnen Länder beruht. Es gibt kein europäisches Staatsvolk! Vielmehr müssen die BürgerInnen und Bürger in jedem Land entscheiden, ob und welche Verfassung der EU sie akzeptieren.

Selbst wer nur einzelne Veränderungen der Verfassung wünscht, muss sich sagen, dass niemand ohne Not das Verfassungs-Paket noch einmal aufschneiden wird, dass also der einzige Weg, um etwas anderes zu bekommen, über das Scheitern des Projekts in der gegenwärtigen Form führt.

Warum ein Referendum auch in Deutschland so wichtig wäre

Natürlich kann man für ein Referendum sein auch wenn man den Verfassungsentwurf befürwortet. Die FDP macht es uns vor. Aber die mit dem Referendum verbundene Diskussion ist eine Chance gerade für die Kritiker des Entwurfs, das Informationsdefizit über dessen Inhalte zu beheben. Insofern bietet die Frage des Referendums auch viele Ansatzpunkte zur Zusammenarbeit der globalisierungskritischen und der Demokratiebewegung in der Verfassungsfrage.

Im letzten Jahr sind die beiden Bewegungen zunächst enger zusammengerückt. Die Strömungen der Zivilgesellschaft in Europa, die sich vor allem für globale soziale Gerechtigkeit eingesetzt haben, haben begonnen, nicht nur ganz allgemein ein soziales Europa zu fordern, sondern sich für die Einzelheiten der Verfassungsdiskussion zu interessieren und sich kritisch mit der EU-Verfassung auseinander zu setzen. Dabei ist auch das Bewusstsein für die Anforderungen an einen demokratischen Entstehungsprozess einer Verfassung und an eine Verabschiedung durch Bürgerentscheide gewachsen. Umgekehrt entwickelte sich in der Demokratiebewegung,

sichtbar an den Publikationen etwa von „Mehr Demokratie e.V.“, ein stärkeres Bewusstsein für die Notwendigkeit, sich der neoliberalen Form der Globalisierung zu widersetzen. Dadurch wurde bei vielen Mitwirkenden der Bewegung der Blick in bezug auf die Verfassung dafür geschärft, dass diese nicht nur wegen der formalen Defizite ihrer Entstehung bzw. Inkraftsetzung, sondern vor allem auch wegen ihrer marktfundamentalistisch orientierten Inhalte zu kritisieren sei.

Um so bedauerlicher sind Tendenzen, diese Annäherung zu behindern oder rückgängig zu machen. So ist es zum Beispiel schwer verständlich, dass bei einem Rats-treffen von Attac Deutschland eine Sperrminorität verhinderte, dass die Forderung nach einem Referendum in eine verfassungskritische Erklärung aufgenommen wurde.

Von dem Erfolg der Bemühungen, die Anliegen der verschiedenen Strömungen der Zivilgesellschaft, stärker miteinander ins Gespräch zu bringen und soweit als möglich gemeinsam zu handeln, wird in Zukunft sehr viel abhängen.¹⁵

Gibt es einen Weg zu einem Verfassungsprozess von unten?

Ein Referendum über einen fertigen Entwurf, zu dem man nur Ja oder Nein sagen kann, ist noch kein Verfassungsprozess von unten, wie er bereits in dem Aufruf „EU 21“ gefordert wurde. In diesem Grundanliegen stimme ich den Argumenten der IG Eurovision (S. 31ff. in diesem Heft) zu. Was ich nicht teile, ist die Auffassung, wegen des genannten Defizits des Referendums sei dieses im Grund eine zu vernachlässigende Größe. Denn es ist zu befürchten, dass die Forderung nach einem Verfassungsprozess von unten kein nennenswertes Echo mehr findet, wenn der jetzt vorliegende Verfassungsentwurf erst einmal in Kraft gesetzt ist. Nur wenn das Verfassungsprojekt in der gegenwärtigen Form scheitert - und das wird mit hoher Wahrscheinlichkeit nur durch den negativen Ausgang eines oder mehrerer nationaler Referenden geschehen können -, dann und nur dann öffnet sich wieder ein Raum, in dem - vielleicht - ein Verfassungsprozess von unten entstehen kann. Ein Verfassungsprozess ohne Zeitdruck, in dem die Kreativität der Zivilgesellschaft in der Entwicklung der Verfassung zur Geltung kommen kann. „Vielleicht“ sage ich deshalb, weil Appelle allein dazu nicht genügen. Es wird vielmehr eines gehörigen Maßes an sozialer Kunst bedürfen, um die richtigen Partner in einem echten Dialog zusammenzuführen.

Die Menschen in den Staaten der EU müssen sich selbst um die Zukunft Europas kümmern. Bei dieser Zukunft geht es um weit mehr als um einen geschriebenen Verfassungstext. Es geht um die „Verfassung“ Europas im Sinne seiner sozialen Befindlichkeit. Der Aufschwung zivilgesellschaftlicher Bewegungen, die dadurch ermöglichten unerwarteten Wendungen, die die Ereignisse bei den WTO-Gipfeln in Seattle und Cancun genommen haben, deuten darauf hin, dass eine Alternative durchgesetzt werden kann, wenn sich genügend viele Menschen dafür engagieren. Die Bürgerinnen und Bürger in den Staaten der EU sollten sich nicht einreden lassen, dass sie doch nichts ausrichten können. Sie sollten sich vielmehr selbst für die Ausgestaltung des europäischen Hauses verantwortlich fühlen.

Anmerkungen

1 Es handelt sich um einen Extrakt aus verschiedenen Vorträgen, die der Autor in den letzten Monaten, vor ganz unterschiedlichem Publikum, zum Thema gehalten hat.

2 Vgl. C. Strawe: Verfassung der Europäischen Union: Die Zivilgesellschaft macht mobil. Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, 14. Jg., Heft 4, Dezember 2003.

3 Der Text kann heruntergeladen werden unter: <http://european-convention.eu.int/docs/Treaty/cv00850.de03.pdf>.

4 Vgl. Annette Groth: Konzern Europa. In: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, 15. Jg. Heft 1/2004.

5 Vgl. http://mehr-demokratie.de/bu/pdf/studie_eu-ve.pdf

6 Vgl. Aufruf zum Projekt „EU 21“ - Für eine europäische Verfassung von unten, www.sozialimpulse.de.aufruf.htm

7 Richard N. von Coudenhove-Kalergi: „Ein Leben für Europa. Meine Lebenserinnerungen“. Köln/Berlin 1966 (Verlag Kiepenheuer und Witsch), S. 21. Zitiert nach: Gerold Aregger: Der Wegbereiter der „Europäischen Gemeinschaft“. Welches Europa? In: „Gegenwart“. Nr. 3/4 1992.

8 <http://www.sozialimpulse.de/skizze.htm>

9 http://www.sozialimpulse.de/Texte_html/verfassungsvertrag.htm

10 An einigen Stellen wurde sogar regelrechte Desinformation betrieben: so wurde ein Deutschland ein kleines Taschenbuch, das nur Teil I und II des Gesamtentwurfs enthält, von offizieller Seite als „der“ Verfassungsentwurf verbreitet. Viele problematische Regelungen finden sich vor allem im Teil III, der dreimal so umfangreich ist wie die Teile I und II zusammen.

11 Karl Müller weist auf weitere Kritikpunkte hin, u.a. auf die Untergrabung der Autonomie der Mitgliedsstaaten und der Subsidiarität, schwere Demokratiedefizite und das Fehlen einer klaren Gewaltenteilung. 10 Neuralgic Points of the Constitution for Europe, <http://www.currentconcerns.ch/archive/2004/03/20040311.php>

12 Bestandteil des Kompromisses sind auch Zusatzklauseln, in denen für bestimmte Einzelfälle veränderte Stimmrechte verankert wurden. Ein Veto gibt es weiterhin in der Steuerpolitik und weiten Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik. Ein Kompromiss wurde auch bei der strittigen Frage der Zusammensetzung der Kommission gefunden: Bis zum Jahr 2014 entsendet jedes Land wie bisher einen Kommissar nach Brüssel. Danach wird die Zahl der Kommissare auf zwei Drittel der Mitgliedsländer reduziert, um die Effizienz zu erhöhen. Eine Rotation soll dazu führen, dass kein Land benachteiligt wird. Die Rotation bedeutet, dass jedes Land für eine gewisse Periode keinen Vertreter in der Kommission haben wird.

13 Harald Schumann: Verhöhnung der Demokratie. Die Europawahlen sind eine Farce. Denn noch immer bestimmt die Brüsseler Beamtendiktatur, was in der EU passiert - und nicht das Europäische Parlament. taz Nr. 7380 vom 11.6.2004, Seite 11.

Ein wichtiges Thema sind Kompetenzzuweisung und Kompetenzaneignung durch die EU-Ebene. Bereits in der Vergangenheit war es so, dass die EU-Kommission die Methode der Koordinierung angewendet hat, um ihren Einflussbereich auszuweiten. Ein Einfallstor für EU-Regelungen ist auch die Flexibilitätsklausel (I-17). Diese Flexibilitätsklausel gab es bislang auch schon, sie erlaubte ein Tätigwerden der EU im Hinblick auf den Binnenmarkt, wenn die Befugnisse für die Union formal sonst nicht vorgesehen waren. Unter Berufung auf die Flexibilitätsklausel sind in der Vergangenheit 500 - 700 Rechtsakte erlassen worden!!! In der EU-Verfassung wird nun die Flexibilitätsklausel auf alle Politikbereiche ausgedehnt! - Das Prinzip der Subsidiarität wird unterminiert, weil die nationalen Parlamente völlig unwirksame Rechte zum Schutz der Subsidiarität erhalten (s. Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität am Ende der Verfassung). Zum anderen gilt selbst in den Bereichen geteilter Zuständigkeit zwischen Union und Mitgliedstaaten der Vorrang der Union: Die Mitgliedstaaten dürfen tätig werden, wenn die Union untätig bleibt. (s. I-11(2)). Vgl. Andreas Wehr: Europa ohne Demokratie? Die Europäische Verfassungsdebatte - Bilanz, Kritik und Alternativen. PapyRossa Verlag, Köln 2004. Den Hinweis auf die Aussagen des Buches verdanke ich Elke Schenk.

14 Erklärung für die Schlussakte über die Unterzeichnung des Vertrages über die Verfassung.

15 Vgl. EU-AG-Kontroverse: Soll sich Attac der Kampagne für ein Referendum über die EU-Verfassung anschließen? Anette Groth, Christoph Strawe: Pro Referendumskampagne: Nein zu einem Europa ohne Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger. 5. Newsletter der EU-AG.

Betrachtungen und Berichte

WOFÜR ARBEITEN WIR?*

Bettina Kalambokis

Die spontane Antwort der Mehrheit der heutigen Menschen auf die Frage, wofür wir arbeiten, wird etwa so lauten: „Um unseren Lebensunterhalt zu verdienen.“

So scheinbar selbstverständlich und leicht nachzuvollziehen diese Antwort auch ist, enthält sie doch etwas Schwerwiegendes, was in ihr einfach unausgesprochen angenommen wird. Angenommen wird darin, dass die Arbeit des Menschen eine Art Ware sei, die zu kaufen (vom sogenannten Arbeitgeber) und zu verkaufen (vom sogenannten Arbeitnehmer) sei. Stimmt es denn aber wirklich, dass Arbeit als Ausdruck des schöpferischen Wesens des Menschen, eine vom Menschen abzutrennende, zu verdinglichende Ware sein kann, die man wie eine andere x-beliebige Ware kaufen, verkaufen und um die man feilschen kann? Fragen wir uns in allem Ernste: Kann die Fürsorge der Krankenschwester, die Heilkunst des Arztes, das Vermögen des Lehrers seine Schüler zu fördern, die Geschicklichkeit des Handwerkers, das Organisationstalent des Unternehmers - können all diese Fähigkeiten wirklich mit Geld bezahlt werden, wie es die Auffassung des Lohnes als Bezahlung für Arbeit uns suggeriert?

Durch die Auffassung, dass im Lohn die Arbeit bezahlt würde, wird das Verhältnis der Menschen untereinander schwer belastet: Es haftet ihm dadurch selbst Warencharakter an; es schiebt sich etwas in die Beziehungen der Menschen hinein, das sie voneinander trennt.

In der Zeit der Sklavenherrschaft fand kaum jemand etwas besonderes daran, dass Menschen wie Gegenstände gekauft und verkauft wurden. Zwar wird heute nicht mehr der ganze Mensch verkauft und gekauft wie einstmals, aber noch immer jener spezifisch menschliche Bereich seines Wesens, den er in der Arbeit betätigt. Könnte es die Aufgabe unserer Zeit sein, die prinzipielle Unbezahlbarkeit der Arbeit einzusehen? Durch diese Einsicht könnte die Arbeit allmählich von ihrem Warencharakter befreit werden, der im kollektiv herrschenden Lohnverständnis ebenso unverhohlen zum Ausdruck kommt wie in der aus diesem Lohnverständnis hervorgehenden Lohnpraxis.

Wenn nun aber Lohn prinzipiell nicht Bezahlung von Arbeit *sein kann*, was ist er dann? welche Funktion hat der Lohn dann wirklichkeitsgemäß?

Um diese Frage zu beantworten, muss man sich die soziale Bedeutung der wirtschaftlichen Arbeitsteilung, wie sie sich im Laufe der geschichtlichen Entwicklung herausgebildet hat, klar machen: Durch die Arbeitsteilung wird die Selbstversorgung der Menschen überwunden: Selbstversorgung bedeutet, dass die Menschen die für ihr Leben notwendigen Güter unmittelbar für *sich sel-*

ber produzieren, - sie arbeiten für ihren eigenen Bedarf. Durch die moderne Arbeitsteilung wird diese selbstversorgende Produktion je länger je mehr auf der ganzen Erde überwunden: Alles, was einer produziert, was einer in seiner Arbeit hervorbringt, macht er nicht mehr für sich selber, sondern er erbringt es für die Bedürfnisse der anderen Menschen. Die Frage, wofür die Menschen in der arbeitsteiligen Wirtschaft arbeiten, ist hiermit aber eindeutig beantwortet: Nämlich für die Bedarfsdeckung und die Bedürfnisbefriedigung ihrer Mitmenschen und nicht für ihre eigenen Bedürfnisse.

Von da aus kann man sich die Funktion des Lohnes, der mit der Arbeitsteilung untrennbar verbunden ist, sachlich dann auch erst richtig klar machen: Sie besteht darin, dass die Menschen mittels des Lohnes im Kauf zu all den lebensnotwendigen Gütern kommen können, die die anderen für sie herstellen.

Der Lohn oder besser das Einkommen hat demnach die Aufgabe, zu ermöglichen, dass die Menschen - der Arbeitsteilung gemäss - gegenseitig füreinander tätig sein können.

Im eigenen Bewusstsein kann so die notwendige Überwindung des egoistischen Leistungslohndenkens beginnen: Ich weiß, dass Lohn nicht Bezahlung für meine Arbeit *sein kann*. Hingegen weiß ich, dass der Lohn mir ermöglicht, meinen eigenen Bedarf zu decken - Voraussetzung dazu, selbst wiederum für meine Mitmenschen tätig sein zu können.

* Der Artikel ist zuerst erschienen in den Informationsblättern des Schweizerischen Verbands der Konsumentenvereine zur Förderung der biologisch-dynamischen Landwirtschaftsweise und assoziativer Wirtschaftsordnung. Kontakt über Bettina Kalambokis, Meinradstrasse 1, CH - 8006 Zürich, E-Mail: b.p.kalambokis@dplanet.ch

ES GEHT AUCH ANDERS - PERSPEKTIVEN FÜR EINE ANDERE POLITIK

Bericht vom Perspektiven-Kongress der Zivilgesellschaft in Berlin

Wilhelm Neurohr

Etwa 2000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz unterschiedlichen Bereichen und Altersgruppen und von 83 mitveranstaltenden und unterstützenden Organisationen erlebten und gestalteten vom 14. bis 16. Mai ein gelungenes Experiment und knüpften ein neues Bündnis, um über Protest und Gegenwehr hinaus gemeinsam politische Perspektiven und konkrete Alternativen zur vorherrschenden neoliberalen Politik in Deutschland zu entwickeln, zusammen mit Teilnehmern auch aus Österreich und der Schweiz: Nach den offenen, hierarchiearmen

Methoden der Weltsozialforen und mit dem Ziel der erstmaligen Durchführung eines deutschen Sozialforums im kommenden Jahr wurden im Gebäude der technischen Universität am Potsdamer Platz in Berlin 130 Einzelveranstaltungen zu 15 Themenfeldern sowie gemeinsame Plenums- und Kulturveranstaltungen angeboten. Zu den Mitveranstaltern gehörte außer den Gewerkschaften, dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac, den Sozialverbänden, sozialen und kirchlichen Gruppen, humanistischen und Menschenrechtsorganisationen, Arbeitsloseninitiativen, Bürgerinitiativen, Friedens- und Frauengruppen sowie wissenschaftlichen Vereinigungen und Forschungsinstituten auch das Netzwerk Dreigliederung, vertreten durch Sylvain Coiplet, Stefan Reeder, Michael Wilhelmi und Wilhelm Neurohr.

„Ökonomische Kräfte bedrohen die Freiheit des Einzelnen“

Zwei Tage vor dem Berliner Perspektiven-Kongress, der auch die Impulse der großen zivilgesellschaftlichen Demonstration vom 3. April mit 500.000 Teilnehmern gegen den Sozialabbau und für ein soziales Europa fortführen wollte (siehe Kurzbericht an anderer Stelle), hatte der scheidende Bundespräsident Johannes Rau - passend zum Kongressthema - in seiner letzten Berliner Rede „die anhaltende Wirkungslosigkeit all dessen, was die Arbeitslosigkeit beseitigen soll“, als Vertrauen zerstörende Politik bemängelt. Der Bundespräsident wörtlich: „Unser demokratischer Staat ist mehr als ein Dienstleistungsbetrieb und auch mehr als eine Agentur zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes. Der Staat schützt und stärkt die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger auch vor den gesellschaftlichen und ökonomischen Kräften, die die Freiheit des Einzelnen längst viel stärker bedrohen als jede Obrigkeit.“ In den Debatten über Reformen werde allzu oft das Gemeinwohl vorgeschoben, wo es um nichts als Gruppenegoismus, um Verbandsinteressen oder gar um erpresserische Lobbyarbeit gehe. Rau äußerte zudem deutliche Kritik am Verhalten derer, „die in wirtschaftlicher oder öffentlicher Verantwortung stehen, ungeniert in die eigene Tasche wirtschaften. Das Gefühl für das, was richtig und angemessen ist, scheint oft verloren gegangen zu sein.“

Es gibt noch Zukunftsentwürfe und Gestaltungswillen

Kein demokratischer Staat halte es auf Dauer aus, wenn sich immer stärker eine Haltung des „wir da unten, ihr da oben“ festsetze, so Rau. Noch nie in der deutschen Nachkriegsgeschichte hätten so wenig Menschen Vertrauen in die Politik einer Regierung gehabt, und noch nie hätten gleichzeitig so wenige geglaubt, die Opposition könne es besser. „Wir müssen den Primat der Politik wiedergewinnen - einer Politik, die sich an Werten orientiert und die sich nicht darauf beschränkt, tatsächliche oder vermeintliche Sachzwänge zu exekutieren. Politik muss wieder zeigen, dass es sie gibt und dass sie etwas für die Menschen bewirken kann.“

Der Bundespräsident forderte nachdrücklich, es müsse in der Politik deutlich werden, dass es noch Zukunftsentwürfe und den nötigen Gestaltungswillen

gebe. Genau darum ging es den zahlreichen engagierten Vertretern der Zivilgesellschaft auf dem dreitägigen Perspektivenkongress. Dort fand der zeitgleiche Appell des Bundespräsidenten sein Echo in einer kreativen Ideenschmiede; bei der Abschlussveranstaltung kam so etwas wie eine soziale Aufbruchbestimmung auf. Eine neue soziale Bewegung formierte sich, die Menschen aus unterschiedlichen politischen Kulturen generationenübergreifend zusammenführt. Hier wurde der „Grundstein gelegt für ein dauerhaftes Bündnis verschiedener Milieus und unterschiedlicher politischer Kulturen“, wie es ein Mitveranstalter formulierte. Sogar über eigene Medien wird nachgedacht, solange politische Alternativen zur Überwindung der Spaltungstendenzen in der Gesellschaft in den herrschenden Medien totgeschwiegen und die Anliegen der sozialen Bewegung nicht in die Öffentlichkeit transportiert werden. Das Vernetzungstreffen am Ende des Kongresses war mit 130 Teilnehmenden überfüllt. „Der Wille zur Zusammenarbeit war mit Händen greifbar und prägte die gute Stimmung auf dem Kongress“, so beschrieb es Mitinitiator Niko Stumpfögger.

Gegen eine Politik der Alternativlosigkeit: Demokratie lebt von Alternativen

Hätten sich außer Christoph Ströbele von den Grünen noch andere Bundespolitiker dazu herabgelassen, den Perspektivenkongress zu besuchen, sie hätten einen reichhaltigen Fundgrube an innovativen und sozial phantasiereichen Ideen und Alternativen vorgefunden. Statt den angeblichen Mangel daran zu beklagen, hätten sich daraus bedienen können. Denn eine Politik, die vorgibt, sie sei alternativlos, verabschiedet sich aus der Demokratie, die ja von Alternativen lebt - Alternativen, die unbewusst auch viele Schnittstellen zu Themen, Ansätzen und Betrachtungsweisen der sozialen Dreigliederung enthielten, wenn man genauer hinhörte oder die dortigen Publikationen las: z.B. von der gemeinnützigen Initiative für natürliche Wirtschaftsordnung, die für eine neue Geld- und Bodenordnung eintritt.

Dass es vielfältige Alternativen zur derzeitigen Politik gibt, bewiesen die zahlreichen Workshops, Vorträge, Podiumsdiskussionen und Foren. In den meisten Medien wurde der Kongress leider totgeschwiegen - und das trotz prominenter Unterstützung und bekannter Namen. Teilnehmer waren unter anderen die Gewerkschaftsvorsitzenden Frank Bsirske (ver.di), Jürgen Peters (IG Metall) und Klaus Wiesenhügel (IG Bau), der katholischen Sozialethiker Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach. Weitere Namen: Sven Giegold von Attac, die italienische Gastrednerin Luciana Castellina von Il Manifesto, Prof. Ariel Salleh als Gast aus Australien und der aus Wien angereiste Prof. Dr. Ewald Nowotny. Vertreten war auch das ganze namhafte Spektrum der Wissenschaftler mit alternativer Ausrichtung, von der sogenannten „Memorandumgruppe“ alternativer Ökonomen bis zu bekannten Zukunftsforschern. Genannt seien Namen wie Prof. Elmar Altvater, Prof. Jörg Huffs Schmid, Prof. Bodo Zeuner (der auf seine wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Präsidentschaftskandidatin Gesine Schwan hinwies), Prof. Max Fuchs vom deutschen Kulturrat u.v.m.

Das vertiefte Ringen um Alternativen und Perspektiven fand insgesamt mehr in den Kleingruppen und 130 Einzelveranstaltungen statt, quer durch das gesamte Themenspektrum aller Zukunftsfragen. Die umfassenden Themenachsen reichten von den Fragen zu Beschäftigung und Wachstum über die Entwicklung der Finanzmärkte bis zu einer alternativen Steuerpolitik, von der Zukunft von Arbeit und Einkommen über den Konflikt zwischen Markt und Demokratie bis hin zur Zukunft des Sozialstaates. Breiten Raum nahmen aber auch die Fragen von Bildung, Kunst und Medien sowie einer freien Informationsgesellschaft ein, ferner der Verlust des Sozialen, die Gefährdung öffentlicher Güter, die Fragen von Krieg und Frieden, die ökologischen Fragen sowie Themen der sozialen Innovation und der Vernetzung. Das integrierte Kulturprogramm mit politischem Theater, Film und Kabarett, mit einem Forum bildender Künstler, mit Performance, Musik, Tanz und Theater fand großen Anklang und bereicherte den Kongress, ebenso die zahlreichen Info-Stände der verschiedenen beteiligten Organisationen und Initiativen im Foyer, die auch als Treffpunkt dienten.

Vorbereitung für ein nationales Sozialforum in Deutschland im Gange

Der Versuch, einen inhaltlichen Abriss der wichtigsten Ergebnisse der breit gefächerten Veranstaltung zu geben, kann hier nur bruchstückhaft und teilweise subjektiv sein. Im Internet unter www.perspektivenkongress.de können jedoch sowohl der Kongress-Reader mit dem gesamten Programm als auch die wichtigsten Verlaufs- und Ergebnisberichte abgerufen werden. Zudem ist die Herausgabe einer umfangreichen Kongress-Dokumentation auch in Buchform in Vorbereitung.

Darüber hinaus ist der Vorbereitungsprozess für ein Sozialforum in Deutschland für den Sommer 2005 im Gange: Das erste bundesweite Vorbereitungstreffen findet bereits vom 17.-18. Juli 2004 im DGB-Haus in Frankfurt/Main, Wilhelm-Leuschner-Str. 69 statt. (Internetadresse der Initiative: www.dsf-gsf.org). Zugleich laufen die Vorbereitungen für das 3. Europäische Sozialforum vom 14.-17. Oktober in London.

Ferner treffen sich am 20. Juni in Berlin die Initiatoren der „Wahlalternative 2006“ und der „Initiative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“. Diese fanden - obwohl sich inzwischen 7000 Interessenten bei der Initiative gemeldet haben - auf dem Perspektivenkongress nicht nur Zuspruch für ihr bemerkenswertes Vorhaben, zur Bundestagswahl und eventuell schon 2005 in NRW zur Landtagswahl anzutreten. Mancher Kritiker mag dabei an die parlamentarische Entwicklung der Grünen und der PDS in Berlin gedacht haben. Für entscheidend wurde jedenfalls von den meisten das außerparlamentarische Bündnis und das Entwickeln konkreter Aktionen zur Umsetzung der in Berlin erarbeiteten Ideen erachtet. Das soll vor allem über die rege Beteiligung an lokalen und regionalen Sozialforen geschehen. Deshalb setzt das Trägerbündnis nun auf Regionalisierung: Lokale Veranstaltungen zu Themen, die auch den Perspektivenkongress geprägt haben, sollen jetzt folgen und die örtlichen Bündnisse stärken.

Wegweiser in eine soziale Zukunft mit mehr Gerechtigkeit

Große Aufmerksamkeit und hohe Bestellzahlen erreichte nach einer Buchvorstellung auf dem Berliner Perspektivenkongress das im Mai 2004 neu erschienene Buch von Stephan Hebel und Wolfgang Kessler (Hrsg.): „Zukunft sozial: Wegweiser zu mehr Gerechtigkeit“, in der Verlagsgemeinschaft von Verlag Publik-Forum (Zeitung kritischer Christen) und Frankfurter Rundschau, unter ISBN 3-88095-137-3 erhältlich. Es enthält zukunftsweisende Beiträge mehrerer Autoren zu den aktuellen Problemen und Herausforderungen, über die notwendige Respektierung des mündigen Menschen, über die Krise des Sozialstaates und der Sozialversicherungen und deren wahre Ursachen. Thematisiert werden die „Gehirnwäsche light“ durch den Sprachmissbrauch der Verfechter des Sozialabbaus, die populären, aber falschen Begründungen für diesen Abbau und die Tabuisierung der unbequemen Wahrheiten in der Wirtschaft.

Anhand von Modellen, Beispielen und des Vergleiches europäischen Wirtschaftsmodelle und ihrer Renten- und Bürgerversicherungen werden die Vorteile einer engen Kooperation aufgezeigt. Es werden Vorschläge für das „Wunder der gerechten Rente“ und für eine Politik gemacht, die verhindern soll, dass die soziale Situation des Elternhauses zu sozialer Benachteiligung der Kinder führt. Gerechte und einfache Steuern werden „als Tor in die Freiheit“ dargestellt, geworben wird für eine aktive Finanzpolitik, die Arbeit, Umwelt und Gerechtigkeit dient. Heide Simonis ist mit einem Beitrag „Anders steuern - das Gemeinwesen stärken“ vertreten. Wir finden Vorschläge für einen sozialverträglichen Schuldenabbau und für eine global gerechte Mindeststeuer gegen Steuerflucht als Mittel einer modernen Finanzpolitik.

Im letzten Teil des Buches schließlich werden Visionen einer neuen Arbeitsgesellschaft und Orientierungen für eine neue Beschäftigungspolitik skizziert („Nur für Geld arbeiten ist wie Autofahren ohne Stoßdämpfer“). Außerdem geht es um die Idee einer Bürgerversicherung als Grundeinkommensversicherung für Erwachsene und Kinder. Vier Säulen einer Rentenreform werden vorgestellt, eine Pflichtversicherung für alle Bürger als „politische Heilkunst gegen den Verfall“ wird empfohlen. Eine solidarische und gerechte Krankenversicherung soll allen dienen, die „in einem Boot sitzen“. Im Schlusskapitel über Strategien und Widerstände wird die schwierige Durchsetzbarkeit von Reformen thematisiert („die Gier zerfrisst die Gehirne“). Es wird aufgezeigt, wie Wirtschaftsinteressen die Demokratie untergraben („Die stille Macht scheut das Licht“). Soziale Politik müsse immer neu erkämpft werden. Es gebe Alternativen gibt, die nur nicht zur Kenntnis genommen würden. „Befreiungsschläge allerorten“ seien nötig, eine neue Außerparlamentarische Opposition müsse das Abdriften nach rechts verhindern. Es gehe um eine neue Sozialbewegung unter der Fragestellung: „Wer rettet die Solidarität?“

Verlust des Sozialen: Schmelzende Solidarität durch Zerfall des sozialen Zusammenhaltes und Wertewandel

So lautete auch der Auftaktvortrag im vollbesetzten Audimax von Prof. Friedhelm Hengsbach zu Kongressbeginn am Freitagabend: „Die Solidarität schmilzt nicht

von selbst“. Nach einer ideologiekritischen Betrachtung des vorherrschenden Gesellschafts- und Politikmodells befasste sich die Eröffnungsrede mit dem Zerfall des sozialen Zusammenhaltes und der Umwertung der Werte. Die zweite Rede von Luciana Castellina aus Italien hinterfragte den Anspruch des neoliberalen Gesellschaftsentwurfs, Modell der Befreiung und der Veränderung zum Nutzen der Gesellschaften und der Menschen zu sein.

Solche Gesellschaftskritik war auch das Thema des anschließenden Eröffnungspodiums mit dem IG-Metall-Vorsitzenden Jürgen Peters, mit Pedram Shayar von Attac, Bettina Wasserlos-Strunk vom Reformierten Bund, Gustav Horn vom DIW Berlin und der freien Publizistin Mechthild Jansen. Taz-Redakteurin Bascha Mika moderierte im Stil von Sabine Christiansen - den sie erklärtermaßen gerade nicht kopieren wollte -, und zog damit einige Kritik auf sich. Danach musste sich der Kabarettist Peter Grohmann erst einmal Gehör verschaffen, weil sich Diskussionsgrüppchen gebildet hatten und andere dem Saalausgang zustrebten.

Ein arbeitsreicher Samstag der sozialen Innovation: Der Fluch der Finanzmärkte und das Geheimnis des Geldes

Der arbeitsreiche Samstag begann wegen mangelhafter Ausschilderung der Veranstaltungsräume erst einmal mit der Raumsuche. Ab 9 Uhr dann vielfältige Workshops, Vorträge und Diskussionsrunden. Das wurde dem Anspruch des Perspektivenkongresses gerecht, wirkliche Zukunftsalternativen zu entwickeln oder vorzustellen, seien es Wege zu mehr Beschäftigung oder wirtschaftspolitische Alternativen zur Agenda 2010, zu Staatsverschuldung und Sozialabbau. Die Gruppe Alternative Wirtschaftspolitik setzte sich mit zentralen Projekten im Bereich der Gesundheits-, Renten-, Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik auseinander. Sven Giegold von Attac stellte das Konzept einer solidarischen Einfachsteuer vor. Zum Thema der Finanzmärkte gehörte auch ein Beitrag zu der Frage, was Initiativen im Norden zur Befreiung des Südens aus der Schuldenfalle - in die 60 Länder hineingedrängt worden sind - durch faire Entschuldung beitragen können. Das DGB-Bildungswerk ging der Frage nach weltweiten Sozialstandards nach.

Die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde unterbreitete Vorschläge für eine Reform der Sozialversicherungen, und ein anderer Workshop befasste sich mit der Bürgerversicherung als Baustein einer effizienten und gerechten Sozialpolitik. Der ver.di-Fachbereich Gesundheitspolitik unterbreitete solidarische Perspektiven zur Zukunft des Gesundheitswesens. Für die kommunale Ebene wurde von Attac Deutschland die Einführung eines Beteiligungshaushaltes nach dem Vorbild der Stadt Porto Alegre empfohlen.

Kenawi Samirah von Attac Berlin erzählte auf spannende Weise über die Geheimnisse des Geldes und die gestörten Verteilungsmechanismen; Peter Wahl von WEED zeigte eine emanzipatorische Strategie für eine Reform der internationalen Finanzmärkte mit verschiedenen Reformansätzen einschließlich der Tobin-Steuer und deren Realisierungschancen auf.

Neuer zukunftsfähiger Arbeitsbegriff und existenzsicherndes Mindesteinkommen für alle

Mit dem sinnvollen Umbau der Arbeitsgesellschaft und einen zukunftsfähigen Begriff von Arbeit sowie mit dem Problem des Niedriglohnssektors setzte sich ein weiteres Podium auseinander. „Arbeit darf nicht arm machen.“ Die ver.di-Bundesverwaltung thematisierte „Gestaltungsoptionen für die Arbeit von heute und morgen“. Das ifat-Institut Hamburg für Arbeit und Technik entwarf Zukunftsvisionen und Szenarien für Arbeit und Leben im Jahre 2015. Institute aus Berlin und Gelsenkirchen entwarfen einen neuen gesellschaftlichen, nicht nur technisch-ökonomischen Innovationsbegriff. Andere befassten sich mit den Chancen und Notwendigkeiten einer Arbeitszeitverkürzung, wieder andere mit dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes und der Frage der Verteilungsgerechtigkeit.

Zwei Workshops thematisierten ein existenzsicherndes Mindesteinkommen für alle als gesetzlicher Mindestlohn oder Grundeinkommen in Form von Bürgergeld, es gab auch eine Leitbild-Diskussion über die verschiedenen Modelle. Die Initiative kreativer Erwerbsloser für vernetzte Projekt- und Stadtteilarbeit befasste sich mit dem Arbeitsmarkt von unten und mit einer Personal Service Agentur der anderen Art zur Instandbesetzung von Arbeitsplätzen. In einem Film wurde der solidarische Kampf mexikanischer Arbeiter gegen den Continental-Konzern dargestellt als Antwort betrieblicher Interessenvertretung auf die „globalisierten“ Bedingungen im eigenen Betrieb. „Genug für alle“ hieß der Workshop, der sich mit breiten zivilgesellschaftlichen Bündnissen befasste, die für eine politische Richtungsänderung erforderlich sind.

Eine Gesellschaft ohne Diskriminierung war das Thema einer anderen Gruppe. Um Globalität der Menschenrechte und soziale Solidarität ging es in einem Workshop, der sich dagegen aussprach, die nationalen Interessen und Standorte gegeneinander auszuspielen. Die Perspektiven sozialer Aneignung thematisierte Thomas Fritz: „Die globale Enteignungsökonomie unterwirft nicht nur Arbeit, Produktion, öffentliche Dienste und Natur der Kapitalverwertung, sondern zunehmend auch soziale Beziehungen, unser Handeln, Denken und Fühlen.“ Dem wurde die „Wiedergewinnung der Kontrolle über Arbeit und Leben“ gegenübergestellt. Um wirtschaftliche Selbsthilfe und alternative Ökonomie sowie verändertes Konsumverhalten und die Idee der Genossenschaften ging es in einem Workshop von Attac Berlin. Die Verbindung zwischen sozialer Gerechtigkeit und Ökologie war das Thema des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen Umweltschutz: „Eine zukunftsfähige ökologische Politik ist ohne eine nachhaltige, gerechte Sozialpolitik nicht möglich“.

Projekt soziales und nachhaltiges Europa ohne Militarisierung

Das GATS-Abkommen und die noch weiter gehende EU-Dienstleistungsrichtlinie als „innereuropäisches GATS“ war das Diskussionsthema zwischen Vertretern deutscher und österreichischer Gewerkschaften und Attac, an dem ich als Zuhörer teilnahm. Von einem „Putschversuch mit

Mitteln des Marktradikalismus“ war zu Recht die Rede, denn die EU-Dienstleistungsrichtlinie verhindert staatliche Regulierungsmöglichkeiten, Standards und Kontrollen und erzwingt einen Wettbewerb zwischen den 25 verschiedenen europäischen Rechtssystemen um den niedrigsten Standard im Unternehmens-, Sozial- und Tarifrecht. Die Zuständigkeiten und die Tarifhoheit der nationalen Gewerkschaften sind in Gefahr. Die EU entwickelt sich so zu einer Art Sonderwirtschaftszone.

In einem weiteren Workshop wurde der Zusammenhang zwischen EU-Verfassung, Sozialabbau und Aufrüstung bzw. EU-Militarisierung thematisiert. Die EU werde von einer zivilen Institution zu einer Wirtschafts- und Militärmacht umgebaut. Alternativen zu einem europäischen Großmachtkurs und Chancen für ein internationales System friedlicher Konfliktlösungen wurden aufgezeigt. Das Europäische Netzwerk Nachhaltigkeitsstrategie setzte sich kritisch mit der Lissabon-Strategie der EU auseinander und stellte ein alternatives Projekt für ein nachhaltiges und soziales Europa zur Diskussion: Bestandteile sind sozial-ökologische Strukturreformen, ein sozialer Stabilitätspakt, eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik mit einer europäischen Strategie für Vollbeschäftigung sowie ein nachhaltiges Entwicklungsmodell. Europa muss seine Rolle in der Welt neu definieren.

Nachhaltige Bildung als soziale Zukunftsaufgabe für den individuellen Lebensweg

Die Bildung als sozialpolitische Aufgabe und als ein „politisches Generalthema des 21. Jahrhunderts“ wurde auf dem Kongress als wesentlich für den individuellen Lebensweg einerseits und als zentrale gesellschaftliche Ressource für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft andererseits thematisiert. „Mit sozialer Ungleichheit durch Bildung wird Zukunft verschenkt.“ Es wurde kritisiert, dass Bildung stattdessen zur Ware erklärt und den Marktgesetzen unterworfen wird, ja, Bildung als limitiert gilt und zunehmend käuflich erworben werden soll. „Die vom politischen Mainstream favorisierten Konzepte setzen trotz PISA und IGLU weiterhin auf ein selektives System und so auf Eliteförderung“, beklagten Vertreter der GEW. Dagegen wurde vom Podium Bildung und Weiterbildung für alle im Kontext lebenslangen Lernens als erforderlich erachtet.

Vorgestellt wurde der „Lernkompass zum nachhaltigen Bildungsweg“, ein Kooperationsprojekt der Hamburger Berufsschule Eiderstedt, das mit Partnern aus dem Stadtteil seine benachteiligten Jugendlichen zu anerkannten Berufsabschlüssen führt und in den ersten Arbeitsmarkt begleitet. Der Lernkompass beschreibt den individuellen, prognostizierten Bildungsweg, ebenso wie die absolvierten Lernphasen. Das Konzept basiert insgesamt auf fünf Elementen: individuell, selbstbestimmt, betriebsnah, regional, nachhaltig, dauerhaft; es soll in abgestimmter Kombination die Grundlage für eine erfolgreiche Integration bilden.

Weitere Podien befassten sich kritisch mit den Elite-Universitäten, beleuchteten die erfolgreichen Schulkonzepte in Skandinavien und die Tendenzen der „Privatisierung“ der Bildung in Europa. Der Bund demokratischer Wissenschaftler erörterte das Konzept des aktivie-

renden Staates in der Bildungspolitik mit neuen Ansätzen wettbewerblicher Bildungssteuerung. Mit der Modernisierung von Auslesemechanismen münde diese Politik in die systematische Legitimation von Ungleichheit als Voraussetzung und ständiges Ergebnis von Marktkonkurrenz, so dass in zentralen Politikfeldern Sozialabbau mit Bildungsförderung legitimiert werde. Deshalb wurden bildungsökonomische Vorstellungen kritisiert, die mit dem Propagieren von Kostenprivatisierung zwangsläufig soziale Selektion betreiben.

Kritisch in den Blick genommen wurde auch die gegenwärtige Hochschulreform, die mit ihrer Kommerzialisierung und Verschulung kontraproduktiv sei und die Qualität der Wissenschaften schädige. Die einseitige Orientierung auf die spätere Berufspraxis vernachlässige die Kompetenz der Individuen als TeilhaberInnen in einer demokratischen Gesellschaft. „Wissenschaft - Ware oder öffentliches Gut?“ so wurde gefragt. Schließlich wurde auch die Europäisierung des Bildungssystems mit ihren Mythen, Legenden und Realitäten in den Blick genommen, da die Internationalisierung im Bildungswesen zunehmend an Bedeutung gewinnt: Stichworte sind das GATS-Abkommen und der sogenannte Bologna-Prozess für einen europäischen Hochschulraum sowie der Lissabon-Prozess der EU. Setzt sich das Paradigma durch, das Bildungssystem solle kommerziell-privat sein, wie kann man für die Erhaltung und Weiterentwicklung des öffentlichen Charakters des Bildungswesens tun?

Gewünscht hätte ich mir als Tagungsteilnehmer auch die Präsenz von Vertretern der freien Schulen, allen voran der Waldorfschulen sowie der nahestehenden Organisationen, die für die Freiheit im europäischen Bildungswesen eintreten. In diesem Forum hätten sie engagierte Mitstreiter und offene Ohren vorgefunden für zukunftsfähige und menschengemäße Wege in der Bildung und Erziehung, losgelöst von den Interessen von Staat und Wirtschaft.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit verwirklichen durch eine soziale Dreigliederung

Wenn es irgendwo in der breiteren Öffentlichkeit und in der Zivilgesellschaft Interesse an Alternativen und eine unbefangene Aufnahme neuer zukunftsweisender Ideen und Konzepte im Sinne der sozialen Dreigliederung gibt, dann auf einem so zusammengesetzten Perspektivenkongress wie diesem in Berlin, wo um derartige Zukunftsfragen altherthaltlich kreativ gerungen wurde. Umso bedauerlicher, dass wegen der Überfülle an Themen, Angeboten und Gruppen mehrere vom Netzwerk Dreigliederung angebotene Workshops und Vorträge von den Veranstaltern auf einen 2-stündigen Workshop reduziert wurde: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit verwirklichen durch eine soziale Dreigliederung“ mit Sylvain Coiplet, Stefan Reeder und Michael Wilhelmi als Referenten, mit immerhin 20 interessierten Teilnehmern.

In aller Kürze wurde in komprimierter Form die Verwirklichung der Dreigliederungsideale nicht als abstrakte Schlagworte, sondern in ihren wirksamen Zusammenhängen dargestellt: Brüderlichkeit im Sozialen, in der Zusammenarbeit und Wirtschaft; Gleichheit vor dem

Recht, in der allgemeinen Regelung der menschlichen Beziehungen zueinander; Freiheit im mündigen Einsatz der individuellen Fähigkeiten der Menschen. Das ist der Weg, um die zunehmende Ökonomisierung der Gesellschaft und die Abhängigkeit der Regierungen von Wirtschafts- und Parteiinteressen schließlich zu überwinden. Es wurde verdeutlicht, dass in einer brüderlichen Wirtschaft nur durch menschliche Arbeit hergestellte Waren und Rechte an Waren käuflich sind, nicht jedoch sonstige Rechte, Unternehmen, Organisationen oder Verfügungsgewalt über Menschen. Es wurde der Frage nachgegangen, wo Einzelurteile angebracht sind und wo Mehrheitsurteile.

Ich hätte mir für die sehr lebendige Diskussion mit vielen Fragen etwas mehr Absprache der drei Referenten über die Moderation und die jeweiligen Diskussionsbeiträge gewünscht. Auch war der Stil nach meinem Geschmack ein wenig zu dozierend; mehr Teilnehmerorientierung hätte dem Workshop sicher gut getan. Das Problem mag aber damit zusammenhängen, dass wegen der Verdichtung auf einen einzigen Workshop improvisiert werden musste und viele Fragen nur kurz angerissen werden konnten. Die Referenten standen für Vertiefungen aber nach dem Workshop noch zur Verfügung, auch eine schriftliche Einführung in die soziale Dreigliederung wurde verteilt.

Öffentliche Güter unter Druck - Privatisierung von Politik und Erosion von Demokratie

Selber war ich mit meinen Mitstreitern von ver.di NRW auf dem Kongress aktiv. Von den Veranstaltern war ich auch als Personalratsvorsitzender und Vertreter von ver.di und Attac auf ein Podium gebeten worden, bei dem es um das Thema: „Öffentliche Güter unter Druck“ ging. Mit mir diskutierten dort Rainer Plassmann als Vertreter des Europäischen Verbandes öffentlicher Unternehmen (CEEP), Doris Schuepp, Vizepräsidentin der schweizerischen Gewerkschaftsbundes und Generalsekretärin des Schweizerischen Verbandes Öffentlicher Dienste, ferner Prof. Christoph Scherrer von der Universität Kassel. Angela Pfister vom Österreichischen Gewerkschaftsbund und Mitglied des Wirtschafts- und Sozialausschusses der EU moderierte. Es ging um die allgegenwärtige heftige Kontroverse über die öffentliche Daseinsvorsorge und deren künftiger Gestaltung sowie um die Frage nach den Kräften, die hinter den Kommerzialisierungsbestrebungen stehen.

Rainer Plassmann, der auf EU-Ebene mitverhandelt hat, stellte die konkreten Gefahren und Auswirkungen der EU-Dienstleistungsrichtlinie als „innereuropäisches GATS“ für die öffentlichen und kommunalen Betriebe und Unternehmen und die künftigen Ausschreibungen dar - ein weiterer Zugriff auf die dem Wettbewerbsrecht unterworfenen öffentliche Dienste. Mit dem Begriff der „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse“ werden öffentliche und private Unternehmen gleichgestellt und sind dementsprechend auch gleich zu behandeln, ohne Rücksicht auf den Gemeinwohlcharakter der öffentlichen Dienstleistungen. Das heißt, es handelt sich in Wirklichkeit um eine Schwächung in

der Rechtstellung öffentlicher Unternehmen und um eine Stärkung privatwirtschaftlicher Verwertungsinteressen. Bei der öffentlichen Auftragsvergabe führt das zu Zwangsausschreibungen mit Ungleichbehandlung.

Prof. Christoph Scherrer erwies sich ebenfalls als profunder Kenner in Sachen GATS und Globalisierung, der sich seit geraumer Zeit in diesem Zusammenhang mit der Frage der öffentlichen Daseinsvorsorge befasst. Er beantwortete die Frage nach den Auswirkungen der Privatisierungswelle auf die flächendeckende Versorgung und ihre Qualität sowie nach den Alternativen zu der Vermarktung öffentlicher Dienste. Doris Schuepp berichtete von ihrem erfolgreichen Kampf in der Schweiz gegen die Strommarktliberalisierung. Sie war die Promotorin des erfolgreichen Bürgerentscheides im Jahre 2002.

Mir wurde der Part übertragen, über die Erfahrungen deutscher Betriebs- und Personalräte mit der Privatisierung öffentlicher Dienste sowie über die daraus resultierenden Probleme für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu berichten, ferner Alternativen und Lösungsansätze aufzuzeigen und Ansätze für eine effizientere Gestaltung des öffentlichen Sektors bei gleichzeitiger Garantierung der flächendeckenden Versorgung darzulegen. (Hierzu habe ich auch eine 12-seitige Ausarbeitung erstellt, die unter Wilhelm.Neurohr@web.de abrufbar ist). Bei der lebhaften Diskussion im Saal wurde auch eine Stärkung von Elementen der direkten Demokratie gefordert. Eine Initiative gab ihr Vorhaben bekannt, sich für einen wieder öffentlichen statt privatwirtschaftlichen Betrieb der deutschen Bahn AG einzusetzen und Unterschriften dafür zu sammeln, da die privatisierte Bahn AG umfangreicher subventioniert werde als vormalis die staatliche Deutsche Bahn.

Prof. Bodo Zeuner befasste sich überdies in einem Vortrag, den ich besuchte, mit der Frage der Privatisierung von Politik bei gleichzeitiger Erosion von Demokratie: Die Politik des Marktradikalismus drohe jede Politik aufzulösen. Wo angeblich keine Alternativen bestehen, gibt es auch keinen Raum für Entscheidungen, Kontroversen, Kritik, öffentliche Diskurse und Partizipation der Bürgerinnen und Bürger. In Wirklichkeit werde weiter Politik gemacht, aber politische Herrschaft entziehe sich immer mehr der Anforderung demokratischer Legitimation. Sie tarne sich als privat-ökonomische Verfügungsgewalt, unterstützt von einer selbst zur Herrschaftsinstanz gewordenen Wissenschaft. Insbesondere die Wirtschaftswissenschaft werde zur Ersatzreligion, gestützt durch die Privatisierung der politischen Kommunikation durch die Medien.

Informationsfreiheit, Kultur sowie Instrumente direkter Demokratie und der Mythos Demografie

Gefährdet ist so auch die Informationsfreiheit. Eine freie Informationsgesellschaft statt Monopolisierung von Infrastruktur und Wissen wurde gefordert. Auch der Trends zu weniger Freiheit und mehr Zensur im Netz und zu digitalem Rechte-Management und Softwarepatenten anstelle freier Software und öffentlicher Infrastrukturen wurden diskutiert. Ein weiterer Workshop von der Attac-AG Medien in Berlin befasste sich mit dem Zusammenhang

von Macht, Wirtschaft, Medien und Politik: Medien spiegeln das intellektuelle und politische Klima eines Landes wieder. Strukturen, Selektions- und Darstellungsmechanismen der Mediensegmente gestalten maßgeblich den öffentlichen Diskurs, insbesondere das Leitmedium Fernsehen. Das öffentlich-rechtliche Fernsehen trägt seinem gesellschaftlichen und verfassungsrechtlich verankerten Auftrag in Anbetracht der immer komplexer werdenden Bürgergesellschaft nicht mehr Rechnung. Das bewies auch die mangelnde Berichterstattung über diesen großen Perspektivenkongress. Eine einzige Berliner Tageszeitung würdigte in ihrem Leitartikel auf der Titelseite die aus dem Kongress mit hervorgegangene Einführung einer Komplementärwährung als Regionalgeld für Berlin, den „Berliner“.

Notwendig ergab sich also die Frage, ob auch alternative Medien als Gegenöffentlichkeit nötig und möglich sind und welchen Beitrag sie leisten können. Weitere Kongress Themen waren Kunst und Kultur, besonders auch die Kulturpolitik in Land und Kommune. Diese spielt sich heute oft nach dem Motto ab: „Der letzte macht das Licht aus...“. Denn Hauptleidtragende der rigorosen finanziellen Streichpolitik in den Kommunen sind die Träger von Kunst und Kultur - öffentliche Theater und Bühnen, Musikschulen, freie Kunst- und Theaterszene, bildende Künstler, Schriftsteller usw. Vielfach gehen die existenzbedrohenden Einsparungen an die Substanz und Existenz. Auch hier stellten sich die Fragen nach Alternativen und Gegenwehr.

Ein Aktionsfeldern ist auch die Nutzung von Instrumenten der direkten Demokratie zur Sicherung der Daseinsvorsorge. Ver.di Hamburg stellte das am Beispiel des Hamburger Volksentscheides „Gesundheit ist keine Ware“ dar, bei dem es gegen den Verkauf eines städtischen Krankenhauses ging.

Ein anderes wichtiges Thema, aufgegriffen in einem Vortrag: Seitdem die demografischen Veränderungen zum Argument für die angebliche Notwendigkeit von Sozialabbau, insbesondere der Rentenleistungen gemacht werden, weist Norbert Reuter vom ver.di-Ressort Wirtschaftspolitik nach, dass die Altersquotienten keine Rückschlüsse auf die tatsächlichen Probleme geben. Die Demografie sei kein Sachzwang, ja, es gebe sogar mehr statt weniger zu verteilen, denn: „Produktivität schlägt Demografie“. Es komme nicht auf die Altersquote an, sondern auf den Gesamtquotienten: Aus 31% nicht Erwerbstätigen in 2002 (Alte und Kinder zusammen) werden bis 2050 26%. In Deutschland haben wir derzeit die niedrigste Frauenerwerbsquote in Europa. Sie wird deutlich hin zu mehr Erwerbsfähigkeit steigen wird, da wir heute nur 69% Erwerbsfähige haben. Würde zudem die Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahrzehnten abgebaut, wären mehr Menschen erwerbstätig als heute. Mit der ohnehin steigenden Produktivität können wesentlich mehr Nichterwerbstätige mit unterhalten werden als bisher, zumal wir den größten demografischen Wandel bereits hinter uns haben und nicht vor uns. Die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung ist deutlich gestiegen und steigt weiter, so dass weniger erwerbstätige Menschen mehr

Werte schaffen, die zur Verteilung für alle verfügbar wären. Außerdem kann die momentane Geburtenrate nicht einfach in die Zukunft verlängert werden, zumal mit dem erweiterten Europa die Lebensräume und damit die Bevölkerung Europas sich durchmischen werden, also die räumliche Konzentration der Alten durch Verjüngung infolge von lebensräumlicher Mobilität aufgebrochen wird. Diese Erkenntnisse lassen eine andersartige Rentenreform ohne demografische Abstriche zu. Der Mythos Demografie gehört in das Feld der neoliberalen Zweckpropaganda.

Gemeinsames prozesshaftes Lernen aus unterschiedlichsten Denkrichtungen mit den Leitwerten: Demokratie und universelle Menschenrechte

Die Themenpalette des Kongresses reichte noch viel weiter, als hier darstellbar, z. B. wurde über Migration gesprochen, über Frauen- und Menschenhandel in Deutschland als einem Knotenpunkt täglicher sklavenähnlicher Ausbeutung, über transnationale Sozialrechte. Der Abschluss am Sonntag begann mit einem Vortrag von Prof. Nowotny aus Wien über ein alternatives ökonomisches Modell für Deutschland und Europa mit Überlegungen zur Steuergerechtigkeit und für eine Zukunft der öffentlichen Daseinsvorsorge. Er setzte sich fort mit einem Grußwort aus dem Süden von Prof. Ariel Salleh von der Universität Melbourne. Und er mündete in einem großen Abschlusspodium mit dem ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske, Hugo Braun von der Initiative für ein deutsches Sozialforum, Kerstin Sack von Attac und Nele Hirsch vom freien Zusammenschluss von studentInnen-schaften fzs und einem Vertreter des Sozialverbandes. Beate Wilms von der taz moderierte. Sie befragte die Podiumsteilnehmer nach 2-3 vordringlichen und kurzfristigen sowie längerfristigen Perspektiven und wollte wissen, wie sich das auf diesem Kongress gebildete Bündnis politisch einbringt, mit welchen Aktions- und Protestformen und evtl. zivilem Ungehorsam gegenüber der Mauer von Ignoranz. Leider war die Moderatorin nicht sensibel genug gegenüber dem Willen des Publikums und strapazierte seine Geduld, auch als Vertreter einer Erwerbsloseninitiative dagegen protestierten, dass kein Betroffener mit auf dem Podium sitze. Ver.di-Chef Frank Bsirske löste die Diskussion darüber unbürokratisch: Er holte kurzerhand einen Stuhl aus dem Publikum und bat unter dem Beifall des Auditoriums kurzerhand den Sprecher der Protestierenden mit auf das Podium.

Die Frage, was die Anwesenden aus den 80 unterschiedlichen Einzelorganisationen und Initiativen überhaupt eint, erbrachte folgende Übereinstimmungen: - Unbehagen an der Einheitspartei-Politik der im Bundestag vertretenen Parteien; der Widerstand gegen die Schrumpfung öffentlicher Bereiche durch den Neoliberalismus und gegen die Einschränkung der Demokratie; der Unmut über die Bereicherungschancen für einige wenige; das Engagement für mehr Bürgerbeteiligung und das Streben nach Alternativen; schließlich die Suche nach Experimentierbaustellen und das gemeinsame prozesshafte Lernen mit den Leitwerten Demokratie und

universelle Menschenrechte. Einig war man sich auch darin: Vielfalt ergibt produktive Spannungsverhältnisse und aus Differenzen ergibt sich Klärungsbedarf. Nur Protest gegen etwas sei zu wenig, vielmehr habe sich mit diesem Kongress ein politischer Raum geöffnet. Die Zielrichtung sei nicht die Wiederherstellung von Altem, sondern seien zukunftsfähige Alternativen und ein mehr an Demokratie und Menschenrechten. Gemeinsam will man sich den Herausforderungen stellen, „ohne revolutionäre Sonntagsreden, die in der Alltagspraxis blamiert werden“. Eine sozialverträgliche Ökonomie im dritten Sektor sei zu entwickeln, mit längeren Zeitperspektiven für Veränderungen. „Die Welt verändert sich sonst ohne uns.“

Ganz zum Schluss der Fragen und Beiträge aus dem Plenum, nach Zeitüberschreitung und sich schon leerendem Saal, verlangte ein Diskussionsredner an unpassender Stelle lautstark und beinahe missionarisch eine „spirituelle Orientierung“ dieser sozialen Bewegung. So unvermittelt und ungeschickt ohne Kontext in den unruhigen Raum gestellt, erntete die „Forderung“ den Unmut, die Heiterkeit und die Ablehnung der strapazierten Zuhörer, die an den 3 Tagen bewiesen hatten, dass sie durch die Art und Weise der Menschenbegegnung durchaus spirituell bewegt und durchdrungen waren, wie an der gesamten Tagungsatmosphäre spürbar war, wie man sich aufeinander eingelassen hat und miteinander umgegangen war: Stärke, Kraft und Kreativität aus der Vielfalt, jenseits von Feindbildern, auf der Suche nach neuen Wegen und Qualitäten auch im eigenen Verhalten, mit einer Fundgrube von Anregungen, mit denen unterschiedliche Perspektiven zu einer sozialen Gesamtperspektive verschmelzen und mit denen eine bunte Bewegung gemeinsame Visionen erarbeitet hat, damit die Tagesprobleme mit Perspektiven verknüpft werden.

Wie geht es konkret weiter?

Die Abschlussfrage, die alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie die Veranstalter gleichermaßen bewegte, war diejenige, wie es nach diesem Kongress weitergeht. Wollen wir mehr werden bei der Bündnispolitik? Verstehen wir uns als autonome außerparlamentarische Opposition? Wie kann der Impuls dieses Kongresses nun in den lokalen Austausch gelangen und auch zu einer breiten Volksbildungsbewegung werden, da die gesellschaftlichen Verhältnisse nach Veränderungen schreien? Und wie kann auch die stark vertretene Gewerkschaftsbewegung ein neues Profil erlangen und sich aus parteipolitischen Bindungen lösen, um eine eigenständige Rolle in der Zivilgesellschaft zu suchen? Wie können die erarbeiteten Perspektiven in die lokale und regionale Verbreitung und Vertiefung gelangen? Geplant sind regionale Kongresse, für die von den Mitträgern Experten und Referenten zur Verfügung gestellt werden.

Diese und weitere Fragen wurden bei dem anschließenden Vernetzungstreffen nach dem Perspektivenkongress diskutiert. Ziel war dabei, den Vernetzungsgedanken und die Alternativmodelle zunächst in die eigenen Organisationen hineinzutragen, eine Regionalisierung der Perspektivendiskussion zu leisten und die

Mitarbeit in lokalen Sozialbündnissen und Sozialforen zu verstärken. Zugleich sollen die Sozialforumsprozesse in Deutschland und Europa unterstützt werden. Eine thematische Zusammenarbeit bei ausgewählten Schwerpunktthemen wurde verabredet, die bereits im Herbst dieses Jahres in gemeinsame Kampagnen münden sollen: Eine Kampagne gegen Sozialabbau und Hartz IV, für Existenzsicherung und eine echte Bürgerversicherung; eine weitere Kampagne gegen Arbeitszeitverlängerung und für Arbeitszeitverkürzung in Verbindung mit einem anderen Arbeitsbegriff; eine Kampagne gegen die Privatisierung und für öffentliche Güter sowie Steuergerechtigkeit; ferner eine Kampagne gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und globale soziale Rechte, Integration und Solidarität; schließlich eine Kampagne gegen Neoliberalismus und für „Wiederaneignung“ („Es ist genug für alle da! Zeit zum Umverteilen!“). Weitere Aktionsfelder wurden angesprochen: Anders leben, arbeiten, konsumieren und solidarisch wirtschaften, gegen Standortkonkurrenz. Auch Einzelkampagnen gegen die Wasserprivatisierung wurden erwogen.

Jetzt kommt es auf die handelnden Menschen vor Ort an. Denn durch sie allein findet eine Veränderung der Welt statt. Für die Teilnehmer des Netzwerks Dreigliederung war erfahrbar, dass die Offenheit und das latente Verständnis für dreigliederungsgemäße Ansätze wohl selten so groß war wie in dieser Zeit und in solchen Zusammenhängen und Menschenkreisen, so dass sich die Perspektive auftut: Jetzt ist Dreigliederungszeit in der Zivilgesellschaft, damit Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit an die richtige Stelle gelangen.

EUROPÄISCHER AKTIONSTAG AM 3. APRIL: MENSCHLICHER UND SOZIALER FORTSCHRITT IN EUROPA

Wilhelm Neurohr

Für ein soziales Europa der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und Gerechtigkeit sind am 3. April, dem „Europäischen Aktionstag“, über 500.000 Menschen allein in Deutschland auf die Straße gegangen. Über 250.000 in Berlin, über 150.000 in Stuttgart sowie 130.000 in Köln, ferner etliche Tausend auch in London, Paris, Dublin, Bratislava, Brüssel, Rom, Stockholm, Athen, Madrid, Oslo, Kopenhagen, Lissabon, Prag, Warschau und vielen weiteren Städten, zusammen rund 1 Million Menschen in ganz Europa. Das hat es in Deutschland und Europa so noch nicht gegeben - abgesehen von der ebenfalls aus der europäischen Zivilgesellschaft heraus initiierten weltweit größten Friedensdemonstration am 15. Februar 2003 mit 18 Millionen Menschen in 660 Städten der Erde. Angestoßen wurde der soziale Aktionstag vom 3. April im vorigen Jahr von den 100.000 Teilnehmern des „Europäischen Sozialforums“ in Paris. Das Motto des Aktionstages lautete: „Aufstehen - damit es endlich besser wird.“ Hier wurde

mit der aktiven Zivilgesellschaft in Europa das sichtbar, was der alternative Nobelpreisträger Nicanor Perlas die Kulturkraft oder globale Ausgleichskraft der Zivilgesellschaft nennt.

Es war keine bloße Pflichtveranstaltung der Gewerkschaften als Mitorganisatoren, wie es die Presse und die Bundesregierung herunterzuspielen versuchten, sondern ein breites soziales Bündnis. Eine neue soziale Bewegung formierte sich und brachte so die bisher größte Demonstration aus sozialen Beweggründen zumindest in der Geschichte der Bundesrepublik zustande. Sie ist mehr als nur eine Protest- oder Widerstandsbewegung gegen den rigorosen Sozialabbau im Zuge des globalen Standortwettbewerbs. Der Aktionstag wird flankiert von einer Reihe von Zukunfts- und Perspektivenkonferenzen in den Wochen vor und nach den Straßenaktionen, nachdem sich in vielen Regionen soziale Bündnisse, Sozialforen oder Zukunftsforen gebildet haben, in denen über zukunftsfähige Alternativen zum momentanen Sozialabbau unter dem allgegenwärtigen Diktat der Ökonomie geistig gerungen wird.

Über den Berliner Perspektivenkongress berichtet eine eigener Artikel in diesem Heft. Eine andere „Initiative Zukunft“ versteht sich als „Bewegung der Vordenker und Gestalter“, die ebenfalls vom 14. bis 16. Mai ein Zukunftsforum „Arbeit und Tätigkeit“ veranstaltete sowie vom 18.-22. Juli ein „Europäisches Forum“ zum Thema „Komplementär-Währungen“, also zur Erneuerung des Geldwesens (siehe Dreigliederungs-Rundbrief 1/2004).

Und bei den Ruhrfestspielen in Recklinghausen, die alljährlich am 1. Mai mit einem Kulturvolksfest am Festspielhügel als Europäisches Festival eröffnet werden, haben die Kulturschaffenden die Problematik der neoliberalen Globalisierung zum Schwerpunktthema gemacht.

Was bewegt die Menschen in der Zivilgesellschaft zu solchen Aktionen und Initiativen? Sie sehen das soziale Europa in Gefahr und wollen den sozialen Dialog beleben oder wiederbeleben. Und sie möchten keine Europäische Verfassung, der es an sozialer Ausrichtung mangelt und in der stattdessen die neoliberale Orientierung und die Militarisierung Europas vorgegeben und das Subsidiaritätsprinzip verwässert wird. Die aus den USA stammende Lehre und Ideologie vom Vorrang des „Shareholder-Value“ - als Gegenstück zum sozialen Dialog an runden Tischen mit assoziativer Gestaltung des Wirtschaftslebens - steht nunmehr im Mittelpunkt der Kritik. Denn sie verdrängt den eigentlichen Sinn und Zweck des Wirtschaftens in menschlicher Lebens- und Schicksalsgemeinschaft aus dem Bewusstsein und führt Europa und die ganze Menschheit in eine soziale Katastrophe. Obendrein führt sie zur ökonomischen Vereinnahmung des Rechts- und Kulturlebens. Die Demonstranten wollen dagegen eine sozial ausgerichtete Verfassung der EU und eine andere, sozial gerecht oder geschwisterlich ausgerichtete Wirtschafts- und Sozialpolitik nach menschlichem Maß. Sie wehren sich gegen eine Ökonomisierung aller Lebensverhältnisse und streben nach einem neuen Menschenbild im Staats- und Wirtschaftsleben. Es geht also

um zeitgestaltende Ideen, die eine soziale Zukunft in Europa vorbereiten, die nicht allein im Wirtschaftlichen liegt. Der mit der Wirtschaft vermischte Europäische Einheitsstaat steht auf dem Prüfstand.

An der sozialen Frage wird sich entscheiden, ob Europa eine geistig und moralisch vorbildliche und hilfreiche Rolle in der Welt übernehmen wird und ob die Menschen in Europa das höchste Geistige erkennen und ergreifen lernen. Ergreifen lernen, indem sie die Armen und Schwachen in den Mittelpunkt statt an den Rand aller Politik stellen, mit materiellem und geistigem Gewinn für alle Beteiligten - denn Teilen macht alle reich. An der sozialen Frage kann die Wirklichkeit der geistigen Welt durch das Brüderlichkeitsprinzip im Sinne der sozialen Dreigliederung sichtbar werden. Den europäischen Menschen kann solange das Brot nicht schmecken, als in Europa und vor allem anderswo in der Welt noch Menschen hungern - hungern nach geistiger, seelischer und physischer Nahrung. Der Zeitgeist findet über die wach werdenden und sich sozial verbündenden Völker Europas den Zugang zu den einzelnen individuellen Persönlichkeiten, die sich zur selben Stunde für den menschlichen Fortschritt in Europa vereint einsetzen. Der 3. April 2004 wird deshalb ebenso in die Geschichte des neuen Europa eingehen wie bereits der 15. Februar 2004.

INITIATIVE ZUR FÖRDERUNG ASSOZIATIVEN WIRTSCHAFTENS IM BODENSEERAUM

(cs) Am 1. Mai fand in Überlingen zum Thema „Anthroposophischer Gewerbepark Bodensee“ unter der Fragestellung „Neuer Raum für assoziatives Wirtschaften“ ein Workshop statt, zu dem die Wirtschaftsförderungsgesellschaft westlicher Bodensee mbH und die GEFAK (Gesellschaft für angewandte Kommunalforschung mbH) eingeladen hatten.

In der Einladung las man unter anderem: „Die zwiespältigen Auswirkungen der Globalisierung sind die Früchte einer einseitig auf den individuellen Egoismus vertrauenden Marktwirtschaft. Ihre eigentliche, dem Menschen dienende Rolle legt die Ökonomie im Zuge der Globalisierung in bislang nicht gekanntem Maße ab. Sie beherrscht nach und nach alle gesellschaftlichen Bereiche. Angesichts dieser Entwicklungen bedarf es dringend einer Erneuerung wirtschaftlichen Denkens und Handelns.“

- Im Rückgriff auf die von Rudolf Steiner entwickelte ‚Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben‘ kann nachhaltiges Wirtschaften greifbar werden: Der Umgang mit Arbeit, Boden und Kapital muss hinterfragt und durch assoziative Formen der Zusammenarbeit neu gestaltet werden. Ein neuartiger Impuls dazu könnte von der Region westlicher Bodensee ausgehen: In dieser von der anthroposophischen Geisteshaltung stark geprägten Landschaft um die Stadt Überlingen soll ein physischer und sozialer Raum entstehen, in dem assoziatives Wirtschaften prak-

tiziert und lernend vertieft wird: der 'Anthroposophische Gewerbepark Bodensee'.

Der Workshop soll diese Idee konkretisieren. Dazu werden Aspekte assoziativen Wirtschaftens am Beispiel erfolgreicher Projekte zur Diskussion gestellt und Anforderungen an die Ausgestaltung eines dem assoziativen Wirtschaften verpflichteten Gewerbeplans formuliert. Die Veranstaltung richtet sich an alle, die sich einem nachhaltigen Wirtschaften und der Anthroposophie verbunden fühlen. Neben den Vertretern anthroposophischer Einrichtungen vor Ort sind vor allem Unternehmer, auch von außerhalb, eingeladen.“

Das Aufgebot der ReferentInnen reichte vom Oberbürgermeister der Stadt Überlingen, Volkmar Weber, über Ulrich Rösch vom Goetheanum, Christian Gelleri von der Chiemgauer-Initiative bis zum kurzfristig gewonnenen alternativen Nobelpreisträger Nicanor Perlas. Man darf darauf gespannt sein, was sich aus diesem Ansatz weiter entwickeln wird.

Kontakt: WFG-West, Iris Geber, Bodenseestr. 122; 88682 Salem; Tel.: 0 7553/82 7682, Fax: 07553/8279990, Mail: Info@wfg-west.de, www.wfg-west.de

MEHR DEMOKRATIE

Hamburgs Wähler entschieden am 13. Juni per Volksabstimmung über ein neues Wahlrecht. Nach dem Erfolg des Volksbegehrens „Mehr Bürgerrechte - Ein faires Wahlrecht für Hamburg“ konnten die Bürger nun zwischen dem Vorschlag der Initiative und einem von CDU und SPD vorgelegten Gegenentwurf auswählen. Mit Zweidrittel Mehrheit haben sich die Hamburgerinnen und Hamburger für den Entwurf der Initiative entschieden, das notwendige Quorum von 20% wurde erreicht. Mehr Infos: www.faires-wahlrecht.de

In vielen Städten und Gemeinden fordern Bürger und Bürgerinnen nicht nur mehr direkte Bürgerbeteiligung, sondern treten in offenen Wählergemeinschaften oder als Personenbündnis bei den Gemeinderatswahlen an. Die Listen wollen mehr direkte Bürgerbeteiligung als Gemeinderäte durchsetzen. Zentrale Forderungen sind mehr Bürgerentscheide und die Einführung von Bürgerhaushalten. Solche Initiativen sind z.B. in Hemsbach, Pforzheim, Karlsruhe und Stuttgart angetreten. Weitere Infos: www.lbbh.org

Claudine Nierth (Hamburg) und Gerald Häfner (München) werden auch in den kommenden beiden Jahren als Vorstandssprecher Mehr Demokratie in der Öffentlichkeit vertreten. Das beschloss der neue Bundesvorstand auf seiner ersten Sitzung am 21./22. Mai in Fulda. Auch Roman Huber (München) wurde in seinem Amt als Geschäftsführer des Bundesverbands bestätigt. Zum Kassierer wurde Tim Weber (Achim) gewählt.

ERFOLGREICHE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT DES STUTTGARTER WASSERFORUMS

Aus kleinen Anfängen heraus hat sich das Stuttgarter Wasserforum zu einer Kraft entwickelt, an der in der Schwabenmetropole niemand mehr so leicht vorbei kommt. Das drückt sich auch darin aus, dass in einer Teilaufgabe des vielbeachteten Stuttgarter Wochenblatts - Gesamtauflage 370.000 Exemplare - kürzlich auf der ersten Seite über die Bürgerinitiative berichtet wurde. Unter dem Titel „Wasser ist ein Menschenrecht! ‚Stuttgarter Wasserforum‘ wehrt sich gegen Verkauf der Trinkwasserversorgung“ liest man dort unter anderem:

Viele haben es gar nicht so richtig mitbekommen: Im Lauf der vergangenen Jahre hat die Stadt Stuttgart ihre komplette Trinkwasserversorgung verkauft. Nachdem die TWS AG 1997 mit der Neckarwerke AG zur NWS AG fusioniert war, bekam Stuttgart 42,5 Prozent der NWS-Aktien. 2002 verkaufte die Stadt dann ihren gesamten NWS-Aktienbesitz für 1,627 Milliarden Euro an die EnBW AG. Der Aktienverkauf wurde am 7. Februar 2002 durch Gemeinderatsbeschluss genehmigt. Damit ging auch der gesamte ehemalige Geschäftsbereich Trinkwasserversorgung der TWS auf den neuen Eigentümer EnBW über. An ihr ist die EdF, ein französischer Staatskonzern, mit 34,5 Prozent beteiligt. 2004 wollen EnBW und EdF an die Börse.

Zu den Besitzümern aus dem Erbe der TWS zählt die Trinkwasserversorgung der Landeshauptstadt, mit Wasserwerken, Pumpstationen, Wasserspeichern, 1700 km Wasserleitungen und 99 246 Wasserzählern für 590.000 Einwohner. Dazu kommen beachtliche Anteile an den beiden großen Wasserlieferanten der Stadt: An der Landeswasserversorgung (LW) war Stuttgart mit 33,3 Prozent beteiligt. Von der LW werden rund 3 Millionen Menschen im Norden und Osten Baden-Württembergs über 770 Kilometer Fernleitungen mit Trinkwasser versorgt. Von ihr beziehen auch die nördlichen und östlichen Stadtteile Stuttgarts ihr Trinkwasser. An der Bodenseewasserversorgung (BWV) hielt man ebenfalls 33,3 Prozent. Von der BWV erhalten rund 4 Millionen Menschen im Süden und Westen des Landes über 1700 Kilometer Leitungen ihr Wasser - gleiches gilt für die südlichen und westlichen Stuttgarter Stadtteile.

Die parteiunabhängige Bürgerinitiative „Stuttgarter Wasserforum“ wehrt sich gegen diese Verkäufe. „Wasser ist keine Handelsware, sondern ein Menschenrecht“, so die Haltung. Die Trinkwasserversorgung gehöre zur elementarsten Daseinsfürsorge und dürfe nicht als bloße Ware zur Spekulation auf dem Weltmarkt freigegeben werden. „Wir sind der Meinung, dass der Verkauf nicht legitim war“, so ein Sprecher. „Dafür haben die Bürger die Gemeinderäte und den Oberbürgermeister nicht gewählt!“ So fordert die Initiative den Rückkauf der Trinkwasserversorgung. In Informations- und Diskussionsabenden erklärt sie Hintergründe und mögliche Konsequenzen der Privatisierung. [...] Auf Unterschriftenlisten wird um Unterstützung gebeten: „2003 konnte unser

Bürgerprotest Cross-Border-Leasing mit 21 Schulen erfolgreich verhindern“, freut sich die Initiative und hofft, dass ihre Wasserversorgung den Stuttgartern ein ähnlich großes Anliegen ist.

Nachtrag: Das Wasserforum hat sich auch aktiv in den Kommunalwahlkampf eingeschaltet. Kontakt: Barbara Kern (bakern@n.zgs.de) und Doris Henrichsen (doris.henrichsen@t-online.de)

NEUE ZEITSCHRIFT „HUMONDE“ ERSCHIENEN

„Humonde - Zeitschrift für eine humane Welt und Wirtschaft“ nennt sich ein neue Zeitschrift, die sechsmal jährlich erscheinen soll. Sie kommt aus der freiwirtschaftlichen Strömung von Silvio Gesell und sucht zugleich den Dialog mit anderen Strömungen der Zivilgesellschaft. Die erste Nummer hat den Titel „Alles Globale hat lokale Wurzeln“. Sie enthält unter anderem ein Gespräch mit der indischen Aktivistin Vandana Shiva und ausführliche Berichte über den Kongress zur Chiemgauer-Regionalwährung im März in Prien, darunter auch über den Vortrag von C. Strawe über Globalisierung und Regionalisierung. Eine gut gemachte Internetpräsenz ergänzt das Zeitschriftenangebot. Das Blatt soll auch über Kioske vertrieben werden.

HUMONDE - Zeitschrift für eine humane Welt und Wirtschaft. Thomas Seltmann, Herausgeber. Karl-Bröger-Straße 25, 90459 Nürnberg, Telefon (0911) 4395720, Telefax (0911) 4395721, www.humonde.de

MONSANTO GIBT GEN-WEIZEN VORLÄUFIG AUF

Der Druck von Verbrauchern und Greenpeace gegen Gentechnik in der Nahrung zeigt erste Erfolge: Einer der größten Gentechnikproduzenten der Welt, der US-Konzern Monsanto, teilte mit, dass er seinen Gen-Weizen zunächst nicht weiter entwickeln will. Es soll auch keine weiteren Freilandversuche geben. Vermarktungsbemühungen werden ebenfalls eingestellt.

„Der geschlossene Widerstand von Verbrauchern, Umweltschützern, Landwirten und Lebensmittelherstellern hat den Gen-Konzern einknicken lassen“, erklärt Christoph Then, Gentechnikexperte von Greenpeace. „Ausgerechnet in Kanada und den USA, dem Eldorado der Gentechnik-Industrie, ist Monsanto mit seinem Gen-Weizen gescheitert.“ „Der Anbau von Gen-Raps in Kanada macht deutlich, dass sich genmanipulierte Pflanzen unkontrolliert ausbreiten“, warnt Then. „Der Gen-Raps hat sich durch Pollenflug und verunreinigtes Saatgut so verbreitet, dass ökologisch und konventionell arbeitende Landwirte vielerorts keinen gentechnikfreien Raps mehr produzieren können.“

„Auch beim Anbau von Gen-Soja in den USA und Argentinien wachsen die Probleme für Mensch und Umwelt“, sagt Then. „Dort werden immer mehr giftige Spritzmittel eingesetzt. Mittlerweile kämpfen die Landwirte mit so genannten Superunkräutern. Die Superunkräuter sind durch den Anbau von Spritzmittelresistenten Gen-Pflanzen entstanden. Es zeigt sich immer deutlicher, dass die Nachteile der Gentechnik die angeblichen Vorteile bei weitem überwiegen.“ Then sieht in der Entscheidung des US-Agrokonzerns ein Zeichen für Deutschland: „Auch die Landesregierung von Sachsen-Anhalt und die deutschen Politiker müssen jetzt erkennen, dass sie mit Gen-Pflanzen auf das falsche Pferd setzen. Wer Geld in Versuche mit genmanipulierten Pflanzen steckt, investiert Millionen Euro in eine Technik ohne Zukunft. Genmanipulierte Pflanzen haben ihre Zukunft schon hinter sich.“ Das zeigten auch andere gescheiterte Versuche Monsantos, Gen-Pflanzen an den Mann zu bringen. So gab der Konzern im vergangenen Jahr bekannt, dass er auf Pläne für genmanipulierte Pflanzen zur Herstellung von pharmazeutischen Wirkstoffen verzichtet. Schon Jahre zuvor hatte Monsanto seine Gen-Kartoffeln aufgegeben, weil gerade Fastfood-Anbieter sie nicht haben wollten.

Allerdings: Monsanto geht davon aus, dass die Entwicklung von Gen-Weizen nur aufgeschoben sei. Wenn es gelingt, weitere Eigenschaften auf die Pflanzen durch Genmanipulation zu übertragen, käme eine Vermarktung wieder in Betracht. Der Konzern rechnet dafür mit vier bis acht weiteren Jahren.

Quelle: Gentechnik-Seiten von www.greenpeace.org/deutschland

VERFASSUNGSKLAGE GEGEN DIE GESUNDHEITSREFORM

Bei der Verfassungsklage - im letzten Heft wurde darüber berichtet - ist jetzt die eindrucksvolle Zahl von 6575 Beschwerdeführern erreicht worden. Sie klagen gegen die Diskriminierung der anthroposophischen Medizin durch die Erstattungsregelungen der Gesundheitsreform, welche nichtverschreibungspflichtige Medikamente und damit gerade die sanfte Medizin in der Regel von der Erstattung ausnehmen.

Eine solche Größenordnung hat es, so Prof. Zuck, der die Kläger vertritt, beim Bundesverfassungsgericht noch nie gegeben. Weitere Infos: Gesundheit aktiv. Anthroposophische Heilkunst e.V., PF 1110, D-75373 Bad Liebenzell, verein@gesundheitaktiv-heilkunst.de, www.gesundheitaktiv-heilkunst.de

Literaturhinweise

„DER GEMISCHTE KÖNIG ...“

Ein Hinweis auf lesenswerte Bücher

Alfred Groff

Anstatt einige Rezensionen hintereinander zu publizieren, möchte ich auf eine persönlichere Art und Weise auf einige lesenswerte Bücher aufmerksam machen. Es handelt sich dabei um die drei letzten Bücher „die mir über den Weg liefen“. Man kann sie jeweils dem Geistes-, dem Rechts- oder dem Wirtschaftsleben zuordnen.

Zunächst wäre da ein Roman, der dem künstlerischen Impuls des Stuttgarter Schriftstellers **Andreas Eschenbach** entsprang, nämlich **„Eine Billion Dollar“** (Bastei Luebbe, 2003). Der Held des Romans, John Fontanelli, ein Pizzalieferant, erbt eine Billion Dollar, aber das Testament legt ihm die Verantwortung auf, den Menschen ihre verlorene Zukunft zurückzugeben. Die Geschichte ist nicht nur spannend, sondern auch sehr lehrreich, weil die angeschnittenen Themen gut recherchiert sind, Themen die auch bekannte Themen dieses Rundbriefes sind: Globalisierung, Wirtschaftswachstum, „Geldfehler“ und Geldvermehrung, Steuern (Rohstoff statt Einkommenssteuer, Tobinsteuer ...), Demokratie und Referenden, ... aber auch Themen wie Lebenssinn und geistige Fragestellungen. „Multinationale Konzerne sind mächtiger als Nationalstaaten geworden“, aber ... „es gibt nur eine wirkliche Macht auf diesem Planeten... das Volk“. Oder von „Neuordnung des globalen Finanzsystems“ ist da die Rede oder wie meint da die Hauptfigur: „Das wollen wir immer, nicht wahr? Gerechtigkeit für alle, aber Sonderrechte für uns.“ Der Autor bringt es fertig, diese oft nicht einfach zu vermittelnden Themen auch Laien auf eine verständnisvolle Art und Weise nahe zu bringen und mehr als nur einmal muss man sich die Frage stellen „Wie würde ich anstelle der Hauptfigur des Romans reagieren?“ oder „Wie gehe ich mit Verantwortung und Macht um?“

Dass manche Themen aus dem vorigen Buch nicht nur Fiktion, sondern bittere Realität sind, dokumentiert ein Buch aus dem Wirtschaftsbereich, nämlich eine Publikation der Autoren **Klaus Werner und Hans Weiss: „Das neue Schwarzbuch Markenfirmen: Die Machenschaften der Weltkonzerne“** (Franz Deuticke Verlagsgesellschaft, Wien 2003). „Dieses Buch wird Sie wütend machen!“ verspricht der Buchdeckel, denn „Adidas, Aldi, Bayer, McDonald's, Nike, Siemens, Shell ... unsere beliebtesten Marken gründen ihre Profite auf Ausbeutung, Kinderarbeit, Krieg und Umweltzerstörung.“ Konkrete Namen und Fakten werden angeführt. Klar wird hier, wer dafür draufzahlen muss, damit

bei uns die Produkte um ein paar Cent billiger sind, aber auch, dass „Geiz ist geil“ seinen Preis hat. Besondere Beachtung verdient das Kapitel „Profite auf Kosten der Demokratie - Korruption und Lobbying“, in dem knapp und verständlich erklärt wird, wie Konzerne und auch unsere Regierungen Geschäfte miteinander machen und wie Organisationen wie die Welthandelsorganisation WTO die Demokratie zerstören. Im Kapitel „Handlungstipps“ wird der Verbraucher direkt angesprochen. Er ist nicht machtlos und jeder kann individuell Verantwortung übernehmen. Die Autoren zeigen, dass die „Macht der Konzerne nur von den Konsumenten geborgt“ ist. Einige Ansätze, wie man den Machenschaften der Großkonzerne entgegenwirken kann, werden hier aufgezeigt. Es geht nicht darum, die Konzerne zu bekämpfen, sondern sie in die Pflicht zu nehmen und sie an ihre Verantwortung zu erinnern. Die „Global Player“ werden an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen: ihrem Ruf. Denn dies ist die Achillesferse der Marken, deren Geschäftserfolg an ihrem positiven Image in der Öffentlichkeit hängt. Es geht nicht darum, dass die Globalisierung nicht auch im Dienste der Menschen stehen könnte und dass Konsum prinzipiell schlecht sei, aber wer wissen will, wie er im Kampf gegen Ausbeutung, Zwangs- und Kinderarbeit, Vergiftung der Menschen und Lebensräume, Regierungserpressungen, bewaffnete Konflikte, Folter, Sklaverei, unerlaubte Medikamentenversuche, Diskriminierung, Tierquälerei, Umweltzerstörung und Verfolgung von Gewerkschaften mithelfen kann, für den ist dieses Buch eine hervorragende Inspirationsquelle. Und keine Angst das Buch liefert nicht nur trockene Fakten und Zahlen! So führen uns die Autoren anhand zweier Beispiele vor Augen, wie leicht und auf welchen Wegen Korruption möglich ist, indem sie als getarnte Geschäftemacher aktiv wurden.

Den Bereich des Rechtes, des Staates und der Politik behandelt ein anderes Schwarzbuch nämlich das **„Schwarzbuch USA“ von Eric Frey** (Eichborn, 2004). Hier wird am Beispiel des Staates USA, nicht an dem der Menschen dieses Landes, gezeigt, welche negativen Konsequenzen ein Rechtsleben eines Nationalstaates hat, das in der Form des „gemischten Königs“ aus Goethes Märchen tagtäglich in die Freiheit seiner Bürger eingreift und in dem Wirtschaftsinteressen, Geld und Lobbying die Wahlen und die Politik zu einem grossen Teil bestimmen. Wie ist z.B. die Behauptung, im Namen von Menschenrechten, Freiheit und Demokratie zu handeln, vereinbar mit dem Vorgehen gegen unbequeme linksgerichtete und nationalistische Regierungen, selbst wenn diese demokratisch gewählt wurden, mit Protektionismus trotz Freihandelsforderungen an Entwicklungsländer, mit militärischer Aufrüstung und Präventivkriegsdoktrin, mit rücksichtslosem Konsum und Zerstörung der Umwelt, mit dem Verfall des öffentlichen

Raumes und fehlender sozialen Sicherheit, mit krasser Ungleichheit zwischen Arm und Reich, Rassismus und Diskriminierung, mit dem extremen Sparen bei der Entwicklungshilfe, bei gleichzeitiger Grosszügigkeit bei Waffenlieferungen (0,7 % des Bruttoinlandproduktes der USA würde jährlich 20 Millionen Leben retten), mit Todesstrafen und einem unberechenbaren Justizsystem, mit unterlassener Hilfeleistung für Verfolgte, mit Unilateralismus und Zerstörung der Weltordnung oder mit dem Angriff auf Bürgerrechte unter dem Terrorismusvorwand?

Und wieso zählen Rechte, die man für sich beansprucht, nicht auch für die restlichen Bewohner dieser Erde (inländisches Verbot des Zigarettenrauchens bei gleichzeitiger Subventionierung des Tabakexportes z.B.)? „Das wollen wir immer, nicht wahr? Gerechtigkeit für alle, aber Sonderrechte für uns“, hieß es ja schon im oben erwähnten Roman. Wer weiterhin an das Bild der noblen westlichen Demokratien glauben will, mit ihren selbst auferlegten hohen moralischen Ansprüchen, sollte um dieses Buch einen weiten Bogen machen, denn die Realität sieht einfach erschreckend anders aus! Das Buch ist Amerika-kritisch aber nicht polemisch, und in den meisten Punkten handeln wir in Europa nicht viel anders, wie z.B. bei der Ausbeutung der dritten Welt (Abschottung unserer Märkte bei gleichzeitiger Übersubventionierung der Landwirtschaft, die immerhin 60% des EU-Haushaltes ausmacht) oder bei der Unterstützung totalitärer Regime, wenn Milliardenaufträge für die europäische Wirtschaft winken.

„Wenn heute mit vollem Recht von der manipulierten Gesellschaft gesprochen wird, in der jeder einzelne wirklich ein Opfer ist von eigengesetzlich gewordenen Organisationen, die von wenigen Menschen beherrscht werden, und wenn die Frage aufgeworfen wird, wie sich dieser manipulierten Gesellschaft entziehen, so lautet die Antwort nicht: indem man diese gesamte Gesellschaft in die Luft sprengt. Veränderung ist nur möglich, indem Menschen zu Handelnden werden, die dieses Organisationsprinzip, das man nie mehr aus der Welt schaffen kann, bewusst in den Dienst einer anderen Dimension stellen für den anderen. Dann braucht nicht mehr die Rede zu sein von dem armen beherrschten Menschen, sondern dann können wir sprechen von dem freien Menschen, der das, was ihn bisher beherrschte, selbst beherrscht. Und das ist möglich!“ (Karlfried Graf Dürckheim, Weg der Übung - Geschenk der Gnade, Bd. 1, Weitz Verlag, 1988, S. 131)

„Es gibt nur eine wirkliche Macht auf diesem Planeten... das Volk“, meinte John Fontanelli, der Billionenerbe. Eine Demokratie, in der das Volk auch praktisch das Sagen hat, wenn es es so will, also eine echte direkte Demokratie als Lösung? Im März 2004 erschien in Luxemburg eine Publikation des „Institutes für integrale Praxis, mehr Demokratie und soziale Dreigliederung“ mit dem Titel „Demokratie am Anfang 21. Jahrhunderts in Luxemburg“ (www.demokratie.lu). Es geht um direkte Demokratie, die Demokratieinitiativen der Zivilgesellschaft (www.forumsocial.lu), um Dreigliederung und um Geld-

und Steuerfragen (www.tauschkrees.lu), um die Verknüpfung von persönlichen und gesellschaftlichen Themen (www.mtk.lu/idee, www.mtk.lu/erkenntnis), aber auch um die Demokratie der Parteien und der Politiker. Zitiert wird etwa der Luxemburger Staatsminister J.-Cl. Juncker zur Entscheidungskultur bei den EU-Regierungskonferenzen: „Wir beschließen etwas, stellen es dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nichts begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“ (1999 in der Zeitschrift „Der Spiegel“, Nr. 52, S.136) Oder „[...] Selbst wir Premier- und Außenminister - die ja leider nicht zu den Spitzenpädagogen des Kontinents gehören - streiten nur über Institutionelles, über die Stärke der Kommission und die Stimmengewichte im Rat. Das Inhaltliche bleibt auf der Strecke.“ (Dezember 2003 in einem Interview in „Die Zeit“)

Die Publikation schließt folgendermassen: „Wir brauchen eine demokratische Erweiterung unserer Gesellschaftsordnung, die fundiert ist in einem neuen Menschen- und Gottesbild, und getragen wird von einem humanen, globalen Geld- und Wirtschaftssystem, dass allen Menschen weltweit dient. Die Voraussetzung für all das, ist allerdings die schwere Arbeit an uns selbst. Wir leben auf Kosten eines geistig 'ungedeckten Schecks' - vielleicht ein Zeichen unserer Zeit - wir fragen nicht mehr nach dem Sinn unseres Lebens und beachten nicht mehr den Zusammenhang unseres Seins mit dem ganzen Kosmos, obwohl wir als menschliche Wesen auch geistige Wesen sind, mit entsprechenden Bedürfnissen. Dem müssen wir in erster Linie Rechnung tragen. Darum müssen wir uns kümmern. Es ist der Weg nach innen zur Selbsterkenntnis, auf dem wir unsere tiefen emotionalen Verletzungen heilen müssen. Menschen, die über diesen Heilungsprozess ihre tiefen inneren Werte erkennen können und dadurch sich selbst akzeptieren können, werden sich weder gegenseitig noch ihre Umwelt zerstören. Dieses erweiterte Bewusstsein ermöglicht es uns, eine Basis zu schaffen, auf der wir aus unserem inneren Bedürfnis heraus Mitverantwortung übernehmen. Wir müssen unsere eigenen inneren Fähigkeiten entfalten, damit es zur Verwirklichung eines friedlichen Miteinanderlebens der Menschen in der ganzen Welt kommen kann.“ Eine Lösung wird die direkte Demokratie dann sein, wenn sich jeder Einzelne dieser globalen Verantwortung bewusst wird und individuell danach handelt.

Der „gemischte Koenig“ aus Goethes Märchen muss sowohl auf gesellschaftlicher Basis, wo er „das Reich der jetzigen Welt darstellt“, wie auch auf individueller Basis zum Schmelzen gebracht werden, denn „in diesem vierten König stellt uns Goethe den Repräsentanten für diejenige menschliche Entwicklungsstufe hin, in welcher Wille, Vorstellungsvermögen und Empfindungsvermögen gemischt sind. Er ist mit anderen Worten derjenige Repräsentant der menschlichen Seele, die von Wille, Vorstellung und Gefühl beherrscht wird, weil er selbst nicht Herr über diese drei Vermögen ist.“

Die Lösung des Rätsels in Goethes Märchen lautet: „*Ich will mich hinopfern, ich will mein Selbst durch Selbstlosigkeit läutern.*“ (Rudolf Steiner: Goethes geheime Offenbarung in seinem Märchen von der grünen Schlange und der schönen Lilie, Rudolf Steiner Verlag, 1999, S.106f. und S.242)

ZWEI KRITISCHE SCHRIFTEN ZUR US-AMERIKANISCHEN WIRTSCHAFTSPOLITIK

„*Die Roaring Nineties*“ von Joseph E. Stiglitz und „*Der große Ausverkauf*“ von Paul Krugman

Bernhard Steiner

Im Frühjahr 2004 veröffentlichten unabhängig voneinander zwei der bekanntesten amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler - Joseph Stiglitz und Paul Krugman - Schriften, die sich kritisch mit der Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft auseinandersetzen. Beide Autoren haben hervorragende Referenzen: Stiglitz war unter Präsident Clinton in den Jahren 1993-1997 Vorsitzender des Beratergremiums für Wirtschaftsfragen, anschließend zwei Jahre Vizechef der Weltbank und im Jahre 2001 Träger des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften. Zur Zeit unterrichtet er wieder an der Columbia University in New York. Auch Paul Krugman gehörte unter Präsident Reagan zum Sachverständigenrat, ist heute Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Princeton University, Autor zahlreicher Schriften und bekannt durch seine regelmäßigen Kolumnen in der New York Times. Krugman ist ein unorthodoxer Ökonom: Mitte der neunziger Jahre empfahl er der japanischen Notenbank negative Zinsen einzuführen um die Deflation (Geldrückstau) zu bekämpfen - einen Vorschlag den auch Rudolf Steiner in seinem Kurs für Studenten der Wirtschaftswissenschaften gemacht hat.¹

Als Joseph Stiglitz vor zwei Jahren das Buch „Im Schatten der Globalisierung“² veröffentlichte, war das eine kleine Sensation, denn zum ersten mal erhielten die Kritiker der Globalisierung Unterstützung von einem „Insider“. In seiner neuen Schrift wendet er den Blick zurück auf die „goldenen Neunziger“: eine Epoche, in der die wirtschaftliche Entwicklung der USA durch einen lang anhaltenden Boom geprägt war, der dann nach der Jahrtausendwende plötzlich kippte und abstürzte. Im Laufe der genannten Dekade hatte die Börse ihren Bezug zur Realität weitgehend verloren, - wie stark das der Fall war, zeigt sich an der folgenden Rezession, in der sich innerhalb kurzer Zeit der Marktwert der amerikanischen Aktiengesellschaften um die unvorstellbare Summe von 8,5 Billionen Dollar verminderte und sich damit ein Drittel der Ersparnisse der Amerikaner einfach in Luft auflöste.

Es geht Stiglitz nicht darum, wie er im Vorwort sagt, Skandale zu enthüllen, sondern zu verstehen, was schief gelaufen ist und wie sich die Fehler in Zukunft vermeiden lassen. Er sucht nach „systemischen Fehlern“, die

dann vor allem in einem gestörten Gleichgewicht zwischen Staat und Markt geortet werden. Viele der gegenwärtigen Probleme entstanden durch eine hemmungslose Deregulierung, in der sich private Interessen auf Kosten der Gemeinschaft durchsetzen konnten. Schon unter Präsident Reagan wurde die Regulierung des Spar- und Darlehenskassensektors weitgehend aufgehoben, gleichzeitig aber eine staatliche Garantie auf die Einlagen gegeben, - mit dem Erfolg, dass die Verluste vom Staat getragen wurden, die Gewinne hingegen in die Taschen der Betreiber flossen. Allein diese Tatsache kostete den amerikanischen Steuerzahler nach dem Zusammenbruch der Sparkassen im Jahre 1989 weit über 100 Milliarden Dollar. Verschiedene Fäden werden in den zwölf Kapiteln aufgegriffen: die Deregulierung der Telekommunikationsmärkte, die von Illusionen begleitete Entwicklung der „New Economy“, der „irrationale Überschwang“ an den Börsen, der Zusammenbruch des Energiekonzerns „Enron“, oder die Mogeleyen der Investment-Banker der Wallstreet, die sich aufgrund ihres Insiderwissens schamlos bereichern konnten. Wir hören von Unternehmern, die einerseits für den schlanken Staat plädieren, aber Subventionen für den eigenen Sektor für absolut notwendig halten. Das Angenehme dieser Schrift ist, das der Autor nicht ständig mit dem Finger auf andere zeigt, sondern auch selbstkritisch Entscheidungen reflektiert, die er selber mit vorbereitet hat. Rückblickend meint er, die Regierung Clintons sei bei der Deregulierung und dem Abbau des Staatsdefizits über das Ziel hinausgeschossen und habe nicht nachdrücklich genug eine weiterreichende Rolle des Staates in der Wirtschaft eingefordert. Ganz generell hätten Defizitabbau, Deregulierung und Steuersenkungen ein Klima geschaffen, in dem das Gemeinwohl zurückgedrängt und der Selbstbedienungsmentalität die Tür geöffnet wurde. Nicht dass Deregulierung und Privatisierung prinzipiell schlecht seien, die entscheidende Frage sei vielmehr - so Stiglitz - wie sie vollzogen werden. Es geht darum, ein Gleichgewicht zu finden zwischen einem „so wenig Staat wie möglich“ und einem Staat, der ordnend in den Markt eingreift und auch für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit sorgt. Diese Werte subsumiert Stiglitz unter dem Begriff „Demokratischer Idealismus“ als einer Gesellschaftskonzeption, die sich auf die Eigenverantwortung der Bürger stützt, gleichzeitig aber aus der Einsicht handelt, dass gewisse Aufgaben vom Staat zu lösen sind. Werden die Märkte ganz sich selbst überlassen, produzieren sie einen Überschuss an Umweltverschmutzung und vernachlässigen dagegen Bildung, Gesundheit und Forschung.

Die Behauptung von Adam Smith - so ein Fazit von Stiglitz -, dass derjenige, der nur seine eigenen Interessen verfolge, damit auch zum Gemeinwohl beitrage, stimme eben nicht. Die „unsichtbare Hand“ sei vielleicht deshalb unsichtbar, weil es sie gar nicht gibt.

Ähnliche Zweifel an der Fähigkeit moderner Märkte, sich ohne staatliche Eingriffe gesund zu entwickeln, äußert Paul Krugman. Seine Schrift besteht aus einer Sammlung von nicht ganz 70 Texten, - einige aus den

Jahren 1998 bis 1999 (aus den Zeitschriften „Fortune“ und „Slate“)-, deren größter Teil aber zwischen 2000 und 2003 in der „New York Times“ veröffentlicht worden ist. Die Texte wurden von Krugman nach fünf Themenkreisen geordnet und jeweils mit einer Einleitung versehen. Krugman prangert die gleichen Entwicklungen an wie Stiglitz. Im ersten Teil mit dem Titel „Luftnummern“ geht es um die exorbitante Börsenentwicklung der neunziger Jahre und ihrem jähen Absturz nach der Jahrtausendwende. Im zweiten Teil steht der ausufernde Staatshaushalt und das weitere Schicksal der Rentenversicherung im Mittelpunkt. Während die Reichen durch immer neue Steuersenkungen aus ihrer Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl entlassen worden sind, ist die Staatsverschuldung in einem bisher nicht gekannten Ausmaß gestiegen, so dass jetzt kein Geld mehr für gemeinschaftliche Aufgaben wie z.B. Bildung und medizinischer Versorgung da ist. Der Frage, wie diese Entscheidungen politisch zustande gekommen sind und wie sie abgedeckt wurden, geht der dritte Teil nach. Der vierte Teil mit dem bezeichnenden Titel „Wenn Märkte versagen“ richtet den Fokus auf die Folgen der Deregulierung und Liberalisierung, einmal für den kalifornischen Energiemarkt, ein andermal für Argentinien, das Ende 2001 in eine Währungskrise geriet, mit schweren Konsequenzen für die Bevölkerung des Landes, die durch den folgenden Währungszusammenbruch verarmt ist. Haben in Kalifornien die großen Stromversorger ihre marktbeherrschende Stellung ausgenutzt, indem sie durch gezielte Ausschaltungen eine Krise hervorgerufen haben, mit dem Ziel, die Preise in die Höhe zu treiben, so haben in Argentinien der Internationale Währungsfonds und die Weltbank dem Lande eine Politik aufgedrängt, die direkt in die jetzige Katastrophe führte.

Im letzten Abschnitt „Blick über den Tellerrand“ setzt sich Krugman mit den Folgen der Globalisierung auseinander, die eigentlich - wie er sagt, von seiner akademischen Laufbahn her, - sein Hauptthema ist. Krugman gehörte schon immer zu den überzeugten Befürwortern der Globalisierung, denn er ist überzeugt, dass ohne den weitgespannten Welthandel die Menschen der ärmeren Länder einen noch schlechteren Lebensstandard hätten, was natürlich nicht heißt, dass vieles im Tausch der Güter im Argen liegt, insbesondere, wenn es die USA selbst sind, welche im internationalen Handel mit unterschiedlich langen Ellen misst.

Krugmans Stil ist eingängiger, schärfer und härter im Urteil als jener von Stiglitz. Zudem argumentiert er - obwohl er Ökonom ist - öfters politisch als der eher nüchterne Stiglitz. Außerdem ist seine Sympathie für die Demokratische Partei unübersehbar. Krugman gilt unter den Ökonomen als der Inbegriff eines „liberalen Denkers“ (in den USA hat der Begriff „liberal“ eine andere Bedeutung als in Europa), der sich dafür einsetzt, dass auch die Schwächeren die reale Möglichkeit bekommen, tatkräftig Eigenverantwortung zu übernehmen.

Die Fragen, die sich sowohl Stiglitz wie auch Krugman stellen, sind Fragen der Dreigliederung, denn beide zielen auf ein unabhängiges Rechtsleben, das der Wirt-

schaft die Rahmenbedingungen setzt, bei gleichzeitiger Wahrung der individuellen Initiativekraft. Denn es wird gegenwärtig immer offensichtlicher: wie soll der Einzelne im Staate wirklich Verantwortung für sich und die Seinen übernehmen, wenn er oder seine Anvertrauten durch Armut von einer guten Ausbildung und medizinischer Versorgung ausgeschlossen sind? Insofern weisen beide Bücher auf höchst aktuelle Entwicklungen hin, deren Folgen - auch wenn schwerpunktmäßig die amerikanische Situation gemeint ist - auch uns treffen können, zumal es auch bei uns in Europa Kreise gibt, die den US-Amerikanischen Sozialabbau als Vorbild für die Sanierung des Staates sehen. Beide Bücher können eine Hilfe sein, solche Entscheidungen vorzubereiten, die wir später einmal nicht bereuen müssen.

Joseph E. Stiglitz: **Die Roaring Nineties. Der entzauberte Boom.** Aus dem amerikanischen Englisch von Thorsten Schmidt. Die Originalausgabe erschien 2003 unter dem Titel „The roaring Nineties: A New History of the World's most Prosperous Decade“. Siedler-Verlag, 2004, 356 Seiten, Leinen, EUR 24,-.

Paul Krugman: **Der große Ausverkauf. Wie die Bush-Regierung Amerika ruiniert.** Die Originalausgabe erschien 2003 unter dem Titel „The Great Unraveling. Losing Our Way in the New Century“. Campus Verlag, Frankfurt/M. 2004, 272 Seiten, Leinen, EUR 21,90

Anmerkungen

1 Siehe GA 340 „Nationalökonomischer Kurs“. Rudolf Steiners dort entwickelter Vorschlag, das Geld „altern“ zu lassen, läuft praktisch auf eine periodische Abzinsung heraus.

2 Siehe „Das Goetheanum“, Heft 20/2002.

PETER NORMANN WAAGE: MENSCH / MARKT / MACHT

Rudolf Steiners Sozialimpuls im Spannungsfeld der Globalisierung

(cs) Allen Freunden der sozialen Dreigliederung sei dieses Buch lebhaft zur Lektüre und zugleich als möglicher Einstieg in das Thema für interessierte Bekannte und Freunde empfohlen. Und dies nicht nur wegen des Inhalts, nein auch wegen des erfrischenden Stils der Darstellung, die ein gutes Beispiel für den konstruktiven Umgang mit der Materie im „zivilgesellschaftlichen Dialog“ sein kann. Seine Erfahrungen als Publizist, Journalist und Übersetzer kommen Waage dabei zu gute. - Der Autor arbeitet in der norwegischen Tageszeitung Dagbladet. Er ist auch ein ausgesprochener Russlandexperte, der erst erst kürzlich für seinen Einsatz unter anderem für das Dostojewskij-Museum in Petersburg durch den russischen Botschafter in Oslo mit einer Ehrenmedaille ausgezeichnet wurde.

Waage kennt sich nicht nur bei Steiner, sondern auch im heutigen Diskurs innerhalb der sozialen Bewegungen aus. Er weiß, wovon er spricht, wenn er von den Problemen der Globalisierung redet. Die Debatten beim State

MENSCH / MARKT / MACHT

Peter Normann Waage über Intentionen und Aufbau seines Buchs im Vorwort

In jeder Zeit können die Menschen sagen, sie lebten in einer Übergangsperiode. Auch mögen sich die Probleme der Gegenwart häufig verwirrend groß, die Lösungsversuche dagegen tastend und hilflos ausnehmen: denn die Probleme sind neu, während die Lösungen von Bekanntem ausgehen. In unserer heutigen Realität gewinnen diese banalen Wahrheiten eine neue Dimension. Die Probleme sind nicht mehr lokaler Natur; Informationsgesellschaft und globale Wirtschaft bewirken, dass sie uns alle berühren, auch wenn ihre Ursachen in der Welt des Islam, in den Straßen von New York, Berlin oder Moskau liegen. Wohl haben Technologie und Bildungsniveau die Menschen einander weltweit näher gebracht, aber die Gesellschaft ist so organisiert, als lebte noch immer jeder für sich in einem abgeschlossenen Raum. Wirtschaft und Politik sind zu Beginn des 21. Jahrhunderts nach wie vor von Theorien und Modellen geprägt, die aus dem 18. und 19. Jahrhundert stammen: von der Forderung des Kapitalismus nach einem freien Markt, der Forderung des Nationalstaats nach Entsprechung von Volk und Staat.

Gleichzeitig aber entsteht von unten her eine neue politische Öffentlichkeit. Sie ist der heutigen Informationswirklichkeit besser angepasst, sucht indessen nach Ideen, die sich der Herrschaft von Macht und Markt entgegensetzen lassen. „Es ist manchmal schwer zu sagen, ob diese Trends der Beginn von etwas völlig Neuem sind oder die letzten Zuckungen von etwas sehr Altem“, schreibt Naomi Klein über die Protestbewegungen gegen die wirtschaftliche Globalisierung. „Sind es, wie die Professorin für Technik und Friedensaktivistin Ursula Franklin mich fragte, bloß eine Art Windschutzvorrichtungen, die vorübergehend den Sturm der Konzerne abhalten, oder handelt es sich um die Grundsteine eines noch ungeahnten, freistehenden Bauwerks?“

Während Naomi Klein selbst zur letztgenannten Deutung neigt, sieht der philippinische Aktivist Nicanor Perlas unsere globalisierte Welt als fruchtbaren Ausgangspunkt zur Wiederbelebung von Rudolf Steiners sozialen Ideen, die damals, als er sie in die Welt setzte, nicht aufgegriffen wurden. In Vergessenheit sind sie jedoch nie ganz geraten. In den letzten zehn Jahren haben sie zunehmend an Aufmerksamkeit gewonnen. Ich bin mit Perlas davon überzeugt, dass sie auch uns inspirieren und als hilfreiches Analyseinstrument dienen können. Absicht dieses Buches ist es daher, die Ideen Steiners auf dem Hintergrund der Globalisierung darzustellen. [...]

Durch die Verbreitung von *Attac* und anderen Organisationen innerhalb dessen, was ich die globale Zivilgesellschaft nennen möchte, sind Steiners Gedanken erneut auf Interesse gestoßen. Als ich meinem Freund Øvind Arneberg vom Pax-Verlag davon erzählte, fragte er, ob ich nicht ein Buch über das Thema schreiben könnte. Nach einigem Zögern sagte ich zu - aber im Lauf der Arbeit empfand ich zeitweilig große Sympathie für mein Zögern. Das hat allerdings nichts mit der zweideutigen Position zu tun, die Rudolf Steiner in der Öffentlichkeit einnimmt; er ist ein Denker, der eine entschieden sachlichere Aufmerksamkeit verdient, als sie ihm zuteil geworden ist. Mein Zögern hatte seinen Grund darin, dass seine sozialen Theorien derart umfassend sind, dass ich, um ihnen gerecht zu werden, Probleme und Gesichtspunkte auf Gebieten darzustellen hatte, die weit außerhalb der Bereiche liegen, in denen ich mich einigermaßen sicher fühle. [...]

Hätte ich mir vorgenommen, eine wissenschaftliche Arbeit über Steiners Ideen zu schreiben, wäre der Umfang seines Werks anregend gewesen. So aber ist er eine Quelle milder Verzweiflung. Ich möchte Steiner nämlich nicht so sehr erörtern, als ihn vielmehr aktualisieren.

Dies geschieht durch eine persönliche Darstellung seiner sozialen Ideen im Hinblick auf einige der Problemstellungen, die die Globalisierung mit sich bringt; aber ich gehe auch auf Rudolf Steiner selbst ein. Seine Gedanken über die Entwicklung und notwendige Organisation der Gesellschaft entspringen seiner Gesamtanschauung von Mensch und Welt. Dies allein schon sollte neugierig machen: In einer Zeit, die in immer stärkerem Ausmaß Geld als den einzigen Wertmaßstab betrachtet, in der die Forderung nach stabilem Geldwert dazu führt, dass Menschen entwertet werden, muss es zumindest von Interesse sein, mit einem Denker konfrontiert zu werden, der einen entgegengesetzten Ausgangs-Punkt hat und Markt und Staat im Hinblick auf die Bedürfnisse der Menschen betrachtet.

Einige seiner Vorschläge und Einsichten mögen banal erscheinen, andere sollten zum Nachdenken anregen und zum Handeln inspirieren. Ich habe versucht, sie im Zusammenhang darzustellen, und glaube, dass auch die scheinbar banalen Gedanken anregend wirken können, gerade weil sie einer Gesamtanschauung entspringen, die sich von den in Politik und sozialem Denken heute vorherrschenden fragmentarischen Gesichtspunkten recht deutlich unterscheidet.

Rudolf Steiner betonte, dass es nicht auf die Einzelheiten, sondern auf die Blickrichtung seines Gesellschaftsverständnisses ankomme. Es liegt aber in der Natur der Sache, dass ich - ohne mich im übrigen vergleichen zu wollen - wie er gezwungen sehe, eine Reihe von Einzelbeispielen anzuführen, um Sachverhalte, Analysen und Prinzipien zu verdeutlichen. Argumente gegen zentrale Gedanken und Einzelaspekte von Steiners Ideen stellen sich leicht ein. Trotzdem habe ich es im großen Ganzen unterlassen, auf Gegenargumente einzugehen. Erst müssen - wenn auch noch so vereinfacht in meinen Worten - seine Gesichtspunkte dargelegt werden, dann erst können Kritik und Korrektur einsetzen. Ich argumentiere keineswegs für eine Ideologie, sondern versuche, Steiners Gesichtspunkte klar zu machen.

Rudolf Steiner hatte sowohl Vorläufer als auch geistig Verwandte, Denker, die in ähnlicher Weise hervortraten. Ich will auf einige von ihnen eingehen und im übrigen Steiners Gedanken mit Hilfe anderer Philosophen und Sozialwissenschaftler beleuchten, die willentlich oder unwillentlich auf Steiners Auffassung der Gesellschaft und der sozialen Fragen hindeuten.

Nach einem einleitenden Kapitel über die heutige Situation folgen Kapitel über den historischen Hintergrund von Steiners Gedanken. Abschließend schildere ich seine Ideen hauptsächlich auf dem Hintergrund unserer Zeit - wobei das Gewicht eher auf seinen Ideen als auf unserer Zeit liegt. Es folgen weiter ein Kapitel über die Globalisierung und eines über die Nationalstaatenproblematik - beide Phänomene im Licht der Ideen Steiners betrachtet -, ehe ich mit einem zusammenfassenden Kapitel schließe. Wer an Steiners Gedanken vor allem im Hinblick auf die Gegenwart interessiert ist, kann direkt von der Einleitung zum Kapitel über die globale Zivilgesellschaft springen. Da das Hauptthema in diesem Fall teilweise unbekannt ist, wird der Text einzelne Wiederholungen aufweisen. Ich hoffe aber, dadurch zu einem tieferen Verständnis zu verhelfen, anstatt ermüdend zu wirken. [...]

Oslo, am 26. Juni 2002/1. April 2003

of the World Forum sind ihm ebenso vertrautes Terrain wie die Dreigliederungsbewegung von 1919-1922, von der er ein selbst Kennern kaum bekanntes, aber ungemein aufschlussreiches Detail zu berichten hat, - dass nämlich von den 12.000 Mitgliedern der Anthroposophischen Gesellschaft nur 66 die wöchentlich erscheinende Dreigliederungszeitschrift abonniert hatten.¹

Faszinierend auch die Passage über den in Dreigliederungskreisen sonst weitgehend unbekanntem deutschsprachigen, tschechisch-jüdischen Philosophen Schmuël Hugo Bergmann, erster Rektor der Universität Jerusalem und ein enger Freund des Philosophen Martin Buber, der sich in der 1925/26 im Umkreis der Universität gegründeten Organisation Brit Shalom (Friedensbund) für Steiners Dreigliederungsideen aussprach.

Waage hat einen Blick für die Kräfte, die in der heutigen Welt wirken, was die Darstellung nie akademisch werden, sondern immer auf die praktischen Veränderungsnotwendigkeiten gerichtet sein lässt.

Im einzelnen mag man das eine oder andere anders sehen oder für erörterungsbedürftig halten - z.B. beim Thema Arbeit und Einkommen, S. 148ff. -. Manches davon mag auch ein Übersetzungsproblem sein, so wenn im Zusammenhang mit dem menschlichen und sozialen Organismus ein Analogiedenken statuiert wird, das Steiner aus gutem Grunde von sich wies, das aber auch substantziell in Waages Argumentation keine Rolle spielt. Wie dem auch sei: der Ton, in dem Waage seine Thesen vorträgt, ist immer so, dass man sich eingeladen fühlt, den Dingen gemeinsam noch genauer auf den Grund zu gehen, nie jedoch durch eine scholastische Attitüde provoziert wird. Das Buch ist mit einer Fülle von Anmerkungen und Literaturhinweisen versehen, was seinen Gebrauchswert zusätzlich erhöht.²

Peter Normann Waage: Mensch / Markt / Macht. Rudolf Steiners Sozialimpuls im Spannungsfeld der Globalisierung. Aus dem Norwegischen von Jürgen Vater. Broschiert - 263 Seiten - Pforte Verlag, ISBN: 3856361502, EUR 20

Anmerkungen

¹ S. 55, unter Verweis auf: Beiträge zur Rudolf Steiner Gesamtausgabe, Nr. 27/28, 1969, S. 46.

² Das gilt trotz kleiner Lücken. So taucht Udo Herrmannstorfers „Scheinmarktwirtschaft“ nicht auf, obwohl das Buch zu Fragen wie Geldreform, Bodenrecht und anderem, was Waage behandelt, Bedeutendes beigetragen hat.

ALBERT SCHMELZER: AKTUELLES MITTELALTER

Zum Geschichtsunterricht der 11. Klasse an Waldorfschulen

(cs) Die Bildung von Sozialempfinden, Sozialverständnis und praktischer Sozialkompetenz durch den Schulunterricht war wiederholt Gegenstand von Artikeln in diesem Rundbrief. Dabei haben wir insbesondere Ansätze behandelt, die es hierfür im „Lehrplan“ der Waldorf-

schule gibt, z.B. im Heft 3/1996 in dem Artikel Entwicklung von Sozialfähigkeit, Sozialverständnis und Sozialempfinden in der Waldorfpädagogik - Eine Skizze. (Der Text steht übrigens seit kurzem im Internet unter http://www.sozialimpulse.de/pdf-Dateien/Lehrplan_Sozialkompetenz.pdf.)

Bei diesen Darstellungen haben wir, besonders was den Geschichtsunterricht angeht, Bezug nehmen können auf die hervorragenden Arbeiten von Albert Schmelzer. Schmelzer hat jetzt ein neues Buch zum Unterricht in der 11. Klasse vorgelegt, auf das hier hingewiesen werden soll. Der Autor selbst schreibt über seine Intention: „Mit dem vorliegenden Buch über die 11. Klasse ist ein weiterer Band einer Reihe erschienen, die sich mit dem Geschichtsunterricht an der Oberstufe von Waldorfschulen beschäftigt. Entstanden aus dem Unterricht in Schule und Lehrerbildung, ist es für die Praxis geschrieben in der Hoffnung, dass besonders jüngere Kolleginnen und Kollegen in ihm Anregungen für die eigene Arbeit finden können. Nach Konzeption und Aufbau ähnelt es dem schon erschienenen Buch über die 9. Klasse, *Wer Revolutionen machen will...*

Im ersten Teil wird die Frage bewegt, wie Interesse an der mittelalterlichen Geschichte entstehen kann und welche Themenkreise sich für den Unterricht anbieten; im Zentrum steht dabei die Auseinandersetzung mit dem Lehrplanhinweis Rudolf Steiners, der Geschichtsunterricht der 11. Klasse solle die Behandlung des Parzival im Deutschunterricht vorbereiten. Nach einer kurzen Reflexion über die Methodik folgt dann im zweiten Teil ein Vorschlag für den Aufbau der Geschichtsepochen und die einzelnen Unterrichtsinhalte. Gerade zu diesen Ausführungen ist anzumerken, dass in keiner Weise beabsichtigt ist, einen verbindlichen ‚Kanon‘ vorzugeben. Die individuelle Unterrichtsgestaltung soll angeregt, nicht eingeschränkt werden. Der dritte Teil schließlich enthält einige exemplarische Geschichtsdarstellungen; dabei werden mit Paulus, Julian ‚Apostata‘, den Templern und Eleonore von Aquitanien Persönlichkeiten und ein Orden vorgestellt, die trotz ihrer großen Wirkungsgeschichte beziehungsweise symptomatischen Bedeutung im Unterricht oft wenig Berücksichtigung finden.“

Das Buch ist aber gewiss nicht nur für den Lehrerinnen und Lehrer von Interesse, es hilft jedem geschichtlich Interessierten ein differenzierteres Bild jener Epoche zu gewinnen, Einzelphänome als Symptome einer Bewusstseinsentwicklung lesen zu lernen und damit zugleich ein besseres Gegenwartsverständnis zu gewinnen. Der zeitliche Bogen spannt sich vom römischen Kaiserreich zum Spätmittelalter, der geografische von Irland zur Arabischen Halbinsel und der kulturelle vom Christentum zum Islam.

Albert Schmelzer: Aktuelles Mittelalter. Zum Geschichtsunterricht der 11. Klasse an Waldorfschulen, 200 Seiten, gebunden. Verlag Freies Geistesleben Stuttgart, ISBN: 3772516890, EUR 19,-

Ankündigungen / Initiativen

AUFRUF: FÜR EINEN VOLKSENTSCHEID ÜBER DIE VERFASSUNG DER EU

IG EuroVision 2004 -
www.volksentscheid.willensbekundung.net

I. Weiter wie bisher oder eine neue Vision von Europa?

1. Nach der am 1. Mai 2004 in Kraft getretenen Erweiterung der Europäischen Union auf jetzt 25 Mitgliedstaaten, ist der nächste bedeutsame Schritt ihrer Entwicklung die Verabschiedung eines Verfassungsvertrages. Diese neue Konstitution wird dann, wenn sie durch alle nationalen - parlamentarischen oder plebiszitären - Beschlüsse sanktioniert worden ist, das Fundament der Gemeinschaft sein.

2. Der vorliegende Entwurf ist das Werk des europäischen *Parlamentarismus*, konkret des für seine Erstellung eingesetzten „Konvents“ unter der Leitung des ehemaligen französischen Staatspräsidenten *Giscard d'Estaing*. Obwohl viel Propaganda den Eindruck zu erwecken versuchte, die Arbeit des Konvents sei auch offen für Vorschläge aus der europäischen Zivilgesellschaft, blieben entsprechende Aktivitäten faktisch unbeachtet.

3. So wird die Europäische Union - die Zustimmung ihrer Mitglieder vorausgesetzt - eine Verfassung bekommen, die nicht aus der europäischen Bürgerschaft gewachsen ist. Das trifft auch für diejenigen Länder zu, die den sanktionierenden Beschluss durch einen Volksentscheid treffen werden. Daher ist Letzteres eher zweitrangig.

4. Soll demgegenüber das Europa des 21. Jahrhunderts auf der Höhe der Zeit konstituiert werden, müssten nicht nur alle Mitgliedsländer den Verfassungsvertrag ihren Bevölkerungen zur Entscheidung vorlegen; vielmehr müsste das demokratische Minimum sein, dass außer über den Konventstext mindestens über eine weitere Alternative aus der Zivilgesellschaft abgestimmt werden müsste.

5. Dies insbesondere deshalb, weil das Arbeitsergebnis der Volksvertreter nur traditionelle Vorstellungen fortschreibt, die am Wesen dessen, was das Neue des Organismus der Europäischen Union ist, vorbeigehen. Deshalb muss die Bürgerschaft der EU als Alternative dazu Perspektiven kennenlernen und prüfen können, ob sie den Entwicklungserfordernissen der Gegenwart und Zukunft gerecht werden - sowohl im Hinblick auf die *Union als Wertegemeinschaft* als auch im Hinblick auf die grundlegenden strukturellen Notwendigkeiten der *Architektur des europäischen Hauses*.

6. Diese Alternative soll kein unüberschaubarer, in Einzelheiten sich verlierender Verfassungstext sein. Sie

soll vielmehr die Grundzüge dessen beschreiben, was wir als Fundament der jetzt zu entwickelnden neuen sozialen Identität Europas bilden können, wenn wir aus den Wurzeln und dem Wandel europäischer Geschichte, das heißt aus den sie durch mehr als zwei Jahrtausende prägenden Ideen und Kräften für eine Vision von der Aufgabe unseres Kontinentes im Zeitalter der Globalisierung wirken wollen.

7. Im Falle der Zustimmung der Mehrheit zu dieser Perspektive sollte dieses Fundament Ausgangspunkt und Orientierung sein für eine neue Verfassung, die ohne Zeitdruck bis zum Jahr 2010 zu erarbeiten und dann von der ganzen Rechtsgemeinschaft der Union demokratisch zu beschließen wäre. Die parlamentarischen Organe der EU sollen mit der Abstimmung über die Alternative beauftragt werden, mit Vertretern der Zivilgesellschaft den entsprechenden Arbeitsprozess zu vereinbaren. Je größer die Beteiligung am vorliegenden Projekt, desto größer ist die Chance, das Ziel zu erreichen.

II. Intermezzo: Was ist die wahre Frage der Gegenwart?

1. Statt Einzelkritik am vorliegenden KonventsEntwurf zu üben, schlagen wir einen *alternativen Ansatz* für eine Konstitution der Europäischen Union vor. Und zwar einen solchen, der nicht nur die europäischen Entwicklungen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts konsequent zuende führt, sondern auch einen *neuen historischen Ausgangspunkt* begründet. Im Konvents-Entwurf gibt es weder beim Verständnis der Funktion des regierenden Staates, noch bei dem der Wirtschaft, der Sozialsysteme und des Geldes, noch beim Verständnis des öffentlichen Geisteslebens (Bildung, Wissenschaft, Kommunikationssysteme, Medien) Beispiele für längst überfällige strukturelle Innovationen. Daher wird sich in den kommenden Jahren zeigen, dass dieser traditionelle Verfassungsvertrag keine Hilfe bietet, die im 21. Jahrhundert anstehenden Aufgaben so zu lösen, dass Europa seine ihm mögliche Rolle für den sozialen Fortschritt und Frieden in der Menschheit optimal spielen könnte.

2. Um das zu erreichen, müssen wir die richtigen strukturellen Konsequenzen aus der zentralen historischen Frage ziehen, die dem 20. Jahrhundert seit dem Ende des Ersten Weltkriegs gestellt war: Allen Verhältnissen dieser Epoche lag die Frage zugrunde, die sich aus dem Gegensatz der beiden Systeme des *Privatkapitalismus* einerseits und des *Staatskommunismus* andererseits ergab. Diese Frage war diejenige nach einem zeitgeschichtlich entwicklungsgemäßen *dritten Weg* - aber sie wurde weder auf der einen noch auf der anderen Seite verstanden. Vielmehr wurde sie, wann immer sie im Bewusstsein aufdämmern wollte, ideologisch bekämpft und notfalls sogar militärisch niedergedrückt.

Ohne hier ausführlicher auf diese Zusammenhänge eingehen zu können, sei aber festgestellt, dass die sozialen Spannungen und Gegensätze auf der Welt mit ihren Konflikten, Krisen, Kriegen und Katastrophen erst dann zu besiegen sind, wenn erkannt ist, dass wir dies nur durch die Verwirklichung dieses dritten Weges erreichen können.

3. Die heutige Europäische Union gründet auf dem Irrtum, der politische, ökonomische und ideologische Bankrott des Kommunismus Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts habe den Kapitalismus als den legitimen historischen Sieger dieser Auseinandersetzung, zu dem es keine Alternative gebe, bestätigt. Wer diesem ideologischen Irrtum nicht erliegt, wird erkennen, dass dasjenige, was die eigentliche Herausforderung in diesem Grundkonflikt des 20. Jahrhunderts war, durch den Sieg der einen Seite noch keineswegs historisch „abgewickelt“, das heißt schon so erledigt ist, dass bereits dadurch eine neue Seite im Buch der Geschichte aufgeschlagen wäre. Das wird erst dann der Fall sein, wenn wir auch den Kapitalismus als herrschendes Gesellschaftssystem überwunden haben. Das zu verwirklichen, ist die eigentliche Aufgabe der Europäischen Union.

4. Europa war der historische Boden, auf welchem sich im Gefolge der revolutionären Veränderungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts der das zwanzigste Jahrhundert beherrschende Ost-West-Gegensatz der Systeme „klassisch“ manifestierte. Daher ist es unsere europäische Aufgabe, ihn auch hier - jetzt als Europäische Union - aus der Erkenntnis seines Wesens geschichtlich zu überwinden und die Architektur unseres gemeinsamen Hauses Europa nach einer sowohl *postkommunistischen* wie *postkapitalistischen* sozialen Statistik aufzubauen.

5. Was war, auf den kürzesten Nenner gebracht, die dem Gegensatz zugrunde liegende Fragestellung?

- In allem, was sich kapitalistisch darstellte, ging es letztlich um die Intention, die *individuelle Freiheit und Initiative* auszuleben. Weil dies aber einerseits eng mit den egoistischen Triebkräften und andererseits mit dem wissenschaftlichen Erkenntnisstreben des Menschen verbunden ist, lag es nahe, dass sich dieser Impuls insbesondere im Wirtschaftsbereich auslebte und wie axiomatisch empfunden wurde. So dass im Laufe der Zeit alle diejenigen, bei denen diese Kräfte und Fähigkeiten am stärksten ausgebildet waren, sich als „Klasse“ konstituierten und allem entgegengesetzten, was diesem Streben Grenzen setzen wollte. Der sog. Liberalismus versuchte dieses Selbstverständnis argumentativ zu begründen und ihm zuneigende Parteien traten an, um diese Ideologie politisch zu organisieren und den Rechtsordnungen einzupflanzen. Wo sich diese Richtung durchsetzte, entstanden die sog. „bürgerlichen“ Staaten. Auch wenn sich die Sozialdemokratie als Partei der Arbeiterbewegung sah, stand sie ideologisch den bürgerlich-liberalen Prinzipien immer näher als den sozialistisch-kommunistischen und verkörperte insofern nie wirklich einen dritten Weg.

- Auf der anderen Seite suchten diejenigen, die in dieser Tendenz das Aufkommen tiefer Ungleichheit und Ungerechtigkeit in den Gesellschaften erkannten und erlebten, nach einer *Ordnungsmacht*, um den sozialen Organismus so zu gestalten, dass alle *gleichermaßen* am gesellschaftlichen Reichtum, an den Angeboten der Bildung und am politischen Leben Anteil haben sollten. Die ideologische Fassung dieses Interesses in den *kommunistischen Theorien* sah im *Zentralstaat* das Organ zur Ausübung dieser Funktion. In der Auseinandersetzung mit dem Klassengegner galt es folglich, als Partei des Proletariats mit Einsatz revolutionärer Gewalt die Macht im Staat zu erobern.

Wie dieser Machtkampf im 20. Jahrhundert verlief und wie er endete, ist bekannt.

6. Für die hier zu klärende Fragestellung ist wichtig zu erkennen, dass beide Seiten - die liberale wie die kommunistische - je eine der beiden in Wahrheit zusammengehörenden Seiten des sozialen Lebens zu ihrem Anliegen machten, aber durch irri-ge ideologische Verabsolutierungen ihres jeweiligen Aspektes blind dafür wurden, das in beiden Ansätzen Richtige, ja Notwendige zu erkennen und entsprechend zu verbinden.

7. Obwohl der Machtkampf inzwischen zugunsten des liberalistischen Ansatzes entschieden ist, ist die der Menschheit mit der Heraufkunft des Gegensatzes gestellte Aufgabe geschichtlich dennoch nicht gelöst. Mit dem Projekt, der Europäischen Union eine Verfassung zu geben, stehen wir vor nichts anderem als davor, das bisher Versäumte jetzt endlich nachzuholen und damit den Boden für eine menschenwürdige Zukunft zu schaffen. Das ist das Ziel und der Zweck der „VerfassungsAgenda 2010“, für die alle ihren Willen bekunden, die sich an dieser zivilgesellschaftlichen Abstimmungsaktion beteiligen.

III. Für eine VerfassungsAgenda 2010 - Die Grundlinien der Alternative

1. Für dieses Abstimmungsprojekt soll bewusst noch kein in alle Details gehender Entwurf vorgelegt werden. Ein solcher wird nur das Ergebnis der Arbeit eines *BürgerKonvents* den wir hiermit fordern, sein können. Gegebenenfalls mit Berücksichtigung alternativer Vorschläge soll dann im Jahr 2010 die Bürgerschaft der Europäischen Union darüber entscheiden, ob sie sich die neue Verfassung, deren Grundlinien nachstehend skizziert werden, zueigen machen will.

2. Als Voraussetzung eines modernen Verfassungsverständnisses ist ein Zweifaches zu beachten: Sie hat den *konstitutionellen Konsens* zu formulieren, was eine Rechtsgemeinschaft - in diesem Fall diejenige der EU - einerseits hinsichtlich unserer menschlichen Grundbedürfnisse und andererseits hinsichtlich der gesellschaftlichen Funktionen und ihrer institutionellen Strukturmerkmale als das Zeitgemäße und Zukunftsträchtige anerkennen kann und will. Aus dieser elementaren Verständigung ergibt sich dann für die Verfassung die Aufgabe, diese beiden Gegebenheiten konstitutionell adäquat (produktiv) in den festzustellenden *Grundrechten, Grundpflichten und Grundstrukturen* zu vermitteln.

3. Demnach soll die zukünftige Europäische Union auf der Anerkennung und dem Schutz der *Individualität* eines jeden Menschen gründen und alles vermeiden, was sie in leiblicher, seelischer oder geistiger Hinsicht verletzen oder gar in Frage stellen würde. Sie soll in der Menschheit so wirken, dass dieser Grundorientierung möglichst weltweit Rechnung getragen wird.

3.1 Davon ausgehend anerkennt diese humanistisch geprägte EU, dass ihre Rechtsordnung dafür zu sorgen hat, dass die Produktivität der Gemeinschaft allen Zugehörigen in leiblicher Hinsicht ein menschenwürdiges Dasein garantiert, in seelischer Hinsicht das ihnen Eigene zu entwickeln gestattet und in geistiger Hinsicht die Wege ebnet, dass jeder Mensch den Platz im Leben findet, an dem er seinem Schicksal gemäß seine Anlagen entfalten und seine Fähigkeiten selbstbestimmt für die Ziele des sozialen Ganzen einsetzen kann.

3.2 Es gibt auch heute für diese Grundlinie keine bessere Charakterisierung als die mit den drei Idealen der *Brüderlichkeit, der Gleichheit und der Freiheit* angegebenen *Grundwerte*.

Sie sollen nach dem Ziel der Initiative „VerfassungsAgenda 2010“ die verbindliche Grundorientierung der Rechtsordnung der Europäischen Union für die Feststellung der dem Einzelnen zustehenden Grundrechte bzw. auferlegten Grundpflichten bilden. In unserer parallel zum Herzog-Konvent erarbeiteten „Charta“ ist der erste Schritt für die Gestaltung dieses Zusammenhangs bereits getan.

4. Wenn man den nach 1945 beginnenden Prozess der Herausbildung des neuen Europas bis zur Gegenwart überblickt, zeichnen sich folgende Etappen ab:

4.1 Die Entwicklung beginnt mit der Gründung des *Europarates*, führt dann über mehrere Schritte zur *Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft* und mündet nach dem Ende des Kalten Krieges in der (noch nicht finalisierten) *politischen Union*. Deren wichtigstes Projekt wird das *europäische Währungssystem*, der Euro, mit der Etablierung der Europäischen Zentralbank in Frankfurt: Zwölf der damals fünfzehn Mitgliedsstaaten führen 2002 den Euro als gemeinsame Währung ein.

4.2 2004 kommen schließlich zehn neue Mitgliedsstaaten hinzu, 2007 werden Rumänien und Bulgarien folgen. Mit der Aufnahme der Balkanländer - Albaniens und der Staaten des ehemaligen Jugoslawiens - ist auch dieser Prozess der sog. „*Wiedervereinigung Europas*“ zu einem Abschluss gekommen. Es bleibt die Frage, wie in längerer Sicht das Verhältnis zur Türkei, zu Moldawien, zur Ukraine, zu Russland und zu den Ländern des vorderen Kaukasus bestimmt werden soll.

5. In dieser historischen Entwicklung zeichnet sich schon der entscheidende Hinweis ab, dass wir ihr nicht gerecht werden, wenn wir sie konstitutionell nach dem Muster eines „postnationalen“ Nationalstaates denken, wie das der Verfassungsvertrag des Konvents tatsächlich tut. Wir können daran vielmehr ablesen, dass wir den Sachverhalt besser verstünden, wenn wir diesen Prozess als den der *Geburt eines sozialen Organismus neuen Typs* erkennen würden, der mit dem Europarat zunächst jenes Organ bildet, durch welches sich das

neue Europa - im Element von „Konventionen“ - als *Wertegemeinschaft* konstituiert. Auch wenn der Europarat nicht in das System der EU integriert wurde, so sind doch die von ihm, der sehr viel mehr Staaten als die EU als seine Mitglieder umfasst, verabschiedeten Konventionen das vereinbarte *geistig-rechtliche Fundament* der ganzen europäischen Integration geworden.

5.1 Daneben ergab sich das *wirtschaftliche System* der Union als dasjenige, dem bisher die meiste Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Ihm zugeordnet ist das *monetäre System*. Das *politische System* schließlich mit seinen verschiedenen Organen des europäischen Parlaments, des Rates der Regierungen und der Kommission entscheidet über das für alle Mitglieder der Union verbindliche Gemeinschaftsrecht.

5.2 So drängt die Europäische Union in Wirklichkeit dahin, sich in einem mehrgliedrigen sozialen Organismus darzustellen, der als Ganzes aus sich heraus nach einer gewissen Selbstverwaltung seiner Glieder strebt, die durch entsprechende Institutionen der funktionalen Vernetzung bedürfen.

5.3 Wenn wir dieser historischen Tendenz gerecht werden wollen, dürfen wir die Union künftig nicht mehr wie einen vergrößerten Einheitsstaat verstehen und praktizieren. Vielmehr tendiert das integrierte Europa aus den in ihm wirksamen geschichtlichen Triebkräften danach, sich als eine dezentral strukturierte Architektur darzustellen, als ein Gemeinwesen neuen Typs, dem jedes europäische Land - gemäß entsprechender Kriterien und nach dem politischen Willen seiner Bürgerinnen und Bürger - in vierfacher Hinsicht angehören kann und entsprechend seinem Integrationsstatus an der Vernetzung seiner Systeme teilnimmt.

6. Der *demokratische Charakter* dieser Union liegt bei ihrem *politischen System*. Ihn in seiner nationalen Komponente zu gestalten ist Angelegenheit jedes Mitgliedes selbst. Alles Gemeinschaftsrecht - in welchem Bereich auch immer es zum tragen kommt - hat hier seinen Ort. Der Kern seiner *Legitimation* besteht in dem Recht zur unmittelbaren Gesetzgebung der Bürgerschaft derjenigen Staaten, die Mitglied des politischen Systems der Union sind. Die direkte Legitimation ist ergänzt durch besondere Organe der Gesetzgebung, der Administration und der Rechtsprechung. Die Natur der Sache des *wirtschaftlichen Systems* ist dessen *assoziativ-solidarischer Charakter*. Es verwaltet sich selbst im Rahmen des Gemeinschaftsrechts. Das *monetäre System* hat die Aufgabe, alle Funktionen der Geldzirkulation sowohl im Produktions- wie im Konsumbereich des Organismus so gestalten, wie es die Finanzierungen der Arbeitsprozesse, die Preisgestaltungen und die Besteuerungen des Warenverkehrs erfordern für eine Entwicklung der Bedarfsdeckung ohne Inflation und Arbeitslosigkeit. Das *kulturelle System* im weitesten Sinn des Begriffes ist die Quelle aller geistigen Dimensionen der Union und insofern die vornehmliche Erscheinungsform ihres Charakters als sozialer *Ort der Freiheit*. Wie die anderen Systeme gründet auch das kulturelle - im Rahmen des Gemeinschaftsrechtes - auf dem Prinzip der Selbstverwaltung. Die vier Systeme der Union sind un-

tereinander interdependent und sie gestalten diesen ihren Grundcharakter mit Hilfe der erforderlichen *Organe kommunikativer Vernetzung*.

7. Es ist die Aufgabe des durch dieses Projekt verlangten BürgerKonvents, einen an den vorstehend skizzierten Grundlinien sich orientierenden Verfassungsentwurf zu erarbeiten. Dieser soll 2010 in der Europäischen Union diskutiert und ihrer Bürgerschaft zur Entscheidung vorgelegt werden.

Der Aufruf kann unter <http://www.willensbekundung.net> heruntergeladen werden. Im Internet kann man seine Zustimmung zu der Forderung der Initiative EU 21 bekunden. Mit dieser Willensbekundung unterstützt man die Forderung an die politischen Entscheidungsgremien der EU, einen BürgerKonvent einzurichten. Dieser soll die Aufgabe haben, bis zum Jahr 2010 eine an den Erkenntnissen, wie sie im „Aufruf 2010“ dargelegt sind, orientierte neue Verfassung für die Europäische Union auszuarbeiten. Nach einer mindestens halbjährigen gesellschaftlichen Diskussion des Entwurfes soll dieser der Bürgerschaft der EU zur demokratischen Entscheidung vorgelegt werden.

Je mehr Stimmen entweder im Internet oder postalisch abgegeben werden, desto größer die Chance, das Ziel zu erreichen. Wer nicht über einen Zugang zum Internet verfügt, kann seinen Willensbekundung schicken an: IG EUROVISION - Panoramastr. 30, 88147 Achberg, Tel. +49 (0)8380-98228, Fax +49 (0)8380 675 (Text: Hiermit bekunde ich meine Zustimmung zu der Forderung der Initiative EU 21. Name, Vorname, Adresse, Unterschrift). Dort erhält man auch Listen zur Unterschriftensammlung. - Spendenkonto: IG EUROVISION e.V. BLZ 650 920 10 Kto Nr. 29 29 007

EUROPA MITGESTALTEN! VERFASSUNG UND ZIVILGESELLSCHAFT

Unter diesem Obertitel findet vom 17. - 19. September 2004 eine offene Tagung der Sektion für Sozialwissenschaften in der Alanus-Hochschule in Alfter bei Bonn statt.

In der Einladung heißt es: „Dient die Verfassung Europas tatsächlich der Vielfalt der auf dem Kontinent vorhandenen Kulturen? Oder soll sie die Lissabon-Strategie stärken: die Europäische Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen (Vorgabe des Europäischen Rats im März 2000 in Lissabon)? Werden beispielsweise Freiheit und Vielfalt im Bildungsleben gefördert oder eine Tendenz zur Vereinheitlichung? Ökonomisch betrachtet war die Einführung des Euro nur die Konsequenz der bisherigen europäischen Integration. Die Ziele des Binnenmarktes: Freie Beweglichkeit von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Menschen führten letztendlich auch zur Frage einer gemeinsamen Währung. Diese verstärkt die Tendenz, Marktförderung oder Markthemmung zum entscheidenden Kriterium der Be-

urteilung aller Maßnahmen in Europa zu machen. Fragen kultureller und nationaler Vielfalt werden demgegenüber eher nachrangig. Die Politik der Vereinheitlichung war oftmals gekennzeichnet durch ein Nichtbegreifen der Differenzierungsimpulse, der notwendigen Vielfalt Europas.

Dient diese Entwicklung wirklich einer Stärkung von Demokratie und Transparenz, indem zum Beispiel Elemente der Bürgergesellschaft und der direkten Demokratie gefördert werden? Oder wird lediglich der Brüssler Beamtenapparat gestärkt? Welche Stellung wird die immer stärker werdende Zivilgesellschaft in einem vereinten Europa haben?“

Im Einzelnen werden Fragen zur Identität Europas, zu „Werten und Wirtschaft“ und zu „Zivilgesellschaft und partizipativer Demokratie“, zu Landwirtschaft und Gentechnik behandelt. Mitwirkende ReferentInnen sind u.a. der Europa-Abgeordnete Klaus Hänsch, die Juristen Reinhard Eichholz, Jürgen Erdmenger und Ingo Krampen und Gerald Häfner von „Mehr Demokratie“.

Verantwortlich für die Tagung: Ingo Krampen und Ulrich Rösch. Programme bei der Sektion für Sozialwissenschaften, Goetheanum, CH-4143 Dornach. Tel. +41 61 7064326 Fax +41 61 7064350 E-Mail: sektion.sozialwissenschaften@goetheanum.ch

JEDE STIMME ENTSCHIEDET MIT

Aufruf zur Mitwirkung an einem neuen Anlauf, die dreistufige Volksgesetzgebung zu verwirklichen - www.volksentscheid.willensbekundung.net

I.

In seiner Ausgabe vom 29. April 2004 plädiert im „Stern“ dessen stellvertretender Chefredakteur, Hans-Ulrich Jörges, für ein „Referendum“ über die künftige Verfassung der EU. Außerdem veröffentlicht das Hamburger Magazin „Stern“ die Ergebnisse einer von ihm in Auftrag gegebenen Forsa-Umfrage zum Thema „Volksabstimmung“. Demnach treten 84 Prozent der Deutschen dafür ein, das Grundgesetz zu ändern, um Volksabstimmungen zu ermöglichen.

Das ist nichts Neues. Schon jene von der Bürgerinitiative „Aktion Volksentscheid“ (AVE) 1986 bei Infas in Auftrag gegebene Umfrage brachte ein tendenziell ähnliches Ergebnis. Und obwohl die AVE ab 1984 - zuletzt am 8. 5. 2002 - in Sachen Volksabstimmung/Volksentscheid mehrere Petitionen an den Bundestag richtete und im Laufe der Jahre auch andere Initiativen Aktivitäten zur Regelung der dreistufigen Volksgesetzgebung entfaltet haben, ist man dem Ziel nicht nähergekommen. Daran wird auch die „Stern“-Umfrage nichts ändern. Es sei denn

Es sei denn, die stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger der BRD nehmen diese Sache jetzt in sehr viel größerer Zahl als bisher selbst aktiv in die Hand und

bekunden *konkret und persönlich* ihren politischen Willen im Sinne dessen, was die Forsa-Umfrage behauptet; um das auf die einfachste Weise - also nicht mehr mit aufwendigen Unterschriftenlisten - zu ermöglichen, haben wir im Netz das Format www.volksentscheid.willensbekundung.net eingerichtet (Näheres s. III.). Nur wenn das geschieht, wird man erwarten dürfen, dass sich die Volksvertretung insgesamt diesem Gemeinwillen nicht mehr verweigert. Das scheint, wenn man die Dinge realistisch betrachtet, nach allen Erfahrungen, die man in jetzt einundzwanzig Jahren der Arbeit für dieses Ziel machen konnte, ultimativ notwendig zu sein.

II.

Hinzu kommt, dass bei einem entsprechenden Verfassungsgesetz bestimmte Bedingungen, die wir an dieser Stelle kurz nennen, berücksichtigt sein müssen, damit Volksentscheide einen demokratischen Charakter haben (Näheres auf anderen Seiten unserer Homepage und auf den Seiten der in Fußnote 1 genannten Initiativen). Denn wenn das nicht beachtet wird, können sie im Zeitalter der Massenmedien leicht ein ganz undemokratisches Instrument mächtiger Personen, Gruppen oder Institutionen werden.

Das heißt, das entsprechende Verfassungsgesetz müsste folgende Kriterien beachten:

1. Die Initiative zu einem Volksentscheid soll nicht von der Regierung ausgehen, sondern immer aus der Mitte des Volkes selbst kommen. Eine *Volksinitiative* hätte demnach zunächst dem Parlament ein Anliegen - z. B. einen Gesetzentwurf oder den Auftrag, einen bestimmten Gesetzentwurf zu erstellen - zu unterbreiten (= 1. Stufe). Würde das Parlament dieses Anliegen ablehnen, könnte die Initiative ein *Volksbegehren* einleiten (= 2. Stufe). Würden genügend Stimmberechtigte diesem Begehren beitreten, käme es innerhalb einer bestimmten Frist zum *Volksentscheid* (= 3. Stufe). Zu einem gleichen Gegenstand sollten maximal drei Alternativen zur Abstimmung kommen können (jene nämlich, die beim Volksbegehren die ersten drei Plätze belegen konnten).

In mehreren Petitionen an den Deutschen Bundestag seit 1984 hat die „Aktion Volksentscheid“ zur Konkretisierung und Regelung dieser „dreistufigen Volksgesetzgebung“ in einem Verfassungsgesetzentwurf vorgeschlagen, dass für die Volksinitiative 100.000 Zustimmungserklärungen von Stimmberechtigten, für das Volksbegehren ein Prozent der Stimmberechtigten und für den Erfolg eines Volksentscheides die Mehrheit der abgegebenen Stimmen gelten sollen (Näheres dazu auf anderen Seiten des Projektes).

2. Um den demokratischen Charakter der direkten Demokratie zu gewährleisten sind außerdem zwei weitere Kriterien von entscheidender Bedeutung. Zum einen muss zwischen einem erfolgreich abgeschlossenen Volksbegehren und dem Termin des Volksentscheides genügend Zeit für die öffentliche Debatte und die Urteilsbildung eingeräumt sein; wir schlagen dafür eine Mindestzeit von einem halben Jahr vor. Zum andern ist es im Zeitalter der Massenmedien unbedingt erforderlich,

dass das Gesetz bestimmt, dass im Prozess der Information und Diskussion über das Pro und Contra eines Abstimmungsgegenstandes beide Seiten nach einem zu vereinbarenden Verfahren gleichberechtigt zu Wort kommen können. Das muss sowohl für die privaten wie die öffentlich-rechtlichen Medienunternehmen gelten.

3. Das von den Volksvertretungen beschlossene Verfassungsgesetz muss der Rechtsgemeinschaft der stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger zur abschließenden Entscheidung vorgelegt werden. Sollte diese Vorlage nicht den hier unter 1. und 2. beschriebenen Bedingungen entsprechen, muss eine diesen gemäßige Alternative mit zur Abstimmung kommen.

III.

Im Bundestag gibt es inzwischen drei Lager mit unterschiedlichen Positionen. Die CDU/CSU-Opposition lehnt die Verfassungsänderung zur Ermöglichung der Volksgesetzgebung nach wie vor ab. Die FDP schwankt hin und her: PUNKTUELL fordert sie z. B. eine Volksabstimmung über die EU-Verfassung. Als aber die Regierungsparteien gegen Ende der letzten Legislaturperiode einen Gesetzentwurf vorlegten, um die direkte Demokratie auf Bundesebene zu regeln, stimmte die FDP mit Nein. Doch auch bei Rot-Grün ist zum einen kein ernsthafter Wille erkennbar, die Dinge endlich verfassungsrechtlich zu gestalten; zum andern waren in deren Gesetzentwurf 2002 wesentliche Kriterien - wie z. B. die oben erwähnte Medienbedingung u. a. - nicht berücksichtigt, so dass selbst bei einem Beschluss der Vorlage kein wirklich demokratischer Prozess gewährleistet gewesen wäre.

Um durch die reale Energie des politischen Willens der Stimmberechtigten diese parlamentarischen Blockaden und unbefriedigenden Parteivorstellungen zu überwinden, gibt es nur einen einzigen Weg: Es muss die Mehrheit derjenigen, die auch laut neuester Umfrage die direkte Demokratie ergreifen und damit überhaupt erst die Volkssouveränität als Kern- und Angelpunkt der Demokratie konstituieren wollen, *nachweisbar diesen politischen Willen bekunden*. Das war aber bisher praktisch für eine Bürgerinitiative nicht organisierbar. Ohne konkrete Unterstützung der Massenmedien - und so war es bisher - ist die Erfassung von ca. 30 Millionen Stimmberechtigten nicht möglich gewesen.

Deshalb haben wir das Internet-Format www.willensbekundung.net entwickelt, durch welches es sehr viel einfacher ist als mit allen bisherigen Mitteln (wie Unterschriftensammlungen u. ä.) seine Stimme in die Waagschale zu werfen. Auch dieser Weg wird aber immer noch schwer genug sein, jedoch um so eher zum Ziel führen, je mehr jeder einzelne, der zu jenen 84 Prozent zählt, von denen die Forsa-Umfrage spricht, mithilft, den Weg der Willensbekundung in seinem Umfeld bekannt zu machen bzw. mit einer Spende finanziell dazu beizutragen, damit die Projektträger z. B. mit Kurzanzeigen in breitem Stil über diese Möglichkeit informieren können, um auf diese Weise so viele unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger wie nur irgend möglich auf den neuen Anlauf aufmerksam zu machen.

Wir sind sicher, dass sich eine Zweidrittelmehrheit des deutschen Parlamentarismus dem Anliegen generell und auch speziell den von uns vorgeschlagenen Regelungskriterien anschließen wird, wenn wir 30 Millionen Willensbekundungen auf den Tisch des Hohen Hauses legen können. Daher: Helfen Sie mit, das Projekt bekannt zu machen und bekunden Sie Ihren Willen (www.volksentscheid.willensbekundung.net).

An alle uns bekannten Initiativen, die sich auch für die dreistufige Volksgesetzgebung einsetzen!

Liebe Freunde, wir rufen euch auf, jetzt alle Kräfte zu vereinigen und das jeweilige Umfeld zur Teilnahme an dem neuen Anlauf für das gemeinsame Ziel zu mobilisieren. Nur wenn wir jetzt alle Potentiale bündeln, besteht die Chance, dass das Werk endlich gelingt. Lasst es uns so zum erfolgreichen Abschluss bringen, wie es vor zwanzig Jahren mit Joseph Beuys †, Günter Gehrman, Gerald Häfner, Bertold Hasen-Müller †, Wilfried Heidt, Brigitte Krenkers, Peter Schata, Herbert Schliffka und Johannes Stüttgen gemeinsam begonnen wurde.

Aufruf zum Download unter www.willensbekundung.net. Wer nicht über einen Zugang zum Internet verfügt: AKTION VOLKSENTSCHEID 2004 Panoramastr. 30, 88147 Achberg, Tel. +49 (0)8380-98228, Fax +49 (0)8380 675, Spendenkonto: Aktion Volksentscheid e.V. BLZ 650 920 10 Kto Nr. 2197 006

Anmerkungen

1 Wir nennen hier nur die Initiativen „Omnibus für direkte Demokratie“ (www.omnibus.org) und „Mehr Demokratie“ (www.mehr-demokratie.de/bu/ak/mfra/index.htm)

2 Auch dass die Rot-Grün tragenden Regierungsparteien 2002 einen eigenen Gesetzentwurf im Bundestag einbrachten, war zwar ein politischer Fortschritt, bedeutet aber, ganz davon abgesehen, dass dieser Entwurf einige der unabdingbaren, nachstehend (II.) genannten Regelungskriterien nicht berücksichtigte, wegen der erforderlichen Zweidrittelmehrheit keinen Durchbruch, solange die CDU/CSU die Zustimmung verweigert.

BEGEGNUNG DER KULTUREN: INDIEN

Die Aufgabe Indiens im Weltorganismus - Ein geistiges Erbe zwischen Illusion und Wirklichkeit

Unter diesem Titel findet am Goetheanum, Dornach/Schweiz, vom 8. bis 10. Oktober 2004 eine Tagung statt. In der Einladung heißt es: Indien hat in der Geschichte des Abendlandes immer eine besondere Faszination ausgestrahlt. Hegel meinte, Indien habe seine besondere Bedeutung in der Weltgeschichte als ein gesuchtes Land. Für Herder stand in Indien die Wiege der Menschheit; dort sei noch ein Abglanz des goldenen Zeitalters zu finden. Goethe war fasziniert, als er das indische Märchen Sakuntala kennen lernte; die bildende Kunst Indiens, insbesondere die vielarmigen Darstellungen der hinduistischen Götterwelt befremdete ihn jedoch. Hesse

schwärmte begeistert von Indien, seine Begegnungen mit der Realität Südasiens schreckten ihn jedoch so sehr ab, dass er sein Reiseziel Indien nie erreichte.

Der indische Subkontinent war während der zweieinhalb Jahrtausende währenden Geschichtsentwicklung kaum jemals zu einem einheitlichen Staatsgebilde geeint. Einzig Ashoka herrschte im 3. Jahrhundert v. Chr. über sein buddhistisches Reich von den Himalayas bis zum Kap Comorin und vom Indus bis zum Brahmaputra. Unter den Moghuln war Aurangzeb im 17. Jahrhundert der Vereinigung am nächsten.

Als 1947 der indische Subkontinent in zwei Nationen und drei Teile auseinandergerissen wurde, verlief die Grenze entsprechend der hinduistischen und muslimischen Mehrheiten. Unter Massakern flüchteten indische Muslime über die Grenze nach Pakistan, umgekehrt Hindus nach Indien. Weit über eine Million Menschen starben und mehrere Millionen verloren ihre Heimat. Der muslimische Führer Mohammed Ali Jinnah hatte dies mit stahlharter Entschlossenheit durchgesetzt. Der englische Vizekönig in Indien, Lord Mountbatten, hatte sich ihm zum Werkzeug gemacht und wider besseres Wissen ein „unmögliches Konzept“ zur Teilung Indiens propagiert.

Mahatma Gandhi, der eigentliche Vater des neuen Indien, hatte sich mit Vehemenz gegen die Teilung gewandt. Schon lange vertrat Gandhi die Ansicht, dass der europäische Begriff des Nationalstaates kein Vorbild sein könne. Er wollte ein multikulturelles, multi-religiöses Indien, mit einer dezentralen, auf Nächstenliebe orientierten Wirtschaft und einem gerechten Staat. Eine Zerteilung Indiens sei wie eine Zerschneidung seiner eigenen Leiblichkeit.

Am Beginn des 21. Jahrhunderts ist der Subkontinent auf verschiedene Mächte verteilt: das Übergewicht hat Indien, im Nordwesten herrscht Pakistan, im Nordosten Bangladesch, im Norden Nepal und Bhutan, im Süden liegt auf seiner Insel Sri Lanka.

Welchen Beitrag hat Indien in der weltgeschichtlichen Entwicklung zu geben? Dem wollen wir unter historischen, politischen, kulturellen und unter künstlerischen Gesichtspunkten nachspüren und zugleich dieser einmaligen, faszinierenden Kultur begegnen.

Künstlerische und wissenschaftliche Beiträge geben Anand Mandaiker, Dilnawaz und Aban Bana, Virginia Sease, Julius Reubke, Ulrich Rösch, Paul Mackay u.a.

Verantwortlich für die Tagung: Michael Kurtz und Ulrich Rösch. Programme über die Sektion für Sozialwissenschaften, Goetheanum, CH-4143 Dornach. Tel. +41 61 7064326, Fax +41 61 7064350 E-Mail: sektion.sozialwissenschaften@goetheanum.ch

„WEGE ZUR QUALITÄT“

Schulungsprogramme 2. Jahreshälfte 2004

Schulungsprogramm Deutschland

„Wege zur Qualität“ unterstützt soziale Einrichtungen, die Zusammenarbeit so zu gestalten, dass die einzelnen Mitarbeitenden immer wieder neu situationsgerechte Antworten im Dienste der ihnen anvertrauten Menschen (Betreute, Patienten, Schülerinnen u.a.) finden können. Die zwölf Gesichtspunkte von „Wege zur Qualität“ beschreiben Kräfte und Prozesse, die in einer Einrichtung wirken und die Zusammenarbeit beeinflussen. Durch die bewusste Gestaltung und Belebung dieser Kräfte und Prozesse wird eine sachgemäße Aufgabenerfüllung unterstützt.

Einführungsseminare

In der direkten Arbeit am und mit dem Menschen in Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, heilpädagogischen Tagesschulen, Schulheimen u.a. geht es nicht um die Produktion von Gütern, sondern der individuelle Mensch selbst ist Gegenstand der Prozesse. Die Qualität einer solchen „Beziehungsdienstleistung“ bedeutet die Schaffung individualitätsgerechter Lebens- und Entwicklungsbedingungen. Wesentliche Voraussetzung dafür bildet das schöpferische Vermögen der Mitarbeitenden, die fachliche und menschliche Kompetenz in der Beziehungsgestaltung situationsgerecht zur Wirkung zu bringen.

„Wege zur Qualität“ geht von dem Entwicklungsziel aus, diese Kompetenz vor Ort wirksam werden zu lassen. Die Förderung des Aufgabenverständnisses und der Eigenverantwortung bildet deshalb das Fundament des Verfahrens. Die Nutzung der Strukturen für Grundlagenarbeit und wirkungsbezogene Reflektionsvorgänge wandeln die Einrichtung nach und nach in eine lernende Organisation um. „Wege zur Qualität“ zeigt in zwölf Kapiteln die Möglichkeiten auf, die dazu notwendigen Zusammenarbeitsformen zu entwickeln, zu fördern und zu erhalten.

Das Seminar dient zur Einführung in die „Wege zur Qualität“ zugrunde liegende Denk- und Arbeitsweise, der Darstellung der zur Umsetzung notwendigen praktischen Arbeitsschritte und der Information über Auditierung und Zertifizierung. Erfahrungsberichte aus der Anwendungspraxis von „Wege zur Qualität“ ergänzen die seminaristische Arbeitsweise, die Raum für Gespräch und Austausch bietet. Es empfiehlt sich, möglichst vielen Mitarbeitenden den Besuch des Einführungsseminars zu ermöglichen.

03. - 04. September - Christophorus-Schule Hamburg, Bergstedter Chaussee 205, 22395 Hamburg

17. - 18. September - Waldorfkindergarten-seminar Hannover, Rudolf-von-Bennigsen-Ufer 70B, 30173 Hannover

08. - 09. Oktober - Freie Hochschule Mannheim, Zielstr. 28, 98169 Mannheim

Jeweils 17.00-20.30 Uhr (1. Tag) und 09.00-13.00 Uhr (2. Tag)

Grundlagenseminare

„Wege zur Qualität“ ist nicht ein modellhaftes System, das losgelöst von den beteiligten Menschen in die Praxis umgesetzt werden soll. Es beschreibt vielmehr Kräfte und Prozesse, die in einer Aufgabengemeinschaft wirken. Diese Kräfte sind umfassender als im Arbeitshandbuch zum Ausdruck kommt. Im Grundlagenseminar wird das Verständnis dieser Kräftewirksamkeit in Verbindung zu anderen Lebensfeldern vertieft dargestellt.

Die Mitarbeit in einer Aufgabengemeinschaft als Weg zur Ausbildung der 12 Tugenden

Es ist deutlich, dass dort, wo Menschen aus Freiheitsgründen äußere Führung ablehnen und ihre Individualität beanspruchen, sie auch zum Erzieher der eigenen Seele werden müssen. Diese Seelenqualitäten, die zur Grundlage menschlicher Qualität notwendig sind, werden Tugenden genannt. Die Auffassung dieser Tugenden hat eine lange Entwicklung hinter sich und wurde immer mehr ausdifferenziert. Rudolf Steiner hat nun nicht nur die Tugenden auf 12 ergänzt, sondern hat jeweils der Vergangenheitstugend eine Zukunftstugend gegenübergestellt, die der Mensch durch sein eigenes Verhalten erwerben muss, z.B. „Geduld wird zur Einsicht“. Es soll nun im Seminar gezeigt werden, wie der Weg von der alten Tugend zur neuen über die Prozessstufen der einzelnen Gestaltungsfelder von „Wege zur Qualität“ führen kann.

29. - 31. Oktober - Freie Waldorfschule Flensburg, Valentiner Allee 1, 24941 Flensburg

Pflicht und Freiheit

Im jährlichen Grundlagenseminar im November werden wiederum vertiefte Gesichtspunkte im Zusammenhang mit „Wege zur Qualität“ bearbeitet.

19. - 20. November - Heilpädagogisches Seminar, Dornach

Information und Anmeldeunterlagen: Wege zur Qualität Deutschland-Seminare, Martina Davidis, Vogesenstr. 2, 75203 Königsbach, Tel. 07232 - 735 416, Fax 735 415. E-Mail: wzqseminare@aol.com. Die detaillierten Seminarprogramme mit genauen Angaben von Seminarinhalt, Ort, Zeit und Kosten erhalten Sie rechtzeitig zugeschickt.

Allgemeine Informationen zu „Wege zur Qualität“

Stiftung Wege zur Qualität

Die „Stiftung Wege zur Qualität“ ist Trägerin des Verfahrens und rechtliche Nachfolgerin der Arbeitsgruppe Wege zur Qualität. Die Stiftung schafft Strukturen für die international tätige Bewegung „Wege zur Qualität“, die auf direkter menschlicher Begegnung, einer kontinuierlichen Grundlagenarbeit und auf der Initiative der Fach- und Ländergruppen und der Einrichtungen basieren. Zur Verdeutlichung der Intention der Stiftung ist im folgenden die Präambel der Stiftungsurkunde zitiert:

„Der rapide Verfall der bisherigen sozialen Bindungskräfte erschwert die Zusammenarbeit, gefährdet die Erfüllung der Ziele und schwächt damit das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit von Aufgabengemeinschaften. Die

Entwicklung neuer sozialer Fähigkeiten und Formen gehört zu den drängenden Fragen der Gegenwart und Zukunft, zu deren Beantwortung das Verfahren 'Wege zur Qualität' führen will."

Die Organe der Stiftung sind der Verfahrenskreis, der Stiftungsrat und die Revisionsstelle. Der Verfahrenskreis besteht zur Zeit aus 15 aktiven Mitgliedern aus der Schweiz (10), Deutschland (4) und Frankreich (1) und ist verantwortlich für die Weiterentwicklung und den Schutz des Verfahrens. Der Stiftungsrat besteht aus drei Verfahrenskreis-Mitgliedern und vertritt die Stiftung in der Öffentlichkeit. Er bildet zusammen mit der Geschäftsstelle den geschäftsführenden Ausschuss und ist für die laufenden Geschäfte verantwortlich.

„Wege zur Qualität“ wird in verschiedenen Ländern praktiziert wie in der Schweiz, in Deutschland, Österreich, Frankreich und England. Das Handbuch wurde auch für verschiedene Fachbereiche umgeschrieben und wird zur Zeit in folgenden Berufsfeldern angewendet: Heilpädagogik und Sozialtherapie, Schulen, Altersheime, Kindergärten und Krankenhäuser. Die Fach- und Ländergruppen organisieren sich selbst und klären ihr Verhältnis zur Stiftung durch eine schriftliche Vereinbarung.

Die Stiftung ist nicht gewinnorientiert und wird von den angeschlossenen Institutionen finanziell getragen. Darüber legt sie jährlich Rechenschaft ab.

Kontaktadresse der Stiftung in Deutschland: Geschäftsstelle Wege zur Qualität Deutschland, Dr. Michael Ross, Bodenseestr. 23, 81241 München, Tel. 089 - 89 69 19 29, Fax 89 69 19 30, E-Mail wegezurqualitaet@aol.com

Kontaktadresse der Stiftung in der Schweiz: Geschäftsstelle Wege zur Qualität, Romana Tomasi, Eitzbergstrasse 46, CH - 8405 Winterthur, Tel. 0041 (0) 52 233 70 35, E-Mail: StiftungWzQ@freesurf.ch

Weitere Adressen können bei der Geschäftsstelle Schweiz erfragt werden.

Zum Schulungsprogramm

Erfahrungen zeigen, dass die Qualität von Beziehungsdienstleistungen nicht durch äußerliche Maßnahmen allein gesichert werden kann, sondern vielmehr durch fortwährende Anstrengung der Beteiligten ständig neu gebildet werden muss. Ebenso kann die Einführung von „Wege zur Qualität“ nicht als einmal abgeschlossener Akt betrachtet werden. Dieses permanent zu leistende Qualitätsmanagement wird durch Weiterbildungsveranstaltungen unterstützt, welche die verantwortliche Verfahrensgruppe für die Anwendung anbietet. Die nach Inhalt oder Zielgruppen gegliederten Veranstaltungen orientieren sich an den geäußerten Bedürfnissen der Menschen und Institutionen, die sich dem Verfahren „Wege zur Qualität“ angeschlossen haben.

Ein zentrales Anliegen des Arbeitsansatzes von „Wege zur Qualität“ ist es, die damit verbundenen Prozesse in den gesamten sozialen Organismus einer Einrichtung zu tragen. Die Arbeit ist nicht auf ein Kollegium oder Führungsverantwortliche beschränkt, sondern bezieht z.B. auch die Elternschaft und die Verantwortlichen des Trä-

gers ein. Die Verfahrensgruppe empfiehlt, dass möglichst viele Beteiligte zumindest einführend mit dem Anliegen des Verfahrens vertraut gemacht werden.

Die Seminare sind so aufgebaut, dass grundlegende Gesichtspunkte in Referaten vermittelt werden, die dann in Arbeitsgruppen mit Bezug zur Praxis vertieft werden können. Dies bildet die Grundlage für den eigenverantwortlichen Umgang mit den Gesichtspunkten und Instrumenten von „Wege zur Qualität“ in den Institutionen selber. Die Seminare verstehen sich als Teil eines Lernprozesses, welcher durch die reale Umsetzung in der eigenen Einrichtung und dem übenden Umgang mit den verschiedenen Gesichtspunkten ergänzt werden muss. Dadurch wird „Wege zur Qualität“ ein Beitrag zur „lernenden Organisation“.

Anmeldung: Bitte richten Sie die Anmeldungen jeweils spätestens 14 Tage vor Seminarbeginn an *Wege zur Qualität Deutschland - Seminare*. Aufgrund organisatorischer Bedingungen (Annullationsfrist für Räume u. a.) bitten wir Sie sehr um rechtzeitige Anmeldung. **Teilnahme:** Die Teilnahme an den öffentlichen Seminaren ist grundsätzlich für alle Interessierten offen; besondere Voraussetzungen werden jeweils in den detaillierten Seminar-Ausschreibungen angegeben. Ansonsten werden Kenntnissen von „Wege zur Qualität“ vorausgesetzt.

Seminarbeiträge Die Seminarbeiträge sind so berechnet, dass die Kosten für die ReferentInnen und die Räume gedeckt sind. Sie werden bewusst niedrig gehalten, damit der Besuch möglichst vielen Mitarbeitenden aus den angeschlossenen Institutionen erlaubt ist. Die genauen Kosten entnehmen Sie bitte den entsprechenden Seminarprogrammen. Interessierte aus nicht angeschlossenen Institutionen mögen bitte die Kosten bei der Geschäftsstelle anfragen. **Seminarort:** Die hier publizierten Angaben sind gültig. Jedoch behalten wir uns vor, wenn sich zu wenige Teilnehmende anmelden, das Seminar abzusagen bzw. an einen anderen Seminarort zu verschieben. Wir werden alle Betroffenen rechtzeitig darüber informieren.

Institutionsinterne Schulung: Neben den öffentlichen Seminaren können verschiedene andere Formen von Schulungen individuell, je nach Situation und Bedarf einer Einrichtung angeboten werden, wie beispielsweise institutionsinterne Seminare (auch mit unterschiedlicher Dauer). Neu möchten wir die Einrichtungen anregen, institutionsgebundene Seminare durchzuführen, die in einer bestimmten Institution stattfinden, von ihr auch organisiert werden, die aber für weitere Institutionen offen sind. Die inhaltliche Verantwortung dieser institutionsgebundenen Seminare liegt bei „Wege zur Qualität“.

Verfahrensschulung 2004

Zur Gestaltung einer modernen Aufgabengemeinschaft - Ausbildungsseminar für Anwender

Der Umgang mit „Wege zur Qualität“ führt innerhalb der beteiligten Einrichtungen bei leitenden oder für die Einführung und Betreuung verantwortlichen

MitarbeiterInnen immer wieder zu dem Wunsch, sich mit den inhaltlichen und methodischen Grundlagen, wie sie durch das Handbuch oder Einführungsseminare vermittelt werden, intensiver zu beschäftigen. Die nachhaltige Gestaltung einer modernen Aufgabengemeinschaft im Sinne von „Wege zur Qualität“ erfordert darüber hinaus ein vertieftes Verständnis des Verfahrens.

Die Verfahrensschulung ist auch für diejenigen hilfreich, die sich in den durch die Qualitätsdiskussion entstehenden Frage- und Aufgabenstellungen engagieren wollen. - Zudem kann der Inhalt der Ausbildung auch in anderen Lebensbereichen hilfreich angewendet werden. Die Verfahrensschulung ist auch Voraussetzung für die Auditausbildung.

Informationen zur Verfahrensschulung bei der Geschäftsstelle „Wege zur Qualität“ Deutschland.

Begleitung und Beratung

Grundsätzlich kann „Wege zur Qualität“ von den Institutionen selbst umgesetzt werden: Als qualitätssichernde Maßnahme ist „Wege zur Qualität“ erstens ein Selbstdiagnoseinstrument, um die Zweckmäßigkeit und Funktionstüchtigkeit einer gesamten Einrichtung in Bezug auf die selbst gestellte Aufgabe zu durchleuchten. Zweitens gibt „Wege zur Qualität“ Hilfen zum vertieften Verständnis der Verhältnisse und Prozesse des Zusammenarbeitens, sowohl im Handbuch als auch in Schulungskursen. Drittens enthält „Wege zur Qualität“ auch Hinweise, Anleitungen und Arbeitsinstrumente, um nicht zufriedenstellende Qualitäten erkennen und verbessern zu können.

Es empfiehlt sich in Hinsicht auf eine sachgemäße Einführung des Verfahrens und evtl. mit Rücksicht auf eine spätere Auditierung, einen Einstieg in die Umsetzung durch einen Begleitungstag zu nutzen, der von einem Mitglied der Verfahrensgruppe durchgeführt wird und eine Diagnose des Entwicklungsstandes der Organisation auf dem Hintergrund von „Wege zur Qualität“ intendiert. - Darüber hinaus kann es von Anwenderseite her sinnvoll und wünschenswert sein, dass die Organisation intensiver von einem Mitglied der Verfahrensgruppe in Umsetzungsmaßnahmen (z.B. Leitbild, Dynamische Delegation, Mitarbeitergespräch) begleitet wird.

Da, wo sich unabhängig von der Umsetzung von „Wege zur Qualität“ ein spezieller Beratungsbedarf bildet (z.B. Konflikte, Supervision), besteht für die Organisation selbstverständlich die Möglichkeit, einen Berater ihrer Wahl zu bestimmen. Dabei ist es von Vorteil, wenn der Berater Grundkenntnisse in „Wege zur Qualität“ besitzt.

Rundbrief

Ein zweimal jährlich erscheinender Rundbrief berichtet über die Aktivitäten in der Bewegung „Wege zur Qualität“, veröffentlicht neue Arbeitsunterlagen und publiziert Erfahrungsberichte aus Institutionen. Die angeschlossenen Institutionen erhalten ihn kostenlos. Weitere Interessierte können ihn abonnieren.

Auditierung

Confidentia ist zur Zeit die einzige für „Wege zur Qualität“ zugelassene Auditierungs- und Zertifizierungsgesellschaft. Anfragen für verschiedene Formen der Auditierungen (auch ohne Zertifizierung) können an die folgende Adresse gerichtet werden:

Confidentia - Gesellschaft zur Förderung institutioneller Eigenverantwortung, Gundeldingerstrasse 139, Postfach 150, CH-4008 Basel, Tel./Fax +41 (0)61 - 361 69 20/21, E-Mail: confidentia@freesurf.ch

FÜHRUNG IN DER SELBSTVERWALTUNG

Ausbildung für Verantwortliche in Führungs- und Leitungsaufgaben

Dass Organisationen Führung benötigen ist unumstritten. Worin jedoch diese Führung besteht und wie sie zustande kommt, wird immer wieder zur Streitfrage. Auslöser dafür ist u.a. die Tatsache, dass vermeintliche Über- und Unterordnung in einer Zeit individuellen Selbstbewusstseins nicht mehr ohne weiteres hingenommen wird.

Die Diskussion um die Führungsfrage ist gekennzeichnet durch charakteristische Einseitigkeiten: individualistisches oder kollektives Führungsprinzip, hierarchische oder hierarchiefreie, charismatische oder erlernbare Führung u.ä. In diesem Seminar wird daran gearbeitet, Führung funktional zu verstehen und daraus die möglichen Zusammenarbeits- und Strukturformen zu entwickeln, damit für die Fragen von innen und aussen die notwendigen „Antworten“ gegeben und die benötigten Leistungen erbracht werden können. Durch das Antworten entsteht Verantwortung. Diese Verantwortung in eine gemeinsame Richtung zu lenken, ist moderne Führungsaufgabe.

Der Kurs „Führung in der Selbstverwaltung“ führt die Teilnehmer zu einem lebendigen Organisations- und Führungsverständnis, das Einseitigkeiten überwindet: Führung als Prozess durchzieht eine gesamte Organisation; Verantwortung kann daher an jeder Stelle und in verschiedenen Formen ergriffen werden. Im Kurs werden die zur Zusammenarbeit immer neu erforderlichen Einsichten und Fähigkeiten angeregt, denn die Zunahme von kräftezehrenden Konflikten zeigt, dass sich sozial produktives Zusammenleben und -arbeiten nicht von allein einstellt.

Selbstverwaltung

Selbstverwaltung, also die Steuerung und Regelung der Angelegenheiten durch die Tätigen selbst, bezieht sich sowohl auf die gesamte Einrichtung, als auch auf jede einzelne Person: Mitbestimmung im Ganzen und Selbstbestimmung im Einzelnen. Es gilt zu entscheiden, wer dieses „Selbst“ in welchem Umfang und in welcher Art vertritt und damit Führungsaufgaben übernimmt.

Richtet Führung den Blick einseitig auf das Erreichen der Zielsetzungen, kann entwürdigende Bevormundung der einzelnen Mitarbeiter die Folge sein, geht der

Blick zu stark nach innen, so droht das Anwachsen des Beschäftigten mit sich selbst und die Unternehmensaufgabe gerät aus dem Blick. Diese unterschiedlichen Vorstellungen über die „richtige“ Selbstverwaltung können sich blockieren. Verschärfend wirkt sich aus, wenn der fundamentale und in seinen Folgen kaum zu überschätzende Unterschied nicht gesehen wird zwischen einer produzierenden Firma und einer pädagogischen oder therapeutischen Einrichtung, in der Beziehungsdienstleistungen erbracht werden. Der Kurs will daher den Gedanken der Selbstverwaltung weiterentwickeln und als effektive Führungsform positiv besetzen. Damit schließt er konzeptionell und praktisch eine von vielen als schmerzlich empfundene Lücke.

Zielgruppe, Themen, Termine...

Der Kurs wendet sich an Verantwortungsträger in Einrichtungen, die es mit Beziehungsdienstleistungen zu tun haben: Schulen, heilpädagogische und sozialtherapeutische Einrichtungen, Kindergärten, Krankenhäuser, Altersheime usw., insbesondere an Menschen, die in Führungspositionen und -gremien verantwortlich arbeiten und sich dafür mehr Kompetenzen erwerben wollen oder die dabei sind, sich auf die Übernahme von mehr Verantwortung vorzubereiten

Selbstverwaltung

Selbstverwaltung, also die Steuerung und Regelung der Angelegenheiten durch die Tätigen selbst, bezieht sich sowohl auf die gesamte Einrichtung, als auch auf jede einzelne Person: Mitbestimmung im Ganzen und Selbstbestimmung im Einzelnen. Es gilt zu entscheiden, wer dieses „Selbst“ in welchem Umfang und in welcher Art vertritt und damit Führungsaufgaben übernimmt.

Richtet Führung den Blick einseitig auf das Erreichen der Zielsetzungen, kann entwürdigende Bevormundung der einzelnen Mitarbeiter die Folge sein, geht der Blick zu stark nach innen, so droht das Anwachsen des Beschäftigten mit sich selbst und die Unternehmensaufgabe gerät aus dem Blick. Diese unterschiedlichen Vorstellungen über die „richtige“ Selbstverwaltung können sich blockieren.

Verschärfend wirkt sich aus, wenn der fundamentale und in seinen Folgen kaum zu überschätzende Unterschied nicht gesehen wird, zwischen einer produzierenden Firma und einer pädagogischen oder therapeutischen Einrichtung, in der Beziehungsdienstleistungen erbracht werden.

Der Kurs will daher den Gedanken der Selbstverwaltung weiterentwickeln und als effektive Führungsform positiv besetzen. Damit schließt er konzeptionell und praktisch eine von vielen als schmerzlich empfundene Lücke.

Zielgruppe, Themen, Termine...

Der Kurs wendet sich an Verantwortungsträger in Einrichtungen, die es mit Beziehungsdienstleistungen zu tun haben: Schulen, heilpädagogische und sozialtherapeutische Einrichtungen, Kindergärten, Krankenhäuser, Altersheime usw., insbesondere an Menschen, die in Führungspositionen und -gremien verantwortlich arbeiten und sich dafür mehr Kompetenzen erwerben

wollen, dabei sind, sich auf die Übernahme von mehr Verantwortung vorzubereiten, und an der Entwicklung von Führung und Selbstverwaltung Interesse haben, unabhängig davon, welche Strukturen innerhalb der Einrichtung bestehen. Der Kurs findet zum vierten Male statt. Die Teilnehmerzahl ist auf 20 begrenzt.

Die Themen der 15 Seminartage: 1. Das Leitbild als Orientierungspunkt für Führungsverantwortung // 2. Verantwortung und Führung // 3. Die Entwicklung und Sicherung des Könnens // 4. Motivation und Führung // 5. Vertrauen und Führung // 6. Zusammenarbeit und Führung // 7. Ökonomie und Führung // 8. Die Förderung der Mitarbeiter als Prüfstein für das Führungsverständnis // 9. Selbstführung und die Führung anderer // 10. Führung als Gestaltung des Wandels // 11. Führung zwischen Individualisierung und Standardisierung // 12. Führung: Verantwortung für die Leistung - Verantwortung für Menschen // 13. Persönliche Konfliktfähigkeit // 14. Führung, Organe, Organbildung in der Selbstverwaltung // 15. Projekt- und Seminarauswertung; weitergehende Umsetzung. *Ziele:* Die Teilnehmer erarbeiten sich ein Verständnis für die Gestaltungsdynamik einer modernen Aufgabengemeinschaft, lernen mit Führungsfragen aus verschiedenen Perspektiven umzugehen, entwickeln einen verantwortungsvollen Umgang mit den Gestaltungskräften eines sozialen Organismus, lernen die damit zusammenhängenden Leitungs- und Führungsaufgaben kennen und entwickeln weiterführende Maßnahmen für ihren Aufgabenbereich.

Methodisch werden die Gestaltungsfelder, die Gestaltungsprozesse und die Entscheidungsprozeduren einer modernen Aufgabengemeinschaft systematisch bearbeitet. Die Teilnehmer, die ja z.T. praktizierende Führungskräfte sind, bringen ihre eigenen Praxisfragen mit in die Seminargestaltung ein. Zwischen den Seminarblöcken bearbeiten die Teilnehmer eigene Praxisprojekte, die im Seminar ausgewertet werden. In den bisherigen Kursen hat es sich für die Umsetzung als äußerst fruchtbar erwiesen, wenn aus einer Einrichtung mindestens zwei Mitarbeitende teilnehmen.

Referenten sind Udo Herrmannstorfer (Berater und Sozialwissenschaftler), Dr. Gerhard Herz (Berater und Erziehungswissenschaftler); Dr. Michael Ross (Sozialökonom und Berater), Jochen Pucher (Geschäftsführer), Herbert Ladwig (Rechtsanwalt), Dieter Schulz (Supervisor und Biographieberater), Thomas Schoch (Heilpädagoge und Schulleiter) u.a.

Wann und wo der Kurs stattfindet:

6. - 8. Oktober 2004	in Bingenheim
1. - 3. Dezember 2004	in Bingenheim
19. - 21. Januar 2005	in Frankfurt/Main
7. - 9. März 2005	in Frankfurt/Main
31. Mai - 2. Juni 2005	in Bingenheim

Weiterführung und Umsetzung in den eigenen Organisationen zur Vernetzung der Teilnehmenden untereinander im Sinne einer laufenden Führungswerkstatt.

Anmeldeschluss: 1. August 2004. Kursgebühren: EUR 2.500.-. Zweiter Teilnehmer aus einer Einrichtung EUR

1.280.-, jew. zuzügl. gesetzl. Mehrwertsteuer für 15 Seminartage incl. Kursmaterial. Dritter Teilnehmer aus einer Einrichtung frei, falls Plätze vorhanden sind. Verantwortung und Leitung: Udo Herrmannstorfer und Dr. Gerhard Herz.

Anmeldung und weitere Information: Dr. Gerhard Herz - IBU, Augsburgstrasse 31a, D-82182 Gröbenzell, Tel. 08142- 57 07 70, Fax 08142 - 58 833, E-Mail: gerhardherz@ibuibu.com

40 JAHRE FREIES JUGENDSEMIAR STUTTGART

Tag der offenen Tür am 24. Juli von 10 bis 10

Das Freie Jugendseminar ist eine interkulturelle Jugendbildungseinrichtung in freier Trägerschaft. Über 1200 Menschen aus 49 Ländern waren in diesen 40 Jahren hier in Stuttgart. Jedes Jahr leben und arbeiten etwa 25 bis 30 junge Menschen aus der ganzen Welt in unserem Haus in der Ameisenbergstraße um eine Berufs- und Lebensorientierung zu gewinnen. Hierbei steht die Persönlichkeitsentwicklung ganz im Mittelpunkt. Durch ein Studium Generale entdecken sie ihre inneren Lebensmotive und können so tragfähige Entscheidungen fällen. In der Begegnung mit Fachleuten aus der Kunst, aus der Wirtschaft und der Wissenschaft entdecken sie die vielfältigen Möglichkeiten, die unsere Zeit bietet und schöpfen Hoffnung, daß es sich lohnt engagiert an der Gegenwart mitzuarbeiten.

Mit Hilfe der Künste (Schauspiel, Musik, Eurythmie, Bothmergymnastik, Malerei) und der Beschäftigung mit Globalisierungsfragen sowie Praktika gewinnen sie Einblicke in interessante und zukunftssträchtige Arbeitsfelder. Außerdem gibt es Kurse zum Verständniss der Weltreligionen, der ethischen Grundlagen Europas, zur Kulturgeschichte der Menschheit etc. (Bitte fordern Sie unser genaues Programm an unter info@jugendseminar.de) Zur Zeit leben 24 junge Menschen aus 14 Nationen (von Japan über Tadschikistan bis Ägypten und Chile) und aus vier Kontinenten bei uns. Viele von ihnen kehren nach erfolgreicher Ausbildung in ihre Heimatländer zurück und arbeiten oft in pädagogischen Entwicklungsprojekten.

Seit einiger Zeit bilden wir ein Netzwerk mit Partnern in der ganzen Welt, die nicht nur ängstlich auf die Folgen der Globalisierung schauen, sondern modellhafte Bewältigungen leben. So z.B. die Sekem-Initiative in Ägypten, Favela Monte Azul in Brasilien, Sôutterre- Kindergarten für weiße und farbige Kinder in Namibia und andere.

Am Samstag, den 24. Juli können Sie die vielfältigen künstlerischen Aktivitäten (Musik, Bewegung, Sprache) dieser jungen Menschen kennenlernen. Sie zeigen Ihnen die Ergebnisse von 12 Wochen intensiver Arbeit am Vormittag zwischen 10 und 12:30 Uhr und am Abend ab 19:30 Uhr. Am Nachmittag findet ab 15:30 Uhr ein Gartenfest mit Grußworten, Musik und kulinarischen Spezialitäten aus aller Welt statt.

Freies Jugendseminar, Ameisenbergstr. 44, 70188 Stuttgart, Tel.: +49 (0)711-261956, E-Mail: info@jugendseminar.de, Internet: www.jugendseminar.de

MITTELEUROPA IM JAHRE 2004 - SPIRITUELLE IMPULSE FÜR DIE ZUKUNFT

Rudolf Steiner Haus, Weimar, 3.-7. September 2004. Die Tagung wird von einem Initiativkreis um Armin Alles, Prof. Dr. Wolf-Christian Dullo Rolf Speckner, Dr. Johannes Schneider und Peter Tradowsky veranstaltet. Beginn Freitag, 3.9., 18.00, Ende Sonntag, 5.9. 13.00.

Programmelemente: Empfang und kleiner Imbiss // Der Kampf gegen den Volksgeist in Mitteleuropa Vortrag von Peter Tradowsky mit Aussprache // Das Verständnis Mitteleuropas in einzelnen Ländern. Mit Beiträgen aus Polen, Tschechien und Russland zur gegenwärtigen Situation Gesprächsarbeit zum Tagungsthema // Das notwendige Werden für die Zukunft. Mit Beiträgen aus Polen, Tschechien und Russland zur gegenwärtigen Situation Gesprächsarbeit zum Tagungsthema // Pause und Raum für individuelle Begegnungen und Gespräche // Ein Europa ohne Macht - liegt hier unsere Chance? Gesprächsarbeit zum Tagungsthema // Öffentliche Veranstaltung: Die Engel der Menschen - die Engel der Völker. Auf der Suche nach einem spirituellen Verständnis Mitteleuropas // Podiumsgespräch mit drei Kurzreferaten geleitet von Dr. Johannes W. Schneider // Wie können Rudolf Steiners Impulse heute aufgegriffen werden? Gesprächsarbeit zum Tagungsthema // Aussprache, Resumé und Schlusswort.

Kontakt: Prof. Wolf-Christian Dullo, Voßhörn 1, D - 24109 Kiel, Tel: 0431 / 520181, E-Mail cdullo@gmx.de.

GEFAHRENZONE DEFLATION

Bad Boll, 10.-11. Juli 2004

In der Ankündigung dieser vom Seminar für freiheitliche Ordnung veranstalteten Tagung heißt es: „Der goldene Mittelweg zwischen Inflation und Deflation wird wohl auch heute noch von den meisten Geldtheoretikern im stabilen Geldwert gesehen. Vor allem in Europa, wo die Notenbank strenger noch als zuvor die Deutsche Bundesbank auf das Stabilitätsziel verpflichtet ist, wurde das Dogma vom stabilen Geldwert bisher kaum in Frage gestellt. Seitdem jedoch die Erinnerungen an das Schreckgespenst der Weltwirtschaftskrise von 1929 durch die seit Jahren anhaltende Deflation in Japan aufgefrischt werden und im Jahre 2002 wohl auch die westlichen Industriestaaten nur knapp an der Abbruchkante zur Deflation vorbeigeschlittert sind, gibt es erste Anzeichen für ein Umdenken. So wird in den Verlautbarungen der Europäischen Zentralbank bzw. der amerikanischen FED vom notwendigen 'Sicherheitsabstand zur Deflation' (EZB und FED) oder auch von einem 'unerwünschten Absinken der Inflationsrate' (FED) gesprochen - Formulierungen, die zeigen, daß man sich erst in einem deutlich inflatorischen Bereich vor der Gefahr der Deflation sicher fühlt. Die neue Ausrichtung der Politik der Notenbanken wirft einige Fragen auf: Wie hoch muß die Inflationsrate sein, damit das

größere, weil unbeherrschbare Risiko der Deflation zuverlässig vermieden wird? Warum bieten Inflationsraten knapp über 0% dafür keine ausreichende Sicherheit? Wie breit ist die „Gefahrenzone Deflation“? Der bevorstehende Diskussionsprozeß bietet Chancen für neue Einsichten. Denn wenn sich die für die Notenbankpolitik Verantwortlichen die genannten Fragen wirklich beantworten wollen, werden sie um die Erkenntnis der fehlenden Neutralität unseres Geldes nicht herumkommen.

Antje Kreye von der Bundesbank referiert über „Japans wirtschaftliche und geldpolitische Entwicklung der letzten 20 Jahre, Analysen und Konsequenzen“, „Zur geldpolitischen Strategie der Europäischen Zentralbank (EZB)“ spricht Dr. Klaus Masuch von der Abteilung geldpolitische Strategie der EZB. Weitere Referate: Nachfrageverhalten im Vorhof der Deflation (Eckhard Behrens), Stabile Inflationsraten - sind sie erstrebenswert?, sind sie erreichbar? (Prof. Thomas Huth, FH Lüneburg).

Weitere Informationen und Anmeldeunterlagen: Seminar für freiheitliche Ordnung, 73087 Bad Boll, Badstraße 35, Tel. 07164 - 3573, Internet: www.sffo.de

KEIN PATENT AUF LEBEN!¹

Aufruf zum Protest

Ruth Tippe

Die EU-BIO-PATENTRICHTLINIE soll nun wirklich noch vor oder kurz nach der Sommerpause durch den Bundestag umgesetzt werden. Die erste Lesung hat am 11. März 04 stattgefunden. Die Diskussion des Themas liegt einige Zeit zurück. Anlass, dass wir uns jetzt, vor der Entscheidung, zu Wort melden und noch einmal die nach wie vor strittigen Punkte hervorheben, insbesondere: Patente auf Gensequenzen, auch auf Gene des Menschen Patente auf Pflanzen Patente auf Tiere und auf Teile des menschlichen Körpers Fehlende Vorkehrungen gegen Biopiraterie (Herkunftsangaben etc)

Ein MUSTERBRIEF und eine POSTKARTE können <http://www.keinpatent.de> im Internet herunter geladen werden. Wir möchten Sie bitten, möglichst bald die Postkarte abzuschicken und den Musterbrief oder ein selbst formuliertes Schreiben an Abgeordnete des Bundestags zu schicken. Die Namen der Abgeordneten können Sie unter www.bundestag.de, dann Abgeordnete, dann Suche nach Ihrem Wahlkreis - abrufen. Wenn sie sich die Mühe um Ihre Abgeordneten nicht machen wollen, schreiben Sie an ein am Ende des Briefes aufgelistetes Mitglied des Bundestags (MdB). Die e-mail Adresse aller Bundestagsabgeordneten heisst Vorname.Nachname@bundestag.de. Falls Sie Postkarten verwenden und verteilen können, telefonieren, faxen, mailen oder schreiben Sie uns. Wir schicken sie Ihnen unentgeltlich zu.

In der Zwischenzeit hat sich die BUNDESREGIERUNG mehrfach bemüht, die Richtlinie umzusetzen. Der Widerstand von den verschiedensten Seiten, unter anderem vom Deutschen Bauernverband, den Kirchen, der Ärztekammer und den Krankenversicherungen, hat die Umsetzung jedoch immer wieder verzögert. Die EU-Kommission hat allerdings die säumigen Länder bereits beim

Europäischen Gerichtshof verklagt. Falls die Klage zum Tragen kommt, könnte es für die Bundesrepublik teuer werden. Bis dahin wird allerdings noch mindestens ein Jahr vergehen.

Beim EUROPÄISCHEN PATENTAMT (EPA) werden weiter Patente auf Pflanzen, Tiere, Gewebe und menschliche Gensequenzen angemeldet und erteilt. Die Zahlen nehmen bei den Erteilungen deutlich zu, bei den Anmeldungen aber auch ab, insbesondere bei Patenten auf Pflanzen und Gene von Pflanzen. Im vergangenen Jahr wurden 23 (11) Patente auf Tiere, 28 (15) auf Gewebe des Menschen, 63 (38) auf Pflanzen und viele auf menschliche Gensequenzen erteilt. Die Zahlen in Klammern geben die jeweilige Anzahl aus dem Jahre 2002 an. Die Patenterteilungen sind also vom Jahr 2002 zum Folgejahr in diesen Bereichen um fast 100% gestiegen!

Vor kurzem hat Greenpeace wiederum einen PATENTSKANDAL am EPA durch eine große Aktion aufgedeckt. Das Patent EP 1 121 015, das im vergangenen November erteilt wurde, umfasst Verfahren zum Einfrieren von Zellen, die bei der künstlichen Befruchtung verwendet werden. Das Patent beansprucht dabei aber auch explizit menschliche Eizellen, Spermata und Embryonen. „Kein Patent auf Leben!“ war an der Recherche zu diesem Patent wesentlich beteiligt. Wenn nicht eindeutige gesetzliche Grenzen gesetzt werden, machen Patente auch vor dem Menschen nicht halt und nach Ansicht von Greenpeace ist das „der Weg hin zur Industrieproduktion von Menschen“.

In den nächsten Monaten werden wieder verschiedene Patenteinsprüche am EPA verhandelt: All diese Verhandlungen sind öffentlich, Sie können als Zuhörer teilnehmen. Das Patent EP 275 957 der FIRMA BAYER CROPSCIENCE (ursprünglich Hoechst, dann Aventis CropScience, heute Bayer CropScience) bezieht sich auf HERBIZIDRESISTENTE PFLANZEN. Sie sind resistent gegen Basta (auch Liberty Link oder Glufosinat genannt). Das Patent umfasst jegliche Pflanzen und deren Samen. Sortenzüchter und Landwirte geraten in Abhängigkeit der Firma Bayer, die das Saatgut und das Herbizid gleich im Doppelpack verkaufen kann. Die Verhandlung vor der Technischen Beschwerdekammer des EPA wird am 15. Juni stattfinden. Obwohl das Patent auch eindeutig nicht patentierbare Pflanzensorten umfasst, bestehen wenig Chancen, dass das Patent widerrufen wird. Vom 5. Juli bis 9. Juli wird das KREBSMAUSPATEMENT EP 169 672 (Harvard, lizenziert an DuPont), ebenfalls vor der Technischen Beschwerdekammer verhandelt. Seit 1993 wird um die Annullierung dieses ersten Europäischen Patent auf Säugetiere gerungen, vor allem mit ethischer Begründung. Wenn es um Ethik geht, erklärt sich das Europäische Patentamt allerdings fast immer für inkompetent - und entscheidet für das Patent. Das heißt, mit Blick auf die Möglichkeiten der modernen Biotechnologie müssen die Patentierungsverbote ergänzt werden.

Kontakt: KEIN PATENT AUF LEBEN! Dr. Ruth Tippe, Frohschammerstr. 14, 80807 München, Tel.: 089 - 35651842 oder 0172 - 8963858, Fax: 3596622, e-mail: rtippe@keinpatent.de, <http://www.keinpatent.de>, Postbank München, Kontonummer 83131-807, BLZ 700 100 80, Inhaber: Gen-ethisches Netzwerk.

1 Aus dem Rundbrief von „KEIN PATENT AUF LEBEN!“, München, 27.04.04

GERECHTIGKEIT UND NACHHALTIGKEIT IN DER WELTWEITEN LANDWIRTSCHAFT

Wie kann eine globale Agrarwende eingeleitet werden?

Freitag, 9. Juli, 20.00 Uhr, Forum 3, Stuttgart, Gymnasiumstrasse 21

Gespräch mit einer Vertreterin von Germanwatch, Berlin, Josef Bopp, Biolandbauer, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft BaWü und Via Campesina, Gutenzell, Christoph Strawe, Stuttgart, Initiative Netzwerk Dreigliederung und GN3.

Angesichts der Zunahme von Armut, Hunger und Umweltzerstörung auf der Erde ist ein Kurswechsel in der weltweiten Handels- und Agrarpolitik dringend erforderlich. Dazu gehören der Schutz der Grundnahrungsmittelproduktion im Süden und eine Beendigung des Agrar-Dumping. Die Welthandelsorganisation WTO, deren Regelungen viele für die globale Misere in der Landwirtschaft verantwortlich machen, darf eine nachhaltige, ländliche Entwicklung in Nord und Süd nicht länger behindern.

Neue Wege müssen gegangen werden, um nachhaltige Landwirtschaft aktiv zu fördern. Hierzu müsste auch die deutsche und die europäische Politik ihren Beitrag leisten. Die drei ReferentInnen des Abends werden konkrete Vorschläge und Schritte darstellen, wie die globale Landwirtschaftssituation reformiert werden kann.

EINE ANDERE WELT IST MÖGLICH - ABER WIE?

Beiträge aus dem Arbeitsansatz der sozialen Dreigliederung zur Suche der Zivilgesellschaft nach Alternativen

Kolloquium der Initiative Netzwerk Dreigliederung

Samstag, 10. Juli 2004, 11.00 - 18.00 Uhr,
Forum 3, Gymnasiumstr. 21, 70173 Stuttgart

Eingeladen zu diesem Arbeitstreffen sind alle an den Fragen der sozialen Dreigliederung Interessierten und zivilgesellschaftlich Engagierten. Es schließt an das Gespräch zwischen Germanwatch, Josef Bopp und Christoph Strawe am Vorabend um 20.00 zu Fragen einer Alternative in der weltweiten Landwirtschaft an - dessen Besuch empfohlen, aber nicht vorausgesetzt wird.

Themen: Zivilgesellschaft und Dreigliederung // Alternativen auf einzelnen Feldern: Landwirtschaft, regionale Selbstverwaltung und Umfinanzierung der Subventionen (zugleich eine Nachbesprechung des Vorabends) // Public public partnership: Die Neustrukturierung des öffentlichen Sektors zwischen Kommerzialisierung und Bürokratisierung // Jenseits von Planwirtschaft und marktfundamentalistischem Kapitalismus: die Suche nach einer neuen Wirtschaftsform // Stand der Arbeit der Initiative Netzwerk Dreigliederung. Einführung: C. Strawe.

Zeitplan: 11.00 - 12.30 Uhr: Erster Arbeitsabschnitt // 12.30 Uhr: Mittagspause // 14.00 - 15.30 Uhr: Zweiter Arbeitsabschnitt // 16.45 - 18.00 Uhr: Dritter Arbeitsabschnitt.

Anmeldung über das Netzwerkbüro erbeten:

Initiative Netzwerk Dreigliederung, Haußmannstr. 44 a, 70188 Stuttgart

Tel. 0711 - 23 68 950, Fax 0711 - 23 60 218

E-Mail netzwerk@sozialimpulse.de, Internet www.sozialimpulse.de



Individualität und soziale Verantwortung

Grundlagen und Praxis der Dreigliederung des sozialen Organismus
Fortbildungsseminare für Tätige

Vorschau Seminare 2. Jahreshälfte 2004

Vertiefungsseminar, Fr, 5. - So, 7. November 2004

Rudolf Steiner Haus, Hugelstr. 67, 60433 Frankfurt/M

Die Wirkung des Doppelgängers im Sozialen

Mitveranstalter Anthroposophische Gesellschaft Frankfurt/M, Goethe-Zweig

Mit Ulla und Udo Herrmannstorfer und Christoph Strawe. Die Vorträge werden ergänzt durch Rezitationen (Ulla Herrmannstorfer u.a.)

Freitag, 5. November: 19.15: Öffnung des Tagungsburos // 20.00: Der Wanderer und sein Schatten: Wesen und Aufgaben des Doppelgängers (Christoph Strawe) // **Samstag, 6. November:** 9.30 - 11.00: Die Auseinandersetzung mit dem Doppelgänger in der Entwicklung der individuellen Sozialfahigkeit (Udo Herrmannstorfer) // 11.30 - 13.00: Gesprächsarbeit // 15.00 - 16.30: Doppelgangerwirksamkeiten im Zeitgeschehen und die Aufgaben der sozialen Erneuerung (C. Strawe) // 17.00 - 18.30: Gesprächsarbeit // 20.00: Wirkungen des Doppelgängers im menschlichen Zusammenleben und wie man ihnen begegnet (Udo Herrmannstorfer) // **Sonntag, 7. November:** 9.00 - 10.30: Doppelgangerwirksamkeiten in der Zusammenarbeit - Wege zur Heilung der Zusammenverhaltnisse (U. Herrmannstorfer) // 11.00 - 12.30: Abschlussgespräch.

Teilnahmegebühr EUR 140,- (ohne Unterbringung und Verpflegung). Verpflegung EUR 20,-.

Arbeitstagung, Fr, 12. - So, 14. November 2004

Universität Trier, Universitätsring 15, 54286 Trier, Gebäude A

Konzeptuelle Bausteine für eine menschengerechte Globalisierung

Das Ringen um eine soziale Geldordnung

Funktionale und regionale Handlungsansätze im Dialog

Mit Prof. Margrit Kennedy, Udo Herrmannstorfer, C. Strawe, Prof. Harald Spehl, Prof. Wolfgang Filc u.a.

Freitag, 12. November: 19.30: Öffnung des Tagungsburos // 20.00 - 20.15: Einführung: Vom Protest zur Sozialgestaltung: Die aktuelle Bedeutung der Geldfrage für den zivilgesellschaftlichen Dialog (Christoph Strawe) // 20.15 - 21.45: Notwendigkeit und Richtung der Neugestaltung des Geldwesens (Vortrag Udo Herrmannstorfer) // **Samstag, 13. November:** 9.00 - 10.00: Wie kann Geld allen dienen? Möglichkeiten und Grenzen regionaler Geldschöpfung (Vortrag Prof. Dr. Margrit Kennedy) // 10.00 - 10.30: Aussprache im Plenum // 11.00 - 12.00: Das Ringen um eine soziale Geldordnung im Spiegel der Geldtheorien (Referat Christoph Strawe) // 12.00 - 13.00: Arbeitsgruppen // 14.30 - 16.00: Forum „Verändern statt Warten auf Veränderung“ - Praktische Ansätze für einen neuen Umgang mit der Geldfrage. Beispiele für funktionierende regionale Komplementarwahrungen; neue Ansätze im Bankwesen und in der Unternehmensfinanzierung, die regionale Ebene im Geldwesen (Prof. Dr. Margrit Kennedy, Prof. Dr. Harald Spehl - zu Regionalfonds - und andere) // 16.30 - 17.00: Fragensammlung in Arbeitsgruppen oder im Plenum // 17.00 - 18.15 Fortsetzung des Forums „Verändern statt Warten auf Veränderung“ // 19.30: Die Neuordnung der Finanz- und Kapitalmärkte - eine Schlüsselfrage für die globale Entwicklung. Ein Gespräch zwischen Prof. M. Kennedy, Prof. Wolfgang Filc, U. Herrmannstorfer und Prof. H. Spehl, moderiert von C. Strawe // **Sonntag, 14. November:** 9.00 - 10.30: Gelddynamik und Sozialgestaltung - die Abhängigkeit der Geldordnung vom sozialen Verständnis und Wollen der Menschen (Einleitender Vortrag: Udo Herrmannstorfer, ergänzende Beiträge Harald Spehl und Christoph Strawe) // 11.00 - 12.30: Plenumsgesprach Abschluss.

Kostenbeitrag (ohne Unterbringung und Verpflegung) Berufstätige EUR 60,-, Nichtberufstatige und Studierende 30,-, SchulerInnen 10,-.

Anmeldeunterlagen:

Institut für soziale Gegenwartsfragen, Haußmannstr. 44 a, D-70188 Stuttgart

Tel. + 49 (0)711 - 23 68 950, Fax 23 60 218, E-Mail Institut@sozialimpulse.de